

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Heinz Schmalholz und Heinz Schmalholz*
Innovationsanstrengungen der sächsischen Industrie
- *Josef Lachner*
Entwicklung des Kraftfahrzeuggewerbes in Sachsen
- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2004/2005
- *Gerit Vogt*
Prognose der Bruttowertschöpfung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes 2004

Im Blickpunkt

- *Thomas Fester und Michaela Fuchs*
EU-Regionalpolitik ab 2007 –
Richtungsstreit in Deutschland
- *Beate Grundig und Philip Lenecke*
Akademiker auf dem Arbeitsmarkt immer noch
am besten aufgestellt

11. Jahrgang (2004)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: (03 51) 26 47 60, Telefax: (03 51) 2 64 76 20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Michael Berlemann

Technische Leitung: Katrin Eitner

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 4/2004

Aktuelle Forschungsergebnisse

Wird das „Jahr der Innovation“ die Innovationsanstrengungen der sächsischen Industrie beflügeln?

3

Heinz Schmalholz und Horst Penzkofer

Die erste Hälfte des „Jahres der Innovation“ ist vorbei. Die von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Innovationskraft Deutschlands stecken noch weitgehend in der Explorationsphase. Ob die von Experten diagnostizierten strukturellen Schwächen der derzeitigen „innovationspolitischen Governance“ rasch überwunden werden können, bleibt nach den Erfahrungen mit den in den vergangenen zehn Jahren schon initiierten Innovationsoffensiven zu bezweifeln. Wie die ostdeutschen – und insbesondere die sächsischen – Industrieunternehmen den Innovationsprozess in den Jahren 2002 und 2003 bewältigt haben, wird in diesem Beitrag auf der Basis der Ergebnisse des ifo Innovationstests dargestellt.

Entwicklung des Kraftfahrzeuggewerbes in Sachsen

11

Josef Lachner

Für die Nachfrageentwicklung des Kraftfahrzeuggewerbes gelten die Zahlen über die Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen als wichtiger Indikator. Den Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes zufolge haben sich die Zulassungen im Freistaat Sachsen im Jahr 2003 für alle Fahrzeugarten zusammen um 1% auf 525.249 erhöht, nachdem sie 2002 auf 520.106 zurückgegangen waren. Überdurchschnittlich stark expandierten dabei die Neuzulassungen mit 2,2%, die Besitzumschreibungen nahmen um 0,4% zu. Innerhalb der Neuzulassungen verzeichnete vor allem die Zulassung von Lastkraftwagen sowie der Sattelzugmaschinen einen Anstieg.

Deutschlandprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt allmählich an Dynamik

14

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist im Frühsommer 2004 aufwärts gerichtet. Die USA, Südostasien, Japan und – wenn auch deutlich schwächer – die europäischen Volkswirtschaften sind gemeinsam im konjunkturellen Aufwind. Die deutsche Konjunktur allerdings zeigt sich zur Jahresmitte 2004 immer noch nicht durchgreifend gefestigt. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird das Wirtschaftswachstum 1,7% betragen. Allerdings gehen rund 0,5 Prozentpunkte der Mehrproduktion auf die ungewöhnlich große Zahl an Arbeitstagen zurück. Im kommenden Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich erneut um 1,7% steigen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird im Prognosezeitraum desolat bleiben. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte zunächst noch weiter abnehmen, erst ab Ende dieses Jahres zeichnet sich eine leichte Besserung ab. Die Arbeitslosenquote wird sich 2004 und auch 2005 durchschnittlich auf 10,3% belaufen.

Prognose von Umsatz und Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen für das Jahr 2004

23

Gerit Vogt

Im letzten Jahr ist die sächsische Wirtschaft wieder spürbar gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1,2% zu. Zeitgleich erhöhte sich die reale Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes um stattliche 7,0%. Damit erwies sich das verarbeitende Gewerbe erneut als zentraler Träger der wirtschaftlichen Dynamik in Sachsen. Prognosen der zukünftigen Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs sind daher von besonderer Relevanz. In diesem Artikel wird ein ökonometrisches Prognosemodell für die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen vorgestellt. Für das Jahr 2004 prognostiziert das Modell einen Anstieg der Bruttowertschöpfung von 6,2%.

Im Blickpunkt**EU-Regionalpolitik ab 2007 – Richtungsstreit in Deutschland**

31

Thomas Fester und Michaela Fuchs

Spätestens im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder am 1. Mai 2004 ist nun auch in der Öffentlichkeit die Debatte um die künftige Ausgestaltung des EU-Haushalts und damit auch der Regional- und Strukturpolitik der Gemeinschaft entbrannt. Die Förderung aus den Strukturfonds und die Ausgestaltung der Beihilfemöglichkeiten stellt gerade für die neuen Bundesländer einen wesentlichen Baustein ihrer bisherigen Wirtschafts- und Strukturpolitik dar. Die neuen EU-Mitgliedsländer profitieren zwar schon in der aktuellen Förderperiode 2000-2006 von den Gemeinschaftspolitiken und erhalten für die Jahre 2004-2006 Strukturfondsmittel. In 2007 stehen jedoch mit dem Beginn der neuen Förderperiode und der damit einher gehenden vollständigen Einbindung der neuen Mitglieder in das Förder- und Beihilfensystem der Union grundlegende Umbrüche in der Regionalförderung an.

Akademiker auf dem Arbeitsmarkt immer noch am besten aufgestellt

36

Beate Grundig und Philip Lenecke

Trotz Rückgangs der erwerbstätigen Akademiker und steigender Arbeitslosenzahlen heben sich die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten der Akademiker immer noch deutlich positiv von den anderen Gruppen ab. Personen ohne Berufsabschluss sind weiterhin die größte Problemgruppe am Arbeitsmarkt: Auf einen Erwerbstätigen dieser Gruppe kommt in Sachsen mehr als ein registrierter Arbeitsloser.

Daten und Prognosen**Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich**

41

*Beate Grundig***Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest**

43

*Gerit Vogt***Aus der ifo Werkstatt****ifo Veranstaltungen**

47

ifo Vorträge

47

ifo Veröffentlichungen

48

ifo intern

48

Wird das „Jahr der Innovation“ die Innovationsanstrengungen der sächsischen Industrie beflügeln?

Heinz Schmalholz und Horst Penzkofer¹

Die erste Hälfte des „Jahres der Innovation“ ist vorbei. Die von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaft vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Innovationskraft Deutschlands stecken noch weitgehend in der Explorationsphase. Ob jedoch die von Experten diagnostizierten strukturellen Schwächen der derzeitigen „innovationspolitischen Governance“ rasch überwunden werden können, bleibt nach den Erfahrungen der in den vergangenen zehn Jahren immer wieder sporadisch in die Welt gesetzten „Innovationsoffensiven“ zu bezweifeln.² So bleibt nach wie vor den Unternehmen nichts anderes übrig, als ihre Innovationsaktivitäten unter den existierenden ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen bestmöglich zu realisieren. Wie die ostdeutschen – und insbesondere die sächsischen – Industrieunternehmen den Innovationsprozess in den Jahren 2002 und 2003 bewältigt haben, wird nachfolgend auf der Basis der Ergebnisse des ifo Innovationstests dargestellt.

Postulat der Politik und betriebliche Realität klaffen auseinander

Die deutsche Wirtschaft kommt auch zur Jahresmitte 2004 noch nicht in Schwung. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht wie politisch gewünscht entwickelt, dann ist die Zeit der politischen Offensiven gekommen. Im Innovationsbereich gab es zu Jahresbeginn die Ouvertüre, indem die Bundesregierung das Jahr 2004 zum „Jahr der Innovation“ proklamierte. Damit reiht sich diese Aktion nahtlos in die Vorgängerinitiativen ein, die offensichtlich von dem weit verbreiteten Glauben geprägt waren, dass

Unternehmen eher in Krisensituationen Mut zu Neuem entwickeln als in Zeiten, in denen es ihnen relativ gut geht. Die empirische Innovationsforschung hat jedoch in zahlreichen Untersuchungen belegt, dass Unternehmen zum Innovieren Risikokapital, Liquidität und Absatzperspektiven benötigen. Letzteres allerdings kann die Politik durchaus beeinflussen, indem sie Produzenten und Verbrauchern Vertrauen und Planungssicherheit vermittelt sowie Rahmenbedingungen für ein sich längerfristig positiv entwickelndes Investitions- und Konsumklima schafft.

Dass dies dringend erforderlich ist, zeigt die Ende 2003 von den Unternehmen abgegebene Beurteilung ihrer mittelfristigen Absatzmarktperspektiven (vgl. Tab. 1). Vor dem Hintergrund, dass die Einschätzungen durch die zu diesem Zeitpunkt noch existierende Hoffnung auf eine bevorstehende Konjunkturbesserung mit beeinflusst wurden, fallen die Befunde unter aktuellen Gesichtspunkten noch zu optimistisch aus. Während die westdeutschen Unternehmen noch überwiegend mit wachsenden Märkten im Verlauf der nächsten drei bis fünf Jahre rechneten, fiel die Beurteilung der ostdeutschen und sächsischen Unternehmen demgegenüber deutlich zurückhaltender aus.

Frühere Untersuchungen bestätigten, dass auf wachsenden Märkten operierende Unternehmen den höchsten Anteil innovierender Unternehmen aufweisen.³

¹ Heinz Schmalholz arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden. Horst Penzkofer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

² Siehe hierzu: FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT (2004), S. 75 ff.

³ Vgl. SCHMALHOLZ und PENZKOFER (1993), S. 20.

Tabelle 1: Mittelfristige Absatzmarktperspektiven^a (in %)

| Einschätzung der mittelfristigen Marktentwicklung | Westdeutschland | Ostdeutschland | Sachsen |
|---|-----------------|----------------|---------|
| Wachsend | 54,4 | 44,4 | 42,6 |
| Gleichbleibend | 32,6 | 38,9 | 41,4 |
| Schrumpfend | 13,0 | 16,7 | 16,0 |
| Saldo ^b | 41,4 | 27,7 | 26,6 |

a) Einschätzung der Unternehmen von Ende 2003 für die nächsten drei bis fünf Jahre. – b) Nennungen „wachsender Markt“ abzüglich Nennungen „schrumpfender Markt“.

Quelle: Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

Mit der Verschlechterung der Marktkonstellation nahm auch die Innovationsneigung ab, da das auf diesen Märkten angebotene Sortiment überwiegend Produkte enthält, die sich am Ende ihres Produktlebenszyklus befinden und keine Weiterentwicklungs- oder Verbesserungsmöglichkeiten mehr bieten. Es hat sich aber auch gezeigt, dass in absatzmäßig schrumpfenden Marktsegmenten sehr wohl die Möglichkeit besteht, durch Innovationsaktivitäten die vorhandene Produktionsstruktur zu ändern und versiegende Nachfrageströme wieder zu beleben.

Aktuelle Ertragslage wenig innovationsfördernd

Die mit der Markteinschätzung verknüpfte konjunkturelle Situation hinterlässt ihre Spuren im betrieblichen Innovationsprozess. Welchen Aufwand sich die sächsische Industrie für Forschung, Entwicklung und Innovation leisten kann, hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Ausmaß sie Erträge erwirtschaftet und damit innovative Vorhaben finanzieren kann.

Nach der insgesamt gesehen positiven Entwicklung, die das verarbeitende Gewerbe in Sachsen noch im Jahr 2000 zu verzeichnen hatte, setzte ab 2001 eine deutliche Verschlechterung der Ertragssituation ein, sodass die Beurteilung seitens der Unternehmen per saldo ein negatives Vorzeichen aufwies (vgl. Tab. 2). Nach dem Tiefpunkt im Jahr 2002 hat sich im folgenden Jahr die Situation nur leicht verbessert.

Auch im Durchschnitt der neuen Bundesländer verschlechterte sich die Bewertung der Ertragslage deutlich.

In der Größenklassenbetrachtung ist für die Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten eine anhaltend schlechte Ertragssituation zu konstatieren. Die Situation in der zweiten Größenklasse hat sich zwar tendenziell leicht verschlechtert, die nächstgrößeren Unternehmen konnten jedoch selbst gegenüber der Lage im Jahr 2001 Boden gut machen. Signalisierten die Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten 2001 noch mit Mehrheit eine gute Ertragsentwicklung, so verharrten in den Folgejahren die saldierten Meldungen im Minusbereich.

Diese Befunde machen deutlich, dass die Eigenfinanzierungskraft der sächsischen Unternehmen – wie der ostdeutschen insgesamt – für Forschungs- und Innovationsvorhaben derzeit stark angespannt ist. Die Umsetzung des Beschlusses in den Weimarer Leitlinien „Innovation“: „Deshalb wollen wir, dass Ostdeutschland Innovationsregion in Deutschland wird.“⁴ wird angesichts der betrieblichen Wirklichkeit noch einige Zeit Wunschvorstellung bleiben.

Gesamtsituation weiter eingetrübt

Die geschilderte Ertragslage der Unternehmen resultiert nicht zuletzt aus dem insgesamt wenig dynamischen Umfeld, in dem sie operieren. So zeigen auch die Ergebnisse der vom ifo Institut in der ostdeutschen Industrie durchgeführten Konjunkturumfragen ein im Vergleich zum Vorjahr etwas eingetrübtes Bild. Anhand ausgewählter

⁴ SCHOLZ (2004), S. 2.

Tabelle 2: Ertragslage des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland und Sachsen (Salden^a aus den Firmenmeldungen in %)

| | Beurteilung der Ertragslage | | |
|---|-----------------------------|------|------|
| | 2001 | 2002 | 2003 |
| Verarbeitendes Gewerbe in Sachsen | -12 | -23 | -16 |
| Verarbeitendes Gewerbe in Ostdeutschland | -14 | -19 | -17 |
| Darunter Unternehmen mit | | | |
| unter 49 Beschäftigten | -33 | -42 | -41 |
| 50 bis 199 Beschäftigten | -12 | -15 | -18 |
| 200 bis 499 Beschäftigten | -26 | -27 | -19 |
| 500 und mehr Beschäftigten | 5 | -8 | -1 |
| a) Saldo: Differenz der Firmenangaben „gut“ und „schlecht“. Gewichtung: Beschäftigtenkonzept. | | | |

Quelle: ifo Konjunkturtest „Neue Bundesländer“.

Merkmale können den befragten Unternehmen unterschiedliche Positionen im Konjunktur- und Strukturprozess zugeordnet werden.⁵ So weisen Unternehmen eine Gleichgewichtssituation auf, wenn sie weder auf der Angebotsseite (z. B. nicht wettbewerbsfähige Produktpalette, Finanzierungsengpässe, unzureichende technische Kapazitäten, Mangel an qualifiziertem Personal) noch auf der Nachfrageseite (z. B. unzureichende Nachfrage bei derzeitigen Preisen für die im Angebot befindlichen Produkte) gravierende Probleme zu verzeichnen haben. Eine Ungleichgewichtssituation würde dagegen konstatiert, wenn spürbare Angebots- oder Nachfrage- bzw. kombinierte Angebots- und Nachfrageprobleme feststellbar sind.

Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, ist der 1991 noch sehr geringe Anteil von ostdeutschen Unternehmen, die im Gleichgewicht waren, in den folgenden Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte im III. Quartal 2000 mit über 67 % seinen bisherigen Höchstwert. Danach zeigt das Meldeverhalten der Unternehmen, dass auch die ostdeutsche Wirtschaft von der sich verschlechternden Konjunkturentwicklung nicht unberührt blieb, wie die deutliche Zunahme der Meldungen über eine zwischenzeitlich eingetretene Nachfrageschwäche indiziert. Im II. Quartal 2004 können nur noch knapp 50 % der sächsischen Konjunkturtestteilnehmer nach den schon genannten Kriterien als in einer Gleichgewichtssituation befindlich eingestuft werden.

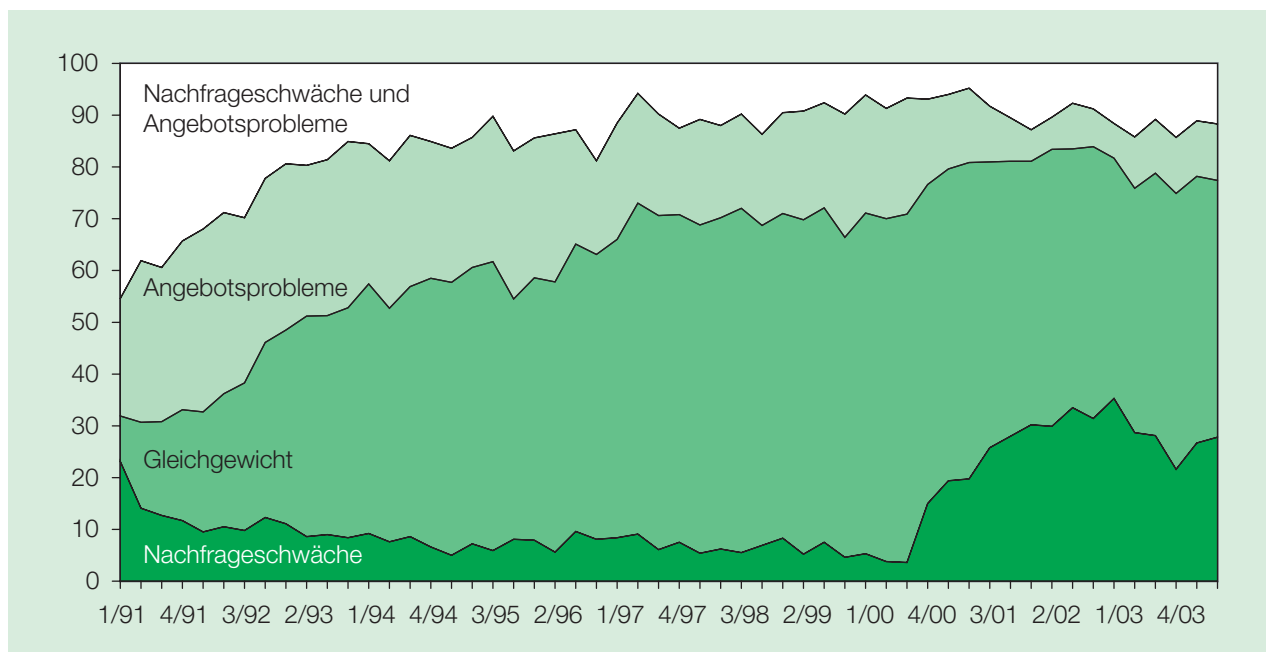
Dennoch relativ hoher Innovatorenanteil in Sachsen

Die Ergebnisse der ifo Innovationserhebung zeigen für das Jahr 2003 erstmals wieder seit 2001 einen leichten Anstieg der Anzahl innovierender Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands.⁶ Die regionale Differenzierung der Innovatorenanteile zeigt, dass diese Steigerung nur dem verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands geschuldet ist, das seine Innovatorenquote um über drei Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2002 erhöhte (vgl. Tab. 3). Während die ostdeutsche Industrie insgesamt 2003 nur einen leichten Rückgang der innovierenden Unternehmen um 1,6 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen hatte, sank die Innovatorenquote der sächsischen Industrie um 2,3 Prozentpunkte, liegt aber immer noch über dem ostdeutschen Durchschnitt.

In Ostdeutschland arbeiteten 2003 nur 64 % der Industriebeschäftigten in innovativen Betrieben, während es in den alten Bundesländern rund 73 % waren. Trotz der ausgeprägten kleinbetrieblichen Struktur der sächsischen Industrie ergibt sich ein relativ hoher Anteil von etwa 65 % an Beschäftigten bei Innovatoren. Dieser Wert liegt allerdings im Vergleich zum Vorjahr vier Prozentpunkte niedriger.

⁵ Vgl. GÜRTLER (2003).
⁶ Vgl. PENZKOFER (2004), S. 46 f.

Abbildung 1: Verteilung der sächsischen Industrieunternehmen nach ihrer Position im Konjunktur- und Wachstumsprozess (Anteile in %, Quartale)



Quelle: ifo Konjunkturtest „Neue Bundesländer“.

Tabelle 3: Anteil innovativer Unternehmen 2003 (in %)

| | Innovative Industrieunternehmen in | | |
|------------------------|------------------------------------|----------------|---------|
| | Westdeutschland | Ostdeutschland | Sachsen |
| Bezogen auf Anzahl der | | | |
| Unternehmen | 55,0 | 55,9 | 57,2 |
| Beschäftigten | 73,4 | 64,0 | 65,1 |

Quelle: Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

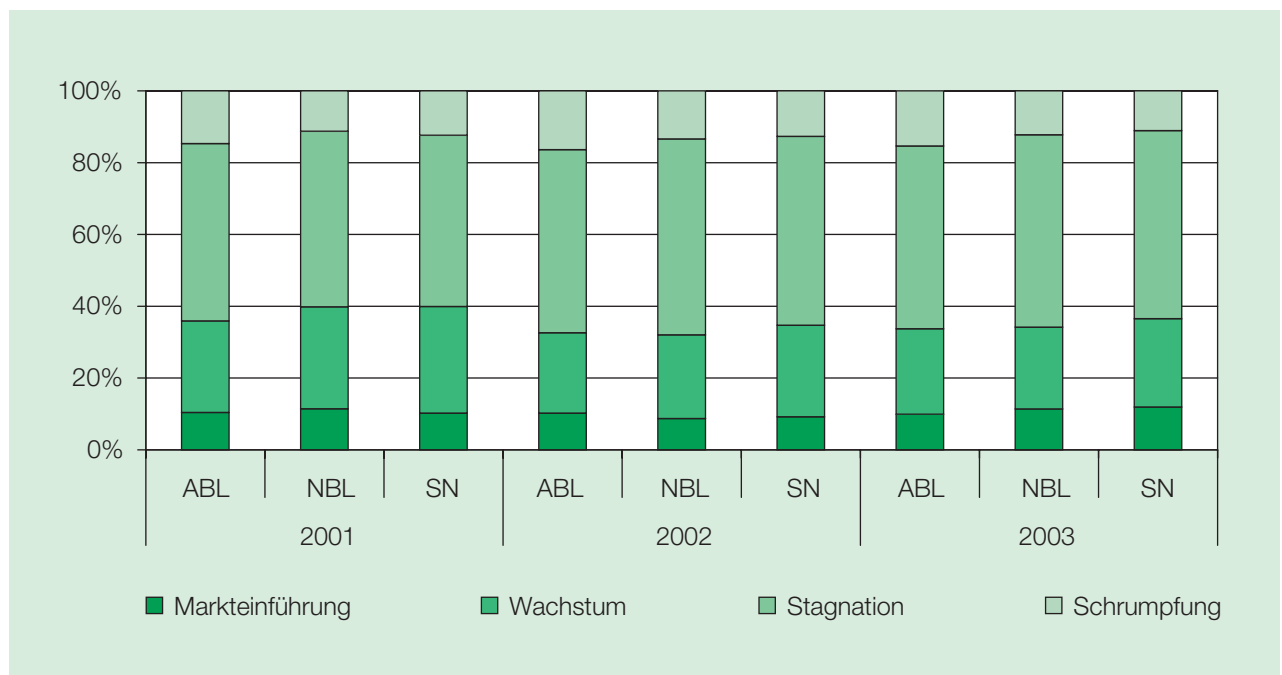
Sächsische Industrie verfügt über ausgewogenes Produktportfolio

Die Innovationstätigkeit der Unternehmen im Produktbereich schlägt sich in der Zusammensetzung des am Markt angebotenen Produktmix nieder. Analysiert man den von den Unternehmen erzielten Gesamtumsatz danach, welcher Anteil jeweils auf Produkte, die sich in unterschiedlichen Lebensphasen befinden, entfällt, dann ist festzustellen, dass sich die seit langem zu beobachtenden weitgehend deckungsgleichen Strukturen in der west- und ostdeutschen Industrie weiter fortsetzen (vgl. Abb. 2). Bemerkenswert ist, dass im Jahr 2003 die ostdeutsche Industrie – wie schon 2001 – einen leichten Vorsprung beim Anteil neu am Markt platzierter Produkte hat. Die sächsische Industrie liegt dabei noch leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt.

Deutlich wird aber auch, dass rund zwei Drittel der Umsätze von den Unternehmen in den drei betrachteten Teilregionen auf stagnierenden oder schrumpfenden Märkten erzielt werden. Ursächlich hierfür ist die vor allem in den neuen Bundesländern in den letzten drei Jahren stetige Abnahme des Umsatzanteils von Produkten in der Wachstumsphase, d. h. die geringe Wachstumsdynamik der Absatzmärkte beeinträchtigt die Expansionschancen der erneuerten Produktportfolios.

Diese Entwicklung ist sicher auch ein Beleg dafür, dass sich die Unternehmen bei ihren Neuerungsaktivitäten überwiegend auf ihre angestammten Märkte beschränken und in zu geringem Umfang wachstumsdynamische Märkte erschließen. Damit ist ein zentrales Problem der Innovationstätigkeit berührt: Einerseits sollen Innovationen die Finanz- und Ertragskraft von Unternehmen

Abbildung 2: Umsatzanteile nach Produktzyklusphasen (in %)



Quelle: Sonderumfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

stärken, auf der anderen Seite setzt jedoch die Innovationsfähigkeit erhebliche Ressourcen voraus.

Konjunkturschwäche lässt die Innovationsaufwendungen stagnieren

Zwischen der Gewinnung neuer technischer Erkenntnisse durch Forschung und Entwicklung (FuE) und der erfolgreichen Umsetzung der technischen Neuerungen am Markt kann aufgrund der hohen Unbestimmtheit des wirtschaftlichen Erfolgs von Innovationen eine beträchtliche Zeit vergehen. Darüber hinaus fallen auch Aufwendungen, wie beispielsweise für Konstruktion, Produktdesign, Patente und Lizenzen, Produktionsvorbereitung, Absatzvorbereitung sowie Rationalisierungsinvestitionen (Prozessinnovationen) an, die oft unterschätzt werden.

Das verarbeitende Gewerbe in den alten Bundesländern hat im Jahr 2002 für seine Innovationsvorhaben 67,8 Mrd. € und damit etwa gleich viel wie im Jahr davor (67,7 Mrd. €) ausgegeben (vgl. Tab. 4). Für die neuen Bundesländer resultiert ein Innovationsaufwand in Höhe von 3,6 Mrd. €, der damit rund 0,1 Mrd. € über dem Wert des Vorjahres liegt. In Sachsen stagnieren die Innovationsausgaben der Industrie seit 2000 bei 1,6 Mrd. €.

Bezogen auf den Gesamtumsatz der westdeutschen Industrie, belief sich 2002 die Innovationsquote auf 5,3 % und lag somit auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Auch für die Industrie Ostdeutschlands belief sich der

Anteil am Umsatz mit 4,1 % auf Vorjahreshöhe. Trotz nahezu stagnierenden Innovationsausgaben erhöhte sich in Sachsen die Innovationsquote minimal um 0,1 Prozentpunkte auf 5,6 %.

Von den gesamten Innovationsausgaben entfielen 2002 in der westdeutschen (ostdeutschen) Industrie rund 55 % (rund 58 %) auf den Know-how-Einsatz (FuE, Konstruktion, Produktdesign), um neue oder verbesserte Produkte und/oder Verfahren realisieren zu können (vgl. Tab. 4). Für erworbene oder angemeldete Schutzrechte mussten knapp 4 % (etwa 3 %) aufgewendet werden. Die für Produktionsvorbereitung und Rationalisierung erforderlichen Investitionen machten rund 37 % (ca. 34 %) der Gesamtaufwendungen aus. Auf Absatzvorbereitungsmaßnahmen entfielen rund 4 % (etwa 5 %) der gesamten Innovationsaufwendungen.

Der Vergleich mit den Strukturanteilen der sächsischen Industrie liefert einige bemerkenswerte Unterschiede zu den Angaben für die gesamte ostdeutsche Industrie. Zum einen ist dies ein mit rund 53 % um fünf Prozentpunkte niedriger ausfallender Anteil für den Know-how-Einsatz und zum anderen lagen die Ausgaben sächsischer Unternehmen für Prozessinnovationen acht Prozentpunkte über dem Durchschnitt der ostdeutschen Industrie.

Tabelle 4: Innovationsaufwendungen im verarbeitenden Gewerbe (in %)

| Aufwendungen für | Westdeutschland | Ostdeutschland | Sachsen |
|---|-----------------|----------------|---------|
| Forschung, Entwicklung und Konstruktion | 43,0 | 45,3 | 42,1 |
| Produktdesign | 12,3 | 12,5 | 10,8 |
| Lizenzen | 3,6 | 2,7 | 1,8 |
| Produktionsvorbereitung | 15,3 | 15,0 | 19,8 |
| Absatzvorbereitung | 4,3 | 5,3 | 3,3 |
| Prozessinnovation | 21,4 | 19,2 | 22,2 |
| nachrichtlich: | | | |
| Innovationsaufwendungen 2002 | | | |
| absolut (in Mrd. Euro) | 67,8 | 3,6 | 1,6 |
| in % vom Umsatz | 5,3 | 4,1 | 5,6 |

Quelle: ifo Innovationstest.

Finanzierung von Innovationen bleibt im Osten größter Engpass

Die Innovationsaktivitäten der Unternehmen finden in einem Umfeld statt, das sich aufgrund gesellschaftlicher, technologischer und ökologischer Entwicklungstrends ständig verändert. Weitere wichtige Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln stellen politische Maßnahmen sowie marktstrukturelle Veränderungen dar. Von den genannten Faktoren werden alle Unternehmen mehr oder weniger tangiert. Daneben gibt es noch spezifische Innovationshemmnisse, die so stark ausgeprägt sein können, dass die betroffenen Unternehmen Innovationsaktivitäten gänzlich unterlassen oder Innovationsprojekte zwar erfolgreich abschließen konnten, aber das betriebliche Innovationspotenzial nicht voll ausschöpfen können.

Die Befragung west- und ostdeutscher Unternehmen zur Bedeutung ökonomischer, unternehmensinterner und sonstiger Faktoren als Innovationshemmnisse ergab teils übereinstimmende, teils aber auch deutlich differierende Einschätzungen (vgl. Tab. 5). Für die Unternehmen in den alten Bundesländern ist fehlendes Eigen- und Fremdkapital zwar immer noch ein bedeutendes Innovationshemmnis, in Ostdeutschland – und damit auch in Sachsen – ist der von einer unzureichenden Eigenkapitaldecke ausgehende Problemdruck aber wesentlich spürbarer ausgeprägt (jeweils etwa 37 % Nennungen). Fehlendes Fremdkapital wird in West und Ost von rund 21 % der Innovatoren beklagt.

Innovationstätigkeit ist mit Risiko behaftet, und niemand kann es den Unternehmen verdenken, wenn sie Risikobegrenzung betreiben. So beklagen rund 34 % der Innovatoren in Westdeutschland und rund 22 % der Innovatoren in Ostdeutschland, dass sich das für Innovationsvorhaben eingesetzte Kapital nicht in voller Höhe oder erst in zu langer Frist amortisiert. Etwa jedes dritte westdeutsche, aber nur etwa jedes sechste ostdeutsche Unternehmen sieht sich durch eine zu leichte Imitierbarkeit seiner Produkte in der vollen Ausschöpfung der Risikoprämie beeinträchtigt. Für knapp 31 % der innovierenden Unternehmen in Westdeutschland sind es nicht zuletzt die schon genannten Faktoren, die den Innovationsaufwand insgesamt als zu hoch erscheinen lassen; dies ist nur bei knapp einem Viertel der ostdeutschen Unternehmen der Fall.

Gegenüber der Bedeutung ökonomischer Faktoren als Innovationshemmnis fallen die übrigen möglichen Barrieren deutlich ab. Bei den personenbezogenen Faktoren haben zwar Akquisitionsprobleme qualifizierter Mitarbeiter für den FuE-Bereich in West und Ost eine gewisse Bedeutung, werden aber in beiden Teilregionen (ein-

schließlich Sachsen) von Problemen mit Gesetzgebung und Verwaltungsverfahren übertroffen.⁷

Einem beträchtlichen Teil der Unternehmen in den alten Bundesländern ist 2002 die Umsetzung von vorhandenem Know-how in marktfähige Produkte nicht gelungen. Noch ungeklärt ist, ob hierfür primär Qualifikationsengpässe entscheidend waren oder sich zwischenzeitlich die Marktbedingungen geändert hatten. Für innovativ tätige Unternehmen in West und Ost stellen weder die Informationsmöglichkeiten über und die Beschaffungsmöglichkeiten von extern vorhandenem Know-how ein gravierendes Problem dar, noch die Kooperationsmöglichkeiten mit öffentlichen, wissenschaftlichen Institutionen oder mit anderen Unternehmen.

Während die betriebsinternen Hemmnisse seitens der Unternehmen gestaltbar sind, lassen sich politisch determinierte Rahmenbedingungen kaum direkt beeinflussen. Angesichts einer Flut von Bau- und Sicherheitsvorschriften, technischen und arbeitsrechtlichen Normen, Sicherheitsbestimmungen für Arbeitnehmer, Anlagen und Verbraucher wird die heute existierende Regelungsdichte als spürbare Einengung des Handlungsspielraums empfunden. Für etwa jedes fünfte west- und ostdeutsche Unternehmen ist dieser Problembereich ein Ärgernis. Zu den regelungsbedingten Innovationshemmnissen gehört auch die Dauer behördlicher Genehmigungsfristen, weil sie Vorhaben verzögern, verteuern oder gänzlich verhindern kann. Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern sind hiervon in etwa gleichermaßen betroffen.

Eine bedeutende Barriere für die Beschleunigung der Innovationszyklen oder die Erhöhung des Innovationsgehalts von Produkten stellen Akzeptanzprobleme auf der Abnehmerseite dar. Diese Vorbehalte des Marktes werden dabei in Westdeutschland mit rund 30 % deutlich höher eingeschätzt als in Ostdeutschland mit 17 %.

Insgesamt gesehen spiegeln die Angaben der sächsischen Unternehmen die für ganz Ostdeutschland skizzierte Situation wieder.

Was können innovationsbereite Unternehmen von den Ankündigungen der Politik erwarten?

Die im Januar 2004 aus dem Gespräch von Bundeskanzler Schröder mit Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft resultierende Initiative „Partner

⁷ Siehe hierzu auch KAMP und LOSSE (2004), S.29.

Tabelle 5: Bedeutung hemmender Faktoren bei innovierenden Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (in %)

| Innovationshemmnisse ^a | West-deutschland | Ost-deutschland | Sachsen |
|--|------------------|-----------------|---------|
| Ökonomische Faktoren | | | |
| Fehlendes Eigenkapital | 28,1 | 37,3 | 37,7 |
| Fehlendes Fremdkapital | 20,8 | 21,1 | 18,5 |
| Zu geringe Rendite von Produktinnovationen, weil | | | |
| Innovationsaufwand zu hoch | 30,7 | 23,6 | 18,7 |
| Amortisationsdauer zu lang | 33,8 | 21,9 | 13,7 |
| neues Produkt zu leicht kopierbar | 28,7 | 17,0 | 14,0 |
| Innovationspotenzial | | | |
| Zu geringe Innovationsbereitschaft | | | |
| der Mitarbeiter | 11,0 | 9,1 | 4,0 |
| des Betriebsrats | 7,2 | 2,3 | 0,7 |
| der Führungskräfte | 10,4 | 7,1 | 2,7 |
| Organisationsprobleme | 9,4 | 6,2 | 3,3 |
| Personalprobleme infolge Beschaffungsschwierigkeiten geeigneter Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt für den | | | |
| FuE-Bereich | 14,6 | 16,0 | 9,6 |
| Produktionsbereich | 8,7 | 9,2 | 8,2 |
| Absatzbereich | 14,2 | 12,8 | 7,4 |
| Unzureichende Kooperationsmöglichkeiten | | | |
| mit anderen Unternehmen | 8,6 | 6,4 | 5,1 |
| mit öffentlichen, wissenschaftlichen Institutionen | 7,3 | 2,8 | 1,6 |
| Keine Innovationsmöglichkeiten wegen ausgereiftem Stand der Technik | 13,7 | 6,4 | 7,9 |
| Fehlende Informationen zu extern vorhandenem Know-how | 11,5 | 8,1 | 4,2 |
| Schwierigkeiten bei Beschaffung von externem Know-how | 12,9 | 6,2 | 3,0 |
| Umsetzungsprobleme von technischem Know-how in marktfähige Produkte | 18,1 | 11,6 | 7,3 |
| Sonstige Faktoren | | | |
| Gesetzgebung zu restriktiv | 22,1 | 20,0 | 21,6 |
| Verwaltungsverfahren zu lang | 21,2 | 22,3 | 22,2 |
| Akzeptanzprobleme bei Kunden bezüglich Neuheitsgrad der Produkte/Prozesse | 30,1 | 17,0 | 16,3 |
| a) Mehrfachnennungen möglich. | | | |

Quelle: ifo Innovationstest.

für Innovation“ hat sich auf ein 9-Punkte-Programm verständigt, dessen Umsetzung zum Ziel hat, „das Innovationssystem Deutschland auf allen Ebenen zu stärken, Hemmnisse abzubauen und neues Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Landes zu wecken.“⁸

Zwar enthalten die Eckpunkte der Initiative die Forderung nach „einem ganzheitlichen Verständnis von Innovationspolitik, zu der nicht nur die Forschungspolitik und die Wirtschaftsförderung, sondern auch viele andere Politikbereiche einen Beitrag leisten.“⁹ Wie die Palette der Innovationshemmnisse gezeigt hat, gibt es fast für jedes Ressort Ansatzpunkte tätig zu werden, wenn die anvisierte „neue Innovationskultur“ in Deutschland Realität werden soll.

Eine Durchsicht der angekündigten Maßnahmen lässt allerdings eine stark inputorientierte Schlagseite erkennen: Mehr Ressourcen für Ausbildung, Forschung, Ganztagschulen, Hochschulen.¹⁰ Ob ein Mehr an Forschungsgeldern und -personal auch zwangsläufig zu mehr Innovationen – und damit zu mehr Wachstum – führt, darf zumindest bezweifelt werden.¹¹ Allerdings finden sich viele Punkte hiervon auch schon in dem Ende 2003 von Siemenschef von Pierer präsentierten „Zehn-Punkte-Programm für Innovation und Wachstum“.¹²

Hier wie dort finden sich keine Aussagen zu den eingangs thematisierten Problemfeldern, die innovationsbereite Unternehmen bei ihren Vorhaben behindern. Damit ist zu befürchten, dass die Innovationsoffensive der Bundesregierung zwar viele öffentliche Diskussionen auslösen wird und sich möglicherweise atmosphärische Verbesserungen in der deutschen Innovationskultur einstellen werden, einen spürbaren Innovationsschub wird sie kurzfristig wohl kaum auslösen können – auch nicht in Sachsen.

Resümee

Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen konnten die Innovationsaktivitäten der sächsischen Industrieunternehmen im vergangenen Jahr auf einem noch relativ hohen Niveau aufrechterhalten werden. Wenig dynamische Marktperspektiven, Rendite- und Finanzierungsprobleme verhindern bei vielen Unternehmen eine weitere Ausschöpfung des vorhandenen Innovationspotenzials. Anhaltspunkte dafür, dass sich diese Hemmnisse kurzfristig beseitigen lassen, gibt es aus heutiger Sicht nicht. Bis die inputorien-

tierten Maßnahmen der angelaufenen bundesweiten Innovationsoffensive Erfolge bei Innovationen – also dem Output von Forschung und Entwicklung – auch in Sachsen zeitigen, wird noch viel Zeit vergehen.

Literatur

- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (2004): Schwerpunkte der Innovationspolitik, <http://www.bmbf.de/de/1315.php>.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT (BMWA) (Hrsg.) (2004): Jahreswirtschaftsbericht 2004, Berlin.
- FRAUNHOFER-GESELLSCHAFT (Hrsg.) (2004): „Deutschland innovativ“: Ein Beitrag der Fraunhofer-Gruppe im Innovationsbüro für die „Partner für Innovation“, Stuttgart 31. März, <http://www.bundesregierung.de/Anlage/661614/Innovationsmodell+Fraunhofer-Gesellschaft.pdf>.
- GÜRTLER, J. (2003): Sächsische und ostdeutsche Industrie 2003: Produktion beginnt sich zu erholen, Beschäftigung leicht rückläufig, Ertragslage bleibt angespannt, in: ifo Dresden berichtet Nr. 3, S. 20–25.
- KAMP, M. und LOSSE, B. (2004): Aus der Substanz, in: Wirtschaftswoche Nr. 14, S. 24–29.
- PENZKOFER, H. (2004): Innovationstätigkeit in der Industrie 2003: Rückgang gestoppt, aber keine Entwarnung, in: ifo Schnelldienst Nr. 6, S. 46–52.
- PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (2004), Gespräch von Bundeskanzler Schröder mit Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft, Pressemitteilung Nr. 18 vom 16.01.2004.
- RÖPKE, J. und KOZLOVA, E. (2004): Die Kopplung von Wissenschaft und Innovation durch Unternehmertum erzeugt Wachstum, <http://www.telepolis.de>.
- SCHMALHOLZ, H. und PENZKOFER, H. (1993): Innovationsstandort Deutschland: Ergebnisse des ifo Innovations-tests, in: ifo Schnelldienst Nr. 13, S. 17–25.
- SCHOLZ, O. (Hrsg.) (2004): Unser Land gerecht erneuern: Weimarer Leitlinien „Innovation“, Weimar 06.01.2004.
- VON PIERER, H. (2003): Zehn-Punkte-Programm für Innovation und Wachstum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.12.2004.

⁸ PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG (2004).

⁹ Vgl. BMWA (2004), S. 15.

¹⁰ Vgl. BMBF (2004).

¹¹ Siehe hierzu auch RÖPKE und KOZLOVA (2004).

¹² Vgl. VON PIERER (2003).

Entwicklung des Kraftfahrzeuggewerbes in Sachsen

Josef Lachner¹

2003: Gestiegene Zulassungen

Für die Nachfrageentwicklung des Kraftfahrzeuggewerbes gelten die Zahlen über die Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen als wichtiger Indikator. Das gilt insbesondere für die Unternehmen, die direkt in die Distribution von Neu- und Gebrauchtfahrzeugen eingeschaltet sind, also die Handelsunternehmen auf den verschiedenen Stufen. Die Zulassungszahlen spielen darüber hinaus aber auch für die Kraftfahrzeugwerkstätten und deren Lieferanten von Ersatzteilen, Zubehör sowie Hilfs- und Betriebsstoffen eine wichtige Rolle.

Den Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes zufolge haben sich die Zulassungen im Freistaat Sachsen im Jahr 2003 für alle Fahrzeugarten zusammen, also Krafträder, Personenkraftwagen, Kraftomnibusse, Lastkraftwagen, Acker-schlepper und Sattelzugmaschinen um 1 % auf 525.249 erhöht, nachdem sie 2002 auf 520.106 zurückgegangen waren. Überdurchschnittlich stark expandierten dabei die Neuzulassungen mit 2,2 %, die Besitzumschreibungen nahmen um 0,4 % zu. Innerhalb der Neuzulassungen verzeichnete vor allem die Zulassung von Lastkraftwagen (7,6 %) sowie der Sattelzugmaschinen (7,4 %) einen

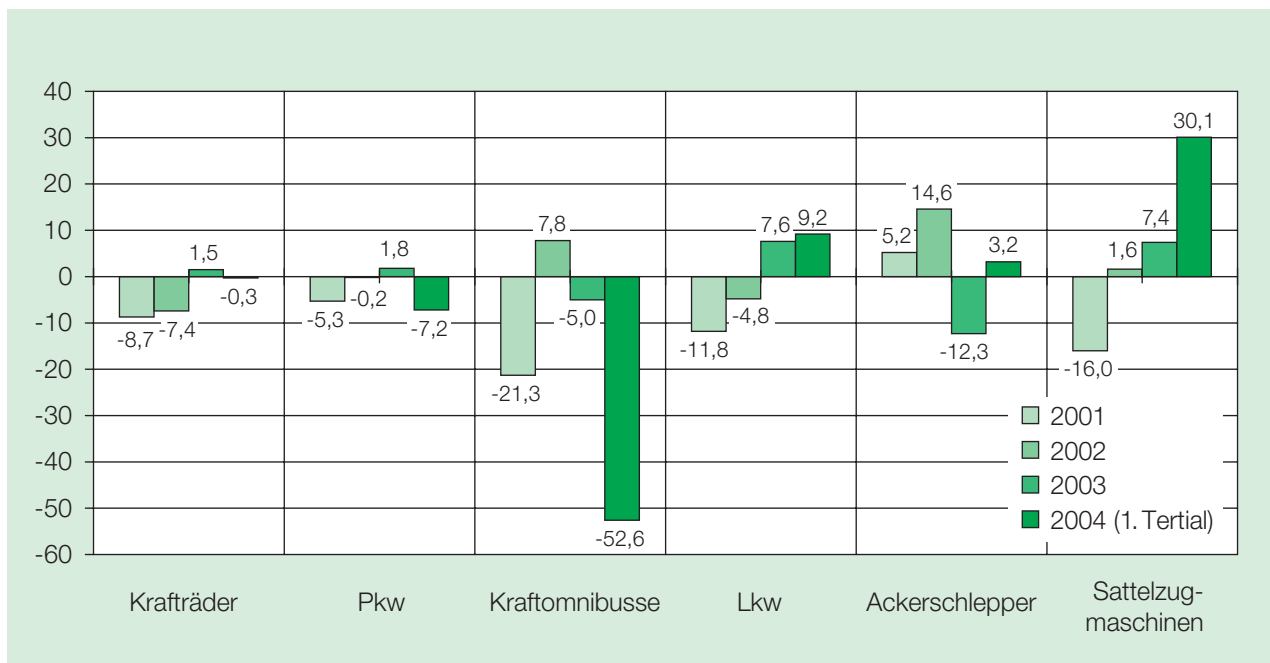
Anstieg (vgl. Abb. 1). Zugenommen hat allerdings auch die Zulassung von Personenkraftwagen, wenngleich mit 1,8 % vergleichsweise gering. Allerdings haben sie mit rund 86 % die größte Bedeutung unter den neu zugelassenen Kraftfahrzeugarten in Sachsen. Einen Rückgang der Neuzulassungen verzeichneten 2003 insbesondere die Kraftomnibusse (-5 %).

Auch bei den Besitzumschreibungen war die Entwicklung bei Kraftomnibussen besonders negativ. Das Minus war mit 11,2 % noch stärker ausgeprägt als bei den Acker-schleppern, die einen Rückgang von 6,5 % verzeichneten und den Sattelzugmaschinen, bei denen sich die Besitzumschreibungen um 4,9 % verminderten (vgl. Abb. 2). Für die gesamte Entwicklung der Besitzumschreibungen ist das leichte Plus bei den Personenkraftwagen ausschlaggebend, sie haben mit einem Anteil von nahezu 90 % bei weitem das größte Gewicht.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden 3,5 % weniger Fahrzeuge zugelassen als zur gleichen Zeit des

¹ Josef Lachner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Abbildung 1: Entwicklung der Neuzulassungen nach Kraftfahrzeugarten im Freistaat Sachsen (Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %)



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Vorjahres. Mit 5,4 % blieben vor allem die Neuzulassungen hinter dem Ergebnis des ersten Tertials 2003 zurück. Einem Minus bei den Kraftomnibussen, den Personenkraftwagen sowie den Krafträdern standen höhere Zulassungszahlen bei den Lastkraftwagen, den Sattelzugmaschinen sowie den Ackerschleppern gegenüber. Im ersten Tertial erfolgten auch weniger Besitzumschreibungen als vor Jahresfrist, wenngleich der Rückgang mit 2,6 % wesentlich geringer ausgefallen ist als bei den Neuzulassungen. Differenziert nach den einzelnen Kraftfahrzeugarten zeigt sich, dass lediglich bei den Lastkraftwagen die Besitzumschreibungen zahlreicher waren als in den ersten vier Monaten des vorigen Jahres. Bei den Kraftomnibussen sowie den Sattelzugmaschinen blieben sie besonders deutlich hinter dem damaligen Ergebnis zurück.

Ausgabenvolumen nimmt Anfang 2004 zu

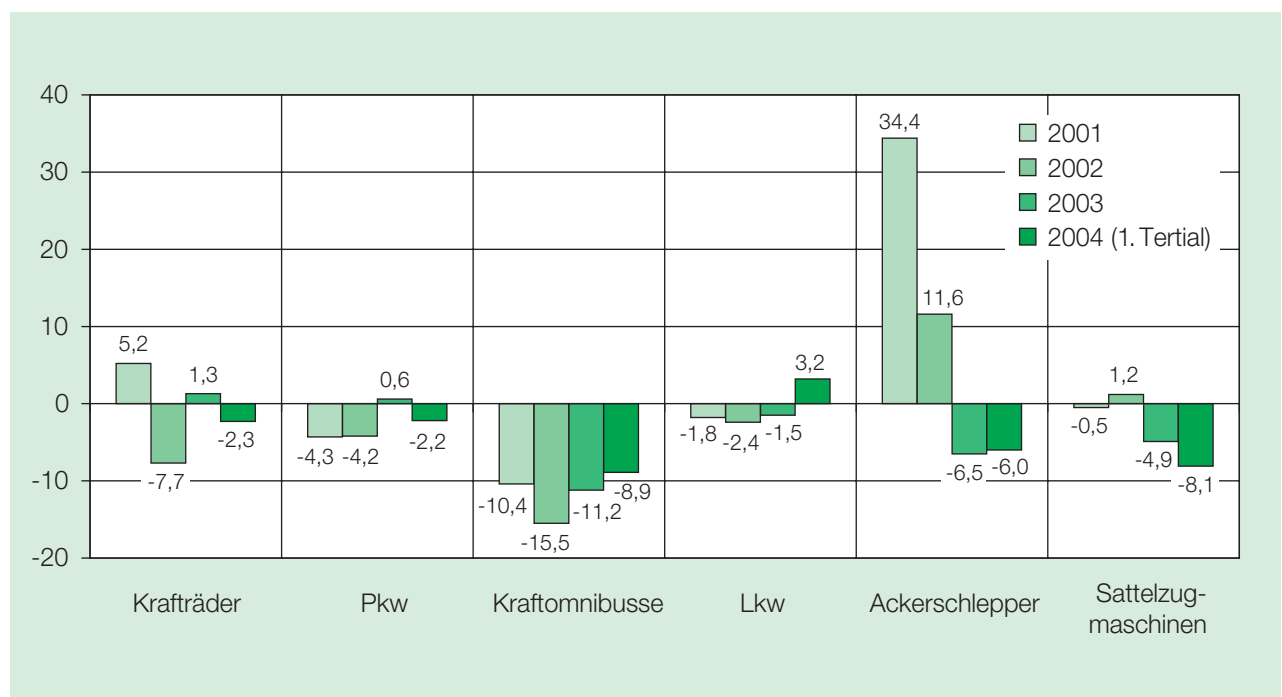
Aus der mengenmäßigen Struktur kann durch Multiplikation mit den unterschiedlichen Durchschnittspreisen für die einzelnen Kraftfahrzeugarten und auch differenziert nach Neu- und Gebrauchsfahrzeugen eine wertmäßige Gesamtentwicklung abgeleitet werden. Die Gewichtung erfolgte anhand von Preisen aus dem Jahr 2000. Die Daten wurden außerdem auf das Jahr 1995 basiert. Es zeigt sich, dass sich dieser Indikator im Freistaat Sach-

sen 2003 nach weitgehender Stagnation in den ersten Monaten zur Jahresmitte hin leicht besserte, danach jedoch deutlich rückläufig war und erst Anfang 2004 seinen Tiefpunkt erreichte (vgl. Abb. 3). Seither ist eine neuerliche Aufwärtsentwicklung unverkennbar.

Sprunghaft erhöhte Unternehmensnachfrage, aber Konsumzurückhaltung

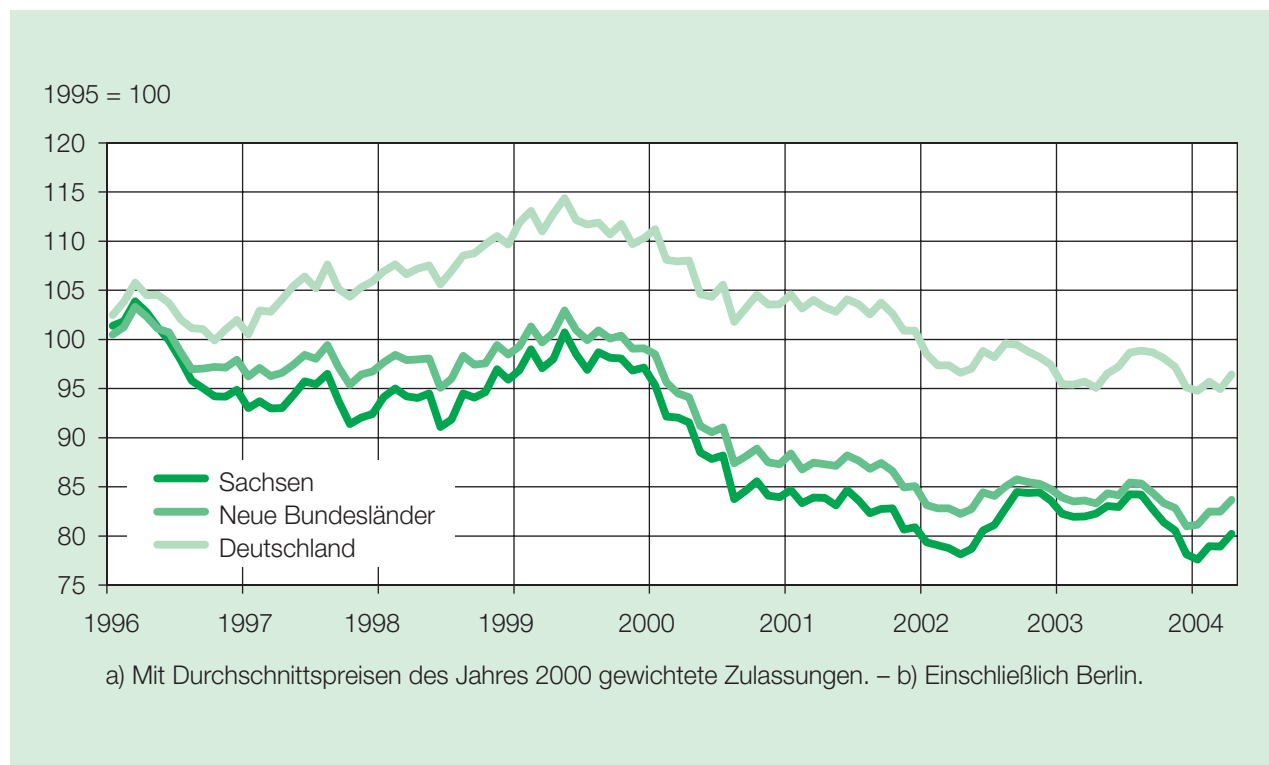
Bei entsprechender Abgrenzung der Fahrzeugarten kommt in den Zulassungszahlen die Bereitschaft der Verbraucher zur Anschaffung von Kraftfahrzeugen für private Nutzung zum Ausdruck sowie die Neigung der Unternehmen, in den geschäftlichen Fuhrpark zu investieren. Werden die Zulassungen nach diesen beiden Anschaffungsmotiven unterschieden, ergibt sich für die Fahrzeuge für die geschäftliche Nutzung im Freistaat Sachsen seit Jahresanfang 2004 ein beachtlicher Sprung nach oben, durch den der in der zweiten Jahreshälfte 2003 erfolgte Rückgang nahezu ausgeglichen werden konnte (vgl. Abb. 4). Die eher konsumorientierten Ausgaben erfuhr im Jahr 2003 nach einer leichten Besserung zur Jahresmitte hin in der zweiten Jahreshälfte eine deutliche Verschlechterung. Auch zu Jahresanfang 2004 blieben die Ausgaben für Kraftfahrzeuge für die private Nutzung gedrückt.

Abbildung 2: Entwicklung der Besitzumschreibungen nach Kraftfahrzeugarten im Freistaat Sachsen (Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %)



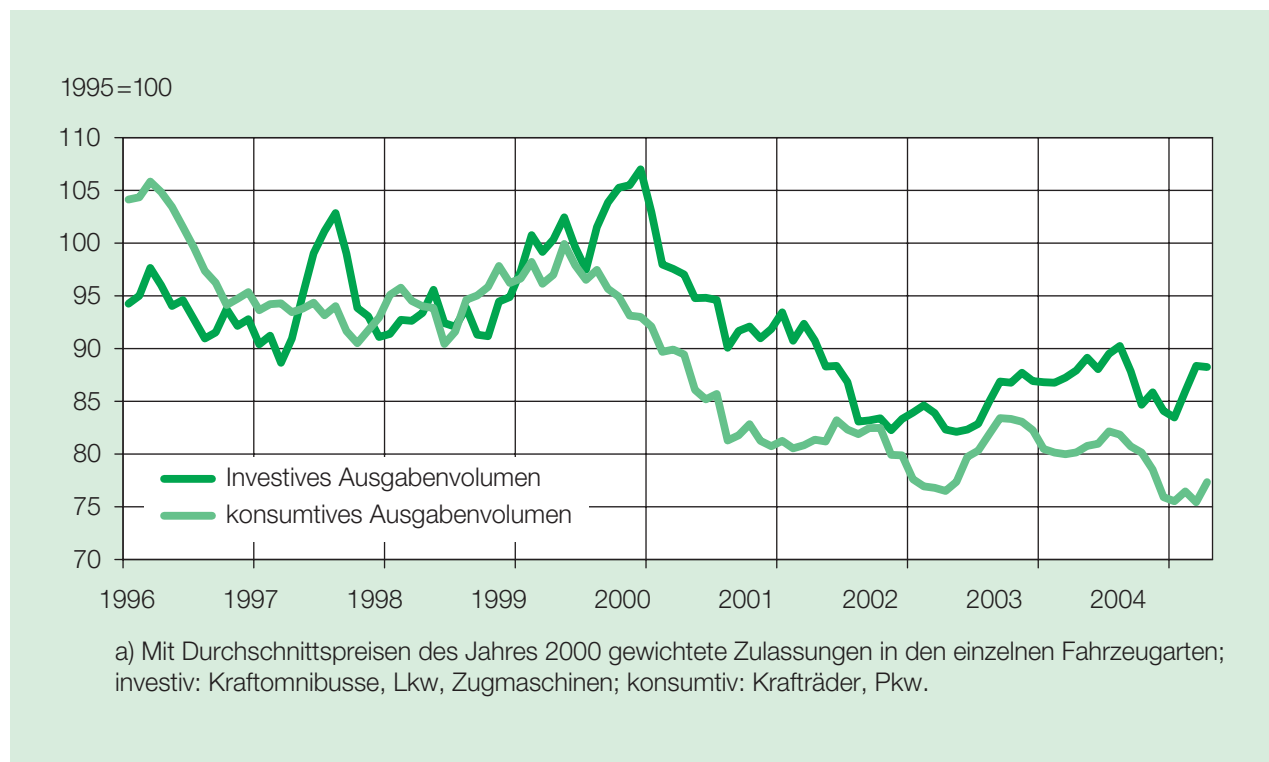
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Entwicklung des Ausgabenvolumens für die Kraftfahrzeuge^a in Sachsen, den neuen Bundesländern^b und in Deutschland (saisonbereinigt und geglättet)



Quellen: Kraftfahrt-Bundesamt, diverse Veröffentlichungen über die Preise von Kraftfahrzeugen, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4: Entwicklung des investiven und konsumtiven Ausgabenvolumens für Kraftfahrzeuge^a im Freistaat Sachsen (saisonbereinigt und geglättet)



Quellen: Kraftfahrt-Bundesamt, diverse Veröffentlichungen über die Preise von Kraftfahrzeugen, Berechnungen des ifo Instituts.

Deutschlandprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt allmählich an Dynamik¹

zusammengefasst von **Wolfgang Nierhaus**²

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist im Frühsommer 2004 aufwärts gerichtet. Die USA, Südostasien, Japan und – wenn auch deutlich schwächer – die europäischen Volkswirtschaften sind gemeinsam im konjunkturellen Aufwind. In den USA ist es zu einem selbst tragenden Konjunkturaufschwung gekommen. Die monetären Rahmenbedingungen waren bis zuletzt expansiv. Zudem gingen von der Finanzpolitik anhaltend kräftige Impulse aus. In Japan hat sich die Erholung der Wirtschaft fortgesetzt. Zur konjunkturellen Dynamik trugen zum einen die Exporte insbesondere in die asiatischen Schwellenländer bei, zum anderen die Binnennachfrage und hier insbesondere die privaten Investitionen und der Konsum. Auch in der europäischen Währungsunion (EWU) ist die Konjunktur inzwischen in Gang gekommen. Haupttriebfeder war die Auslandsnachfrage, die sich im Gefolge des weltweiten Aufschwungs trotz der Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner merklich beschleunigte. Auch der private Konsum zog etwas an, nahezu unverändert blieben hingegen die Investitionen.

Im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres wird sich die Dynamik mit bedingt durch den kräftigen Preis-

schub bei Öl und sonstigen Rohstoffen allmählich abschwächen. Er ist im Wesentlichen das Ergebnis des weltweiten Konjunkturaufschwungs, in geringerem Ausmaß ist er auf exogene Einflüsse (z. B. politische Unsicherheiten in wichtigen Ölexportländern) zurückzuführen. Der Höhenflug der Öl- und Rohstoffnotierungen kann zwar den Konjunkturaufschwung abschwächen, doch kann er ihn nicht umkehren. Allerdings erhöhen sich die Verbraucherpreise etwas stärker als noch vor kurzem erwartet. Die stimulierenden Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik lassen nach. Am stärksten expandieren werden weiterhin die Volkswirtschaften Ostasiens (vgl. Tab. 1), gefolgt von den USA, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika, während die Erholung in Westeuropa erst spät eingesetzt hat und erst langsam an Dynamik gewinnt. Das Volumen des Welthandels dürfte im Jahr 2004 um 9,75 % und 2005 um 8 % expandieren. Für den Rohölpreis wurde ein Barrel-Preis von ca. 34 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2004 unterstellt, im kommenden Jahr dürfte er

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2004. Vgl. G. FLAIG, W. NIERHAUS, O.-E. KUNTZE et. al., „ifo Konjunkturprognose 2004/2005: Konjunktur gewinnt an Fahrt“, in: ifo Schnelldienst, 12/2004, S. 10–36.

² Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

| | 2002 | 2003 | 2004 ^s | 2005 ^s |
|----------------------------|------|------|-------------------|-------------------|
| Industrieländer | | | | |
| USA | 2,2 | 3,1 | 4,7 | 3,4 |
| Japan | –0,3 | 2,5 | 4,5 | 2,6 |
| Euroraum | 0,9 | 0,4 | 1,8 | 2,2 |
| Schwellenländer | | | | |
| EU-Beitrittsländer | 2,2 | 3,1 | 4,3 | 4,2 |
| Ostasien ^a | 6,1 | 6,4 | 8,1 | 7,6 |
| Lateinamerika ^b | –1,2 | 1,8 | 3,8 | 3,7 |

s) Schätzungen des ifo Instituts. – a) Gewichteter Durchschnitt aus: China, Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen. – b) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile; jeweils mit dem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2002 in US-Dollar.

Quellen: Berechnungen des ifo Institutes auf der Grundlage von Ursprungsdaten nationaler Institutionen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; 2004 und 2005 Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

nur wenig niedriger liegen. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar dürfte sich im Prognosezeitraum in einer Spanne zwischen 1,15 und 1,25 bewegen.

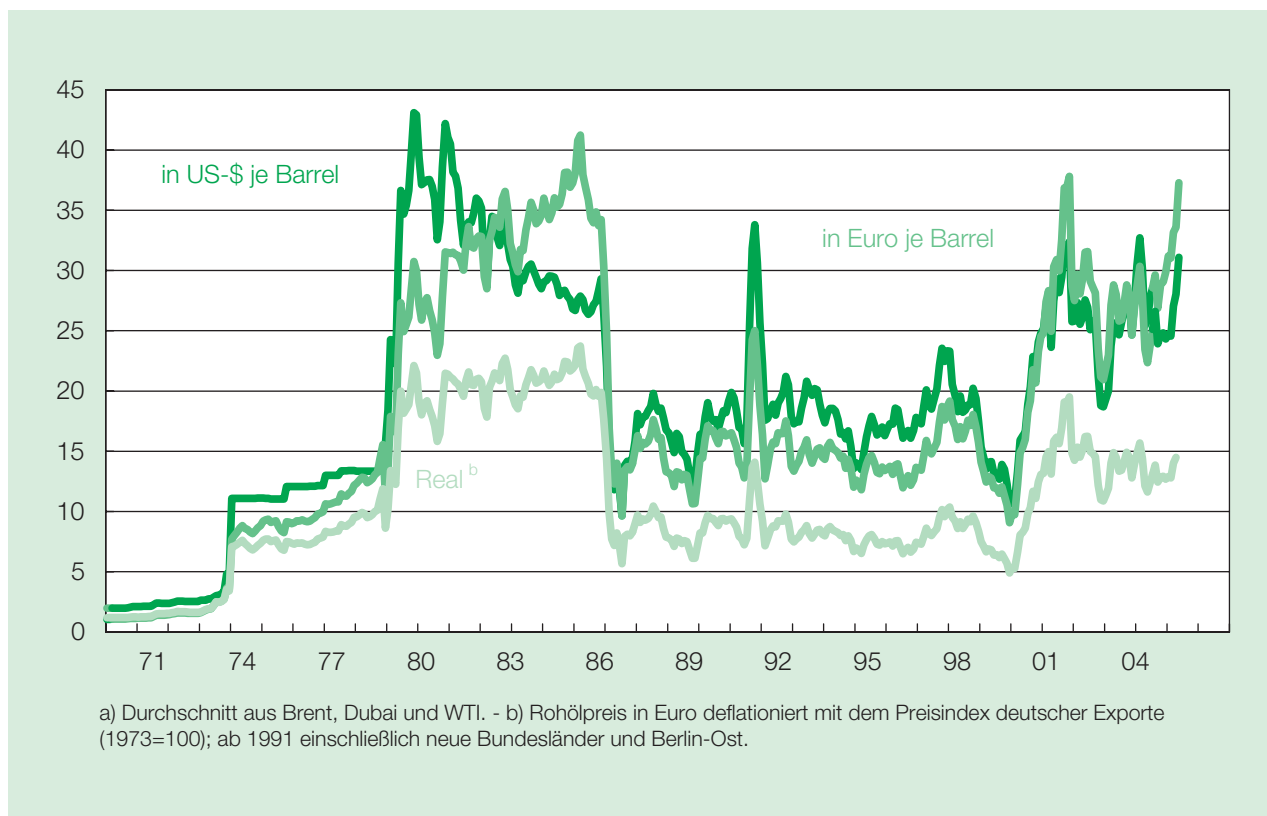
Ausblick Deutschland

Die deutsche Konjunktur zeigt sich zur Jahresmitte 2004 immer noch nicht durchgreifend gefestigt. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 2003 wieder aufwärts gerichtet, die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich dabei aber weiterhin. Hoffnungen auf ein rasches Mehr an konjunktureller Dynamik werden zur Zeit durch den Höhenflug der Rohstoffpreise, und hier insbesondere der Rohölpreise gedämpft: Zwar hat die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar den Ölpreisanstieg in heimischer Währung bisher abzuschwächen vermocht (vgl. Abb. 1), gleichwohl muss derzeit ein größerer Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion als noch im letzten Jahr für die Ölrechnung aufgewendet werden, was für sich genommen die Binnennachfrage dämpft. Solange allerdings davon ausgegangen werden kann, dass die weltweite Konjunktur trotz des Ölpreisanstiegs anzieht, bleibt netto ein positiver Effekt des weltwirtschaftlichen Aufschwungs

für die deutsche Volkswirtschaft erhalten. Das gilt umso mehr, als die Ölabhängigkeit der deutschen Wirtschaft heute deutlich geringer als die vieler anderer Länder und jedenfalls auch deutlich geringer als bei den beiden historischen Ölpreisschocks der Jahre 1973/74 bzw. 1979/80 ist, die schwere Rezessionen mit entsprechend großen Beschäftigungsverlusten ausgelöst hatten. Auch fällt der gegenwärtige Anstieg der Ölpreise in realer Rechnung weit schwächer aus als damals. Zuletzt sind die Ölpreise nach dem Beschluss der OPEC, die Fördermengen auszuweiten, bereits wieder merklich gesunken.

Produktion und Auftragseingang sind denn auch von der Grundtendenz weiter aufwärts gerichtet. Insbesondere der Bestelleingang aus dem Ausland läuft recht gut. So meldete der VDMA im April 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat immerhin 19 % mehr Auslandsaufträge im deutschen Maschinen- und Anlagenbau. Auch die Industrieproduktion konnte ein merkliches Plus verbuchen; sie zog im April saisonbereinigt gegenüber März mit 2,2 % deutlich an. Im etwas weniger volatilen Zweimonatsvergleich (März und April gegenüber Januar und Februar) nahm die Produktion um 0,6 % zu, wobei die Produktion von Investitionsgütern mit 2,3 % am stärksten stieg, während sich die Fertigung

Abbildung 1: Nominaler und realer Rohölpreis^a (in US-Dollar bzw. Euro je Barrel)



Quellen: HWWA, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

von Vorleistungs- und Konsumgütern um 0,5 % bzw. 0,3 % leicht abschwächte. Im Bauhauptgewerbe fiel dagegen die Produktion im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt um -9,1 % zurück. Leicht verbessern konnten sich zuletzt die Umsätze im Einzelhandel; diese stiegen preis- und saisonbereinigt im Zweimonatsvergleich um 0,6 %.

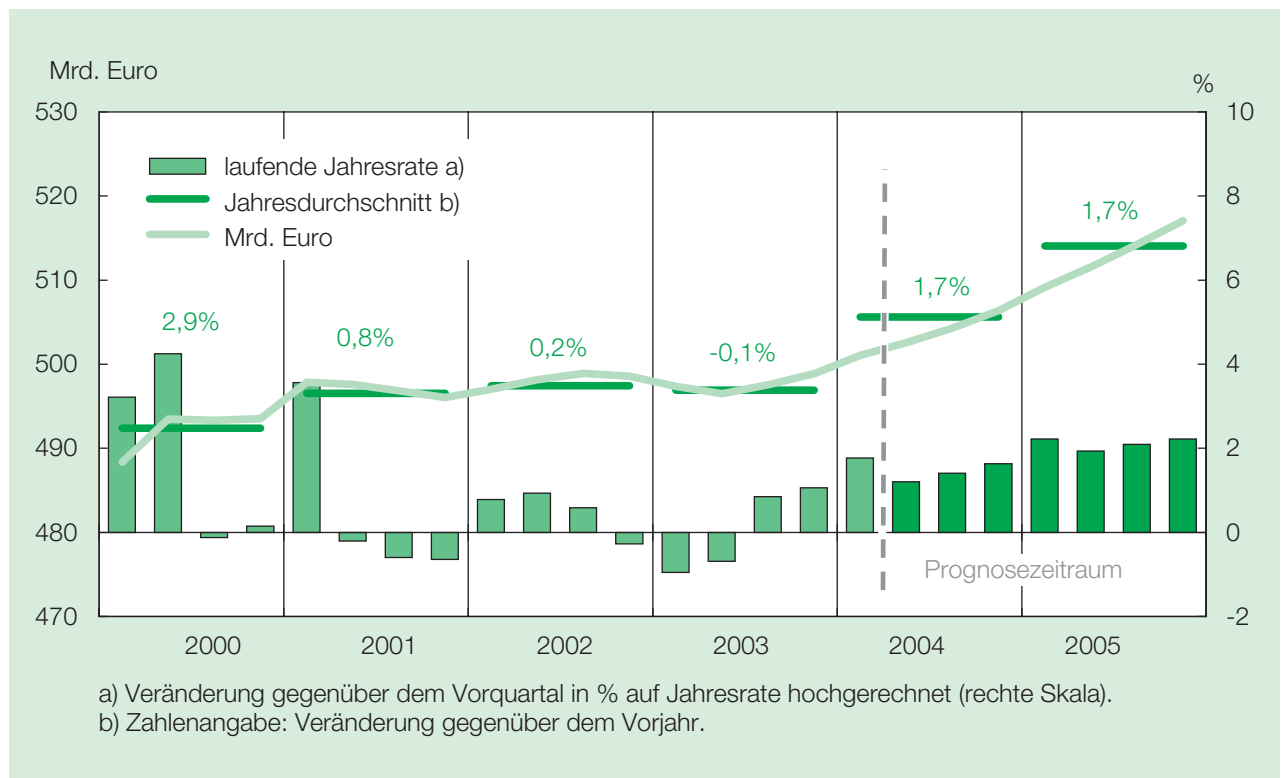
Insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nach Schätzungen des ifo Instituts um 1,6 % gestiegen; das konjunkturelle Wachstumstempo im II. Quartal dürfte wohl aufgrund der höheren Ölpreise etwas geringer als im I. Quartal gewesen sein. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1,7 % betragen (vgl. Abb. 2). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass rund 0,5 Prozentpunkte der Mehrproduktion auf die ungewöhnlich hohe Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen sind.³ Die konjunkturelle Grundtendenz wird deshalb zuverlässiger von der Veränderung der kalenderbereinigten Produktion wiedergegeben, die mit nur 1,2 % zu veranschlagen ist. Im nächsten Jahr dürfte die kalenderbereinigte Produktion sogar etwas stärker, nämlich um 1,9 % steigen. Da aber dann die Zahl der Kalendertage wieder geringer ist, wird sich dem Ursprungswert nach das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % erhöhen (vgl. Tab. 2).

Für die Prognose ist angenommen worden, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) weiter expansiv ist. Die Leitzinsen dürften bis Ende 2005 auf dem gegenwärtigen Niveau belassen werden. Ferner setzt die Lohnpolitik in Deutschland den insgesamt moderaten Kurs fort; die Tariflöhne erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis in diesem Jahr um 2 % und im kommenden Jahr um 2,25 %. Schließlich bleibt die Finanzpolitik der Bundesregierung restriktiv ausgerichtet.

Die Exporte dürften im Prognosezeitraum aufgrund des günstigen internationalen Umfelds die wichtigste Stütze der Konjunktur bleiben. Die Binnennachfrage wird dagegen erst allmählich kräftiger. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt dabei außerordentlich prekär. Zu einem –

³ Das Jahr 2004 weist eine besondere Kalenderkonstellation auf. So fallen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kommt der Schalltag. Dies hat zur Folge, dass 1,5 % mehr Arbeitstage zur Verfügung stehen als 2003. Nach dem hier verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der größeren Zahl von Arbeitstagen ein positiver Impuls auf das reale Bruttoinlandsprodukt – über ein volles Jahr gerechnet – von 0,5 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der kalendarische Einfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).

Abbildung 2: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

| | 2002 | 2003 | 2003 ¹ | 2004 ¹ |
|---|--------|--------|-------------------|-------------------|
| Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^a | | | | |
| Private Konsumausgaben | -1,0 | -0,1 | 0,5 | 1,5 |
| Konsumausgaben des Staates | 1,7 | 0,9 | -0,2 | 0,3 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -6,7 | -2,0 | 1,8 | 1,7 |
| Ausrüstungen und sonstige Anlagen | -7,6 | -0,4 | 3,4 | 3,7 |
| Bauten | -5,8 | -0,3 | 0,5 | -0,1 |
| Inländische Verwendung | -1,6 | 0,4 | 1,1 | 1,8 |
| Exporte | 3,4 | 1,8 | 7,9 | 5,1 |
| Importe | -1,7 | 3,4 | 7,0 | 6,0 |
| Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 0,2 | -0,1 | 1,7 | 1,7 |
| Erwerbstätige ^b (in 1.000 Personen) | 38.671 | 38.246 | 38.101 | 38.159 |
| Arbeitslose (in 1.000 Personen) | 4.061 | 4.377 | 4.368 | 4.382 |
| Arbeitslosenquote ^c (in %) | 9,5 | 10,3 | 10,3 | 10,3 |
| Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 1,4 | 1,1 | 1,6 | 1,4 |
| Finanzierungssaldo des Staates ^e | | | | |
| in Mrd. Euro | -74,3 | -82,1 | -79,4 | -75,2 |
| in % des Bruttoinlandsprodukts | -3,5 | -3,9 | -3,6 | -3,4 |
| Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) ^f | -63,3 | -63,9 | -65,4 | -67,0 |
| Zinslasten des Staates (in Mrd. Euro) ^g | 65,2 | 66,2 | 68,4 | 71,8 |
| nachrichtlich: | | | | |
| Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 0,9 | 0,4 | 1,8 | 2,2 |
| Verbraucherpreisindex im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 2,3 | 2,1 | 2,1 | 1,9 |
| 1) Prognose des ifo Instituts. – a) In Preisen von 1995. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (VPI). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – g) Geleistete Vermögenseinkommen. – h) HVPI-EWU (1996=100). | | | | |

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

wenn auch nur schwachen – Beschäftigungsaufbau kommt es erst im nächsten Jahr; die Zahl der Arbeitslosen wird weiter hoch sein. Die Inflationsrate dürfte trotz des jüngsten Ölpreisschubs im Durchschnitt des Prognosezeitraums unter der 2-Prozentmarke liegen.

Die vorgelegte Prognose wird nach unten hin zu revidieren sein, wenn es zu massiven Terrorattacken bis hin zu einer Beeinträchtigung der bisher weitgehend reibungslosen Ölversorgung kommt. Selbst vorübergehende Ausfälle (etwa durch Anschläge auf Pipelines oder Verladestationen) könnten rasch erhebliche Ölpreissteigerungen nach sich ziehen, was die hier prognostizierte konjunkturelle Belebung dämpfen würde.

Die Prognose im Detail: Exporte im Aufwind der Weltkonjunktur

Die Ausfuhr expandierte zu Beginn dieses Jahres außerordentlich stark. Saison- und kalenderbereinigt nahmen die realen Exporte gegenüber dem Vorquartal um 4,6 % zu, annualisiert sind das fast 20 %. Ausschlaggebend dafür war das verbesserte außenwirtschaftliche Umfeld im Zuge der guten wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und in Südostasien. Auch der Handel mit Ländern der europäischen Union belebte sich seit Mitte des letzten Jahres merklich. Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verharren seit Jahresbeginn auf hohem Niveau und zeigen keine Abschwächung der Exportkonjunktur für die kommenden Monate an. Im Prognosezeitraum wird die deutsche Ausfuhr an der Ausweitung des Welthandels weiterhin merklich partizipieren, wobei sie auch von der besseren Konjunktur im Euroraum profitiert. Die vergleichsweise geringen Preissteigerungen in Deutschland werden zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure leicht verbessern. Im Jahresdurchschnitt werden die Exporte 2004 voraussichtlich um 7,9 % und 2005 um etwa 5,1 % zunehmen.

Die Importpreise ziehen im Zuge der weltweiten konjunkturellen Belebung und bei im langfristigen Vergleich relativ hohen Rohstoffnotierungen im Prognosezeitraum merklich an. Auch die deutschen Exporteure werden allmählich wieder Preiserhöhungsspielräume nutzen, um ihre durch die vorangegangene Wechselkursentwicklung gedrückten Gewinnmargen zu verbessern. Für das laufende Jahr wird aufgrund von noch dämpfenden Wechselkurseffekten im I. Quartal und einem beträchtlichen statistischen Unterhang bei den Importpreisen mit einer leichten Verbesserung der Terms of Trade gerechnet, während 2005 keine Verbesserung mehr eintreten wird.

Moderates Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Der Trend bei den Investitionen in Ausrüstungsgüter hat sich im Verlaufe des letzten Jahres stabilisiert. In diesem und im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen wieder zunehmen. Darauf deutet die Zunahme der Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten hin. Positiv wirken sich dabei die im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung besser werdenden Absatz- und Ertragserwartungen aus. Die Finanzierungsbedingungen dürften weiterhin günstig bleiben. Die Kreditzinsen sind im langfristigen Vergleich relativ niedrig und mit der Festigung der Aktienkurse hat sich auch die Mittelbeschaffung über den Kapitalmarkt verbessert. Andererseits gehen dämpfende Einflüsse von der vor allem bei mittelständischen Betrieben häufig zu geringen Eigenkapitalquote aus, die die Kreditaufnahme erschwert. Auch ist die Kapazitätsauslastung gegenwärtig noch niedrig und das für dieses und das nächste Jahr erwartete moderate Wirtschaftswachstum dürfte die Auslastung nur maßvoll erhöhen. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, dass die Investitionstätigkeit im Verlaufe des Prognosezeitraums weiter an Schwung gewinnen wird. In diesem und im nächsten Jahr werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen real um jeweils rund 3,5 % wachsen.

Vorübergehende Stabilisierung der Bauinvestitionen

Die Talfahrt der Bauinvestitionen kam im Verlauf des vergangenen Jahres zum Stillstand. Ausschlaggebend waren vorgezogene Bauaktivitäten privater Haushalte im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage, einzelne Großprojekte im gewerblichen Bau und noch von der Flutkatastrophe 2002 ausgelöste Aufbauarbeiten im Infrastrukturbereich.

Der Wohnungsbau dürfte auch im Prognosezeitraum von vorgezogenen Investitionen profitieren. In den Vorjahren hatten private Haushalte vorsorglich Baugenehmigungen beantragt, um den Anspruch auf Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Nunmehr werden diese Bauvorhaben verstärkt realisiert. Dämpfende Wirkungen auf die Wohnungsbautätigkeit gehen aber nach wie vor von der nur geringen Zunahme der real verfügbaren Einkommen aus. Im Mietwohnungsbau setzt sich der Rückgang fort, da das Überangebot an Wohnraum in regionalen Teilmärkten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin groß ist. Im Verlauf des nächsten Jahres schwächen sich die Sondereffekte ab. Die Wohnungsbauinvestitionen werden in diesem Jahr um real 2 % zunehmen, im nächsten Jahr noch um 1 % (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3: Bruttoinvestitionen in Preisen von 1995 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

| | 2003 | 2004 | 2005 |
|-----------------------------------|------|------|------|
| Wohnungsbau | -2,7 | 2,0 | 1,0 |
| Nichtwohnungsbau | -4,3 | -1,5 | -1,8 |
| Gewerblicher Bau | -2,9 | -1,2 | -2,2 |
| Öffentlicher Bau | -7,6 | -2,3 | -1,0 |
| Bauten | -3,4 | 0,5 | -0,1 |
| Ausrüstungen und sonstige Anlagen | -0,4 | 3,4 | 3,7 |
| Ausrüstungen | -0,8 | 3,3 | 3,4 |
| Sonstige Anlagen | 1,8 | 3,6 | 5,7 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -2,0 | 1,8 | 1,7 |
| Bruttoinvestitionen | 1,1 | 5,6 | 3,2 |

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2004 und 2005: Schätzungen des ifo Instituts.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden trotz der konjunkturellen Erholung noch weiter sinken. Hierauf weisen die rückläufigen Baugenehmigungen hin. Maßgeblich dafür sind die vielerorts immer noch beträchtlichen Leerstände. Für dieses Jahr ist im Wirtschaftsbau mit einem Rückgang um real gut 1 % zu rechnen, für das nächste Jahr mit 2 % Rückgang.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum erneut zurückgehen, allerdings deutlich langsamer als in den Jahren zuvor. Die Kommunen, Hauptinvestor der öffentlichen Hand, werden sich wegen der ab 2004 gesenkten Gewerbesteuerumlage finanziell zwar etwas besser stehen, jedoch bleibt ihre Haushaltslage angespannt. Für den gesamten öffentlichen Bau ist für dieses Jahr mit einem Rückgang real um reichlich 2 % zu rechnen, für das nächste Jahr mit etwa 1 % Rückgang. Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr real um 0,5 % steigen, im nächsten Jahr werden sie das erreichte Niveau in etwa halten.

Privater Konsum belebt sich nur allmählich

Der private Konsum hat im Verlauf des ersten Halbjahrs 2004 nur wenig zugenommen. Im Durchschnitt dürfte das Vorjahresniveau gerade erreicht worden sein. Zwar trat zu Jahresanfang eine neue Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft (vgl. Tab. 4). Dämpfend wirkte aber die Gesundheitsreform, in deren Gefolge für private Haushalte die Preise von Gesundheitsdienstleistungen kräftig stiegen. Da der durchschnittliche Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bisher nur

wenig sank, kam es per saldo zu einer merklichen Einbuße an Kaufkraft. Zusätzlich bremsen höhere Arbeitnehmersozialbeiträge zur privaten Altersvorsorge (u. a. Verdoppelung des Eigenbeitragssatzes zu Altersvorsorgeplänen im Rahmen der Riesterreente). Außerdem schlug ab April die volle Übernahme der Beiträge zur Pflegeversicherung durch die Rentner Kaufkraft mindernd zu Buche. Schließlich stieg die Sparquote leicht.

Im weiteren Jahresverlauf wird sich der private Konsum nur wenig beschleunigen. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen bleibt alles in allem schwach, die turnusmäßige Anpassung der Altersrenten zur Jahresmitte wird diesmal sogar ausgesetzt. Allein die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandieren im Gefolge der konjunkturellen Besserung nennenswert. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im Jahr 2004 nominal um 2,3 % zulegen, real aber nur um 0,5 %. Die Sparquote dürfte sich nur unwesentlich erhöhen. Die Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer sprechen zwar für einen Anstieg der Sparquote, da Einkommenszuwächse nicht in voller Höhe und sofort verausgabt werden. Allerdings dämpft das allmähliche Auslaufen des Beschäftigungsabbaus das Vorsorgesparen. Zudem müssen die privaten Haushalte im Zuge der Gesundheitsreform höhere monetäre Eigenleistungen für die Gesundheitspflege erbringen. Der reale private Konsum wird damit voraussichtlich um 0,5 % steigen.

Im kommenden Jahr werden die Bruttoarbeitseinkommen bei steigender Beschäftigung wieder stärker expandieren. Die Nettobezüge dürften allerdings verlangsamt zunehmen. Zwar wird nochmals die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt, auch dürfte der durchschnittliche

Beitragsatz zur GKV nochmals leicht reduziert werden. Allerdings sind von den privaten Haushalten Beiträge für die private Absicherung von Zahnersatzleistungen⁴ aufzubringen. Ebenfalls nur mäßig werden sich die Sozialleistungen erhöhen. Die Altersrenten werden, nicht zuletzt aufgrund des neu eingeführten Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel, nur gering angehoben; außerdem werden die Lohnersatzleistungen nicht mehr weiter steigen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen im nächsten Jahr um 3 % steigen, real um 1,5 %. Bei unverändert hoher Sparquote wird der reale private Konsum ebenfalls um 1,5 % expandieren.

Vorübergehend höhere Inflationsrate

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Verlauf des Jahres 2004 beschleunigt. Am Jahresanfang wurden im Rahmen der Gesundheitsreform Praxisgebühren

⁴ Ab dem Jahr 2005 wird im Zuge der Gesundheitsreform der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der GKV ausgegliedert. Hier wird angenommen, dass die hieraus resultierenden Risiken überwiegend über eine zusätzliche Versicherung innerhalb der GKV abgedeckt werden. Die entsprechenden Versicherungsprämien werden in der VGR als Sozialabgaben gebucht. Werden hingegen Verträge mit privaten Krankenkassen geschlossen, so würde dies den Verbraucherpreisindex erhöhen.

Tabelle 4: Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

| | 1998 ^a | 1999 ^a | 2000 ^a | 2001 ^a | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|--------|--------|--------|--------|
| Grundfreibetrag (in Euro) | 6.322 | 6.681 | 6.902 | 7.206 | 7.235 | 7.235 | 7.664 | 7.664 |
| Eingangssteuersatz (in %) | 25,9 | 23,9 | 22,9 | 19,9 | 19,9 | 19,9 | 16,0 | 15,0 |
| Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %) | 53,0 | 53,0 | 51,0 | 48,5 | 48,5 | 48,5 | 45,0 | 42,0 |
| Solidaritätszuschlag (in %) | 5,5 | 5,5 | 5,5 | 5,5 | 5,5 | 5,5 | 5,5 | 5,5 |
| Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %) | 55,92 | 55,92 | 53,81 | 51,17 | 51,17 | 51,17 | 47,48 | 44,31 |
| Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro) | 61.377 | 61.377 | 58.643 | 54.999 | 55.008 | 55.008 | 52.152 | 52.152 |
| Steuerersparnis ^b gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuernden Einkommen | | | | | | | | |
| von 15.000 Euro | – | 111 | 283 | 525 | 534 | 534 | 814 | 845 |
| von 25.000 Euro | – | 72 | 283 | 703 | 707 | 707 | 1.100 | 1.193 |
| von 50.000 Euro | – | 22 | 29 | 745 | 751 | 751 | 1.524 | 2.095 |
| nachrichtlich: | | | | | | | | |
| Sparerfreibetrag (in Euro) | 3.068 | 3.068 | 1.534 | 1.534 | 1.550 | 1.550 | 1.370 | 1.370 |
| Kinderfreibetrag ^c (in Euro) | 3.534 | 3.534 | 3.534 | 3.534 | 3.648 | 3.648 | 3.648 | 3.648 |
| Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ^c (in Euro) | – | – | 1.546 | 1.546 | – | – | – | – |
| Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ^c (in Euro) | – | – | – | – | 2.160 | 2.160 | 2.160 | 2.160 |
| Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro) | 112 | 128 | 138 | 138 | 154 | 154 | 154 | 154 |
| a) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet. – b) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags. – c) Unter Anrechnung des Kindergeldes. | | | | | | | | |

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

für Arztbesuche eingeführt, Zuzahlungen für Medikamente bzw. therapeutische Mittel erhöht und die bisherigen Zuschüsse der Krankenkassen für Brillengläser gestrichen. Im März wurde überdies die Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung erhöht. Im April führte die Neuregelung der Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel durch die GKV nochmals zu einer starken Verteuerung von Medikamenten, auch wurden die Preise für Verkehrsdienstleistungen angehoben. Zuletzt erhöhten sich auch die Preise für Mineralölzeugnisse sehr kräftig. Im Mai erreichte die Jahresteuersatzrate zum ersten Mal seit März 2002 wieder die 2-Prozentmarke, die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts u. a. der Einfluss der Preise für Energie und Gesundheitsleistungen⁵ herausgerechnet ist, betrug im Mai dagegen nur 0,9 %.

Das Preisklima wird im Prognosezeitraum zunächst angespannt bleiben. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise dürften im Herbst steigen; knapp die Hälfte des deutschen Wohnungsbestands ist inzwischen mit Gasheizungen ausgerüstet. Auch die Umlagen für die Fernwärme dürften sich erhöhen. Zu berücksichtigen sind außerdem die indirekten Preiseffekte, die sich daraus ergeben, dass teureres Öl als Input in die heimische Produktion eingeht. Prognoserelevant ist weiterhin, dass im Dezember dieses Jahres und im September 2005 die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Im öffentlichen Nahverkehr drohen zudem kräftige Tarifierhebungen, weil auch in diesem Bereich staatliche Zuschüsse gekürzt werden. Alles in allem dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2004 auf 1,6 % belaufen; im nächsten Jahr, wenn der gegenwärtige Ölpreisschub in der statistischen Basis enthalten ist, fällt sie auf 1,4 % zurück.

Arbeitsmarkt bleibt desolat

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in der ersten Jahreshälfte 2004 weiter verschlechtert. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit, der sich in der zweiten Jahreshälfte 2003 insbesondere durch die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung deutlich abgeschwächt hatte, beschleunigte sich wieder. Noch stärker sank die Beschäftigtenzahl, vor allem in der Bauwirtschaft und in der Industrie. Dagegen nahm die Zahl der Selbständigen weiter zu, nicht zuletzt durch die vom Staat geförderte Gründung von Ich-AGs.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird zunächst noch weiter abnehmen, erst ab Ende dieses Jahres zeichnet sich

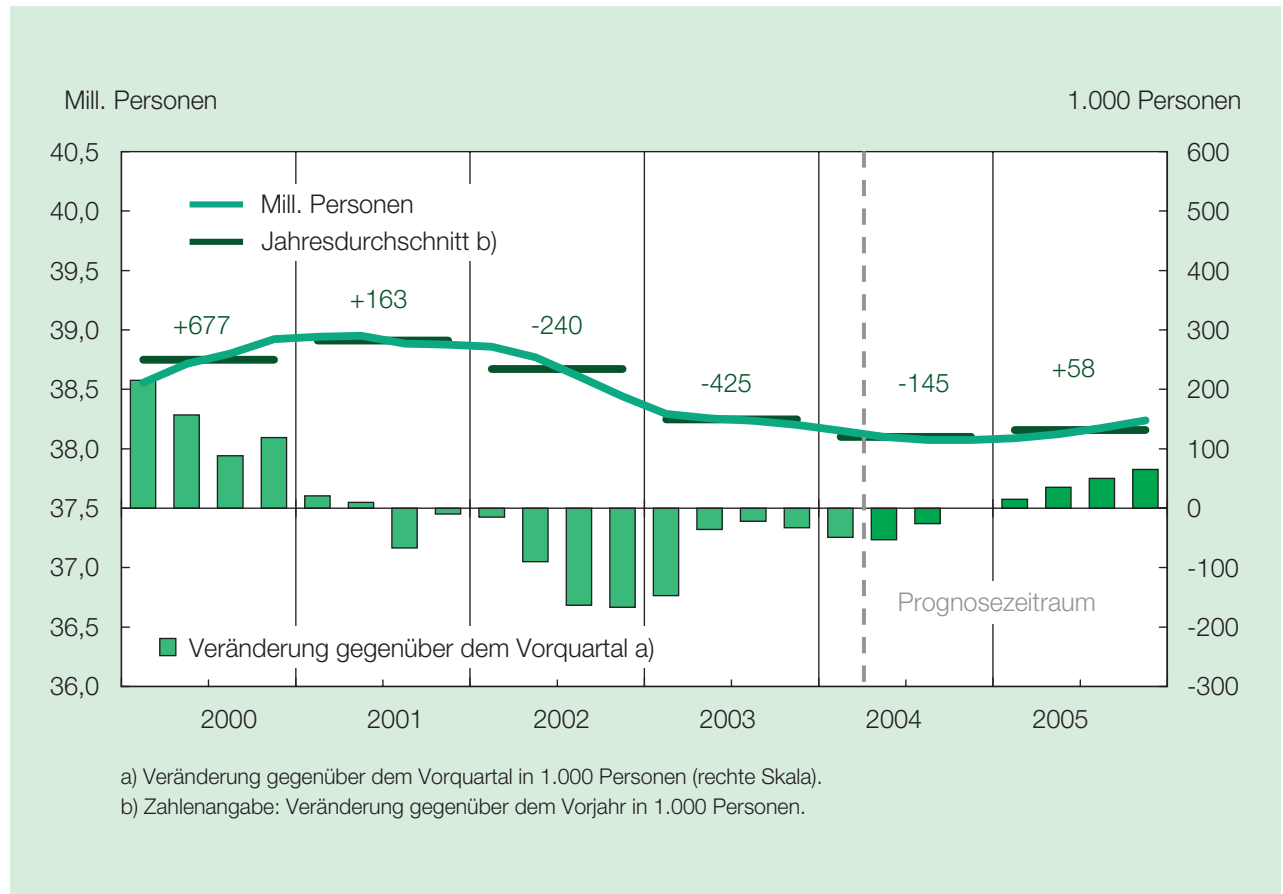
eine leichte Besserung ab. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird die Erwerbstätigenzahl um 145.000 zurückgehen, im kommenden Jahr ist im Zuge der konjunkturellen Besserung mit einem leichten Anstieg um knapp 60.000 zu rechnen (vgl. Abb. 3). Das Arbeitsvolumen, das saison- und kalenderbereinigt zuletzt überraschend gestiegen war, dürfte in diesem Jahr von der Grundtendenz noch sinken. Im nächsten Jahr wird es, parallel zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit, wieder leicht zunehmen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die seit dem vergangenen Frühjahr tendenziell gesunken war, ist ab Februar dieses Jahres wieder gestiegen, und zwar um 100.000. Der vergleichbare Stand des Vorjahres wurde zuletzt allerdings noch um 50.000 unterschritten. Maßgeblich hierfür waren verschiedene Maßnahmen der Statistikbereinigung. Im vergangenen Jahr führten einmal die Aktivierungsanstrengungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass zahlreiche Arbeitslose – insbesondere diejenigen, die keine Leistungen bezogen – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder mangelnder Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche aus der Statistik gestrichen wurden bzw. infolge der verschärften Anforderungen vorerst auf eine weitere Registrierung verzichteten. Außerdem wurde Anfang dieses Jahres die Arbeitslosenzahl durch die Ausgliederung von Teilnehmern an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen statistisch gesenkt. Die Zahl der Arbeitslosen, die in Folge dieser Maßnahmen aus der Statistik heraus fielen, betrug rund 150.000 bzw. rund 80.000 Personen. Ohne diese Änderungen in der statistischen Abgrenzung läge die Arbeitslosenzahl um 230.000 derzeit deutlich höher.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Prognosezeitraum zunächst weiter steigen, der Höchststand dürfte sich im Februar 2005 dem Ursprungswert nach auf knapp 4,8 Mill. belaufen. Ohne die erwähnten Maßnahmen zur Statistikbereinigung würde damit in Deutschland erstmals die 5-Millionenmarke überschritten. Danach dürfte die Arbeitslosenzahl leicht sinken; im Jahresverlauf beläuft sich der Rückgang auf knapp 100.000. In der Jahresdurchschnittsbetrachtung ergibt sich allerdings aufgrund der besonders hohen Arbeitslosigkeit zu Jahresanfang ein im Vergleich zu 2004 unveränderter Wert (knapp 4,4 Mill.). Die Arbeitslosenquote wird in beiden Jahren durchschnittlich 10,3 % betragen.

⁵ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe grundsätzlich aus.

Abbildung 3: Erwerbstätige (Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2004).

Zur EU-Osterweiterung

Am 1. Mai wurde die Europäische Union auf 25 Länder erweitert. Neben den acht mittel- und osteuropäischen Ländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien traten auch die beiden Mittelmeerländer Malta und Zypern bei. Dies war ein bedeutender Schritt, der die politische und wirtschaftliche Integration Europas weiter vorantreiben wird. Der Beitritt für sich genommen hat aber für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland im Prognosezeitraum eine geringe Bedeutung. Die Liberalisierung des Güterhandels war bereits vor dem Beitritt mit Ausnahme von Agrargütern weitestgehend abgeschlossen. Schon in den neunziger Jahren hat sich die Außenhandelsverflechtung stark intensiviert. Ein strukturelles Problem für die deutsche Wirtschaft ist vor allem die Lohnkonkurrenz durch die mittel- und osteuropäischen Reformländer. Das dortige Lohnniveau wird noch lange Zeit weit unter dem deutschen liegen, während der Abstand der Produktivität zwischen Deutschland und den exportorientierten Unternehmen in den östlichen Nachbarländern wesentlich geringer ist. Dies erfordert hier einen Struktur-

wandel, der aber nur gelingen kann, wenn Lohnniveau und -struktur hinreichend flexibel sind. Aufgrund institutioneller Regelungen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist dies aber heute noch nicht in ausreichendem Maße der Fall. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich dies in der äußerst schwachen Verfassung des Arbeitsmarktes und der geringen Trendwachstumsrate der deutschen Wertschöpfung. Daher werden Arbeitsplatzverluste (z. B. durch Outsourcing) wegen der Konkurrenz aus Osteuropa nicht durch neue Arbeitsplätze kompensiert.

In den vergangenen Jahren hatten die Beitrittsländer ein Leistungsbilanzdefizit, das mit den Nettokapitalimporten korrespondierte. Durch den EU-Beitritt verbessern sich trotz der bereits weitgehend existierenden Liberalisierungen auf dem Kapitalmarkt tendenziell die Rahmenbedingungen für den Zufluss an Kapital. Insbesondere ist zu erwarten, dass die Risikoprämien für die Finanzierung von Investitionen deutlich sinken, wenn der Fahrplan für die Einführung des Euro in diesen Ländern feststeht. Die Inanspruchnahme von Mitteln aus den Strukturfonds der EU wird ebenfalls zu einem Anstieg der Direktinvestitionen in Osteuropa führen.

Prognose von Umsatz und Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen für das Jahr 2004

Gerit Vogt¹

Die sächsische Wirtschaft ist 2003 wieder spürbar gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % zu, die reale Bruttowertschöpfung erhöhte sich um 1,5 %. Abermals wurde das Wachstum hauptsächlich vom verarbeitenden Gewerbe bewirkt. Hier legte die reale Bruttowertschöpfung um stattliche 7,0 % zu.

Das verarbeitende Gewerbe wird häufig als zentraler Träger der wirtschaftlichen Dynamik angesehen. Prognosen der zukünftigen Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs sind daher von besonderer Relevanz. Üblicherweise werden Konjunkturprognosen mit Hilfe ökonometrischer Verfahren erstellt. Sowohl die vergangenen Realisationen der zu prognostizierenden Variable als auch Konjunkturindikatoren wie die ifo Geschäftserwartungen können hierbei sehr nützliche Informationen liefern. Im Rahmen dieses Artikels wird ein ökonometrisches Prognosemodell für die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen vorgestellt. Das Modell prognostiziert für das Jahr 2004 einen Anstieg der Bruttowertschöpfung von 6,2 %.

Datenlage

Das Bruttoinlandsprodukt ist der zentrale Indikator für das Wirtschaftswachstum in einem Land. Das Bruttoinlandsprodukt steht in engem Zusammenhang mit der Bruttowertschöpfung. Es kann nämlich über die Entstehungsseite aus der Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen und der unterstellten Bankgebühren² berechnet werden.

Die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche (wie z. B. dem verarbeitenden Gewerbe) wird im Allgemeinen durch Abzug der Vorleistungen von den Produktionswerten ermittelt.³ Die Produktionswerte der einzelnen Sektoren ergeben sich wiederum aus dem Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen (Umsatz, ohne Umsatzsteuer), vermehrt um den Wert der Bestandsveränderungen an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbsterstellten Anlagen. In Tabelle 1 werden diese Zusammen-

hänge zusammenfassend dargestellt (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2002)).

Tabelle 1: Definition von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

| |
|---|
| Umsatz |
| + Bestandsveränderungen |
| + Selbsterstellte Anlagen |
| = Produktionswert |
| – Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche |
| = Bruttowertschöpfung |
| Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche |
| + Gütersteuern |
| – Gütersubventionen |
| – Unterstellte Bankgebühren |
| = Bruttoinlandsprodukt |

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Um ein ökonometrisches Prognosemodell schätzen zu können, sind zumindest 20 bis 30 Datenpunkte aus der Vergangenheit notwendig. Soll das Modell zudem im Hinblick auf seine Güte evaluiert werden, erhöht sich der Datenbedarf zusätzlich.

Prinzipiell sind für die ostdeutschen Bundesländer erst seit Anfang der neunziger Jahre zuverlässige Daten über die Wirtschaftsentwicklung verfügbar. Die im Rahmen dieses Artikels zu prognostizierende Variable, die Bruttowertschöpfung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes, wird vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder berechnet. Derzeit

¹ Gerit Vogt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

² Die unterstellten Bankgebühren sind der Teil der Einnahmen der Banken, der nicht über Gebühren erwirtschaftet wird. Sie sind als Kostenbestandteil im Produktionswert der anderen Wirtschaftsbereiche enthalten und werden als Vorleistung des Bankensektors pauschal abgezogen (vgl. ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (2004)).

³ Eine Ausnahme bilden die so genannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck. In diesen Bereichen wird die Bruttowertschöpfung durch Addition der Aufwandsposten ermittelt (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2002)).

liegen die Daten zur Bruttowertschöpfung lediglich in jährlicher Frequenz von 1991 bis 2003 vor (13 Datenpunkte). Berechnungen zur Entwicklung innerhalb eines Jahres werden nicht veröffentlicht.⁴ Aufgrund dieser geringen Zahl von Beobachtungen kann die Bruttowertschöpfung nicht direkt mit Hilfe eines ökonomischen Modells geschätzt werden.

Wesentlich besser stellt sich die Datenlage im Hinblick auf die im verarbeitenden Gewerbe erzielten Umsätze dar. Diese stehen in monatlicher Frequenz von Januar 1995 bis April 2004 zur Verfügung und erlauben am ehesten eine Analyse der unterjährigen konjunkturellen Entwicklung.⁵ In Abbildung 1 sind die Wachstumsraten des realen Gesamtumsatzes im sächsischen verarbeitenden Gewerbe seit 1996 dargestellt.⁶ Gezeigt werden die Veränderungsraten zum Vorjahresmonat in Prozent. Die sächsischen Industrieunternehmen konnten 2003 real rund 4,3 % mehr Güter und Dienstleistungen verkaufen als noch im Jahr 2002.

Die Prognose der Bruttowertschöpfung erfolgt in zwei Schritten. In einem ersten Schritt wird der Umsatz des sächsischen verarbeitenden Gewerbes unter Verwendung zurückliegender Umsatzdaten und weiterer zur Verfügung stehender Konjunkturindikatoren prognostiziert. Unterstellt man nun, dass der in der Vergangenheit beobachtete Zusammenhang zwischen Umsatz und Bruttowertschöpfung stabil bleibt, so lässt sich in einem zweiten Schritt aus der Umsatzprognose eine Prognose der Bruttowertschöpfung ableiten.

Modellauswahl

Zunächst muss ein geeignetes ökonometrisches Prognosemodell für den Umsatz bestimmt werden. Prinzipiell ist es möglich, sowohl das Niveau der Umsätze als auch deren Wachstumsrate zu prognostizieren. Wir haben uns für die Prognose von Wachstumsraten entschieden, da nur diese ökonomisch plausible Zusammenhänge zu vorhandenen vorlaufenden Konjunkturindikatoren zeigten. Möglicherweise kann mit Hilfe der Konjunkturindikatoren die Prognoseleistung verbessert werden.

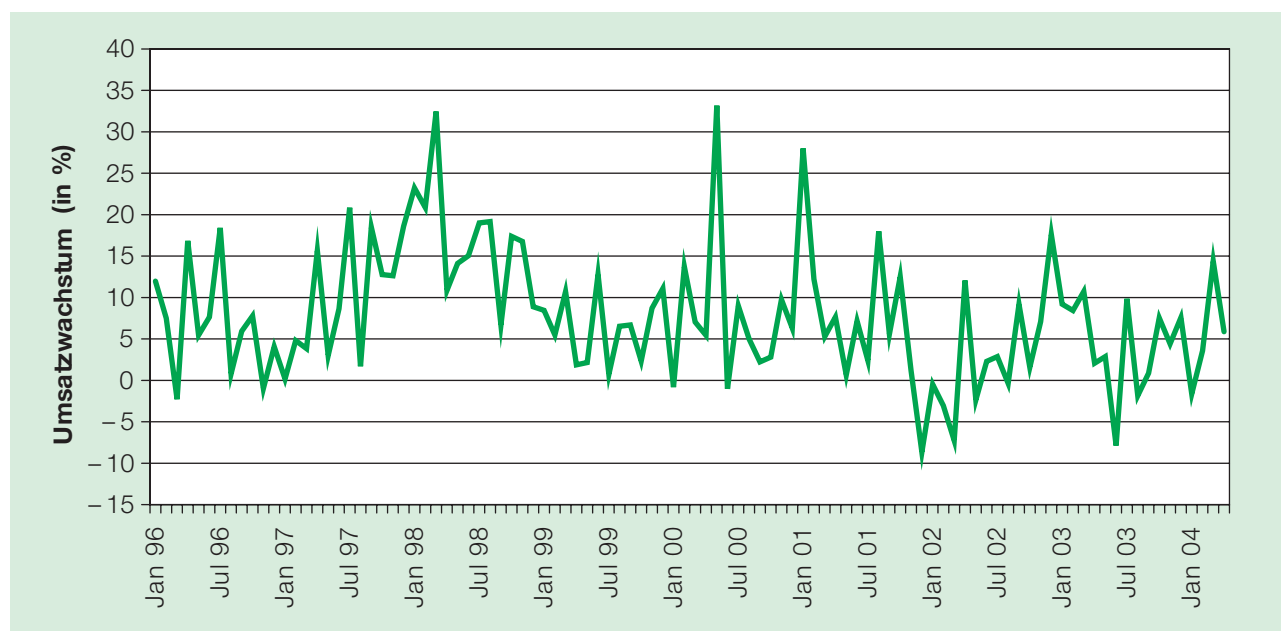
Zur Modellauswahl wird das Datensample in zwei Teilsamples unterteilt. Das erste Teilsample von Januar 1996 bis Dezember 2000 (Stützperiode) wird dazu verwendet,

⁴ Eine Ausnahme sind die ebenfalls vom Arbeitskreis VGR der Länder berechneten Wachstumsraten im ersten Halbjahr eines Jahres. Diese Halbjahresschätzungen beruhen jedoch auf einem noch stark lückenhaften Informationsstand und erlauben deshalb keine Rückschlüsse über die Entwicklung der Wertschöpfung in der jeweils zweiten Jahreshälfte (vgl. BRAUTZSCH und LUDWIG (2002)). Informationen zum Arbeitskreis VGR der Länder finden sich unter: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/info.asp.

⁵ Vgl. Monatsberichte des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen (EI1-m). Hier sei ergänzend angemerkt, dass in den Monatsberichten im Allgemeinen lediglich die Umsätze von Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen erfasst werden. In Kleinbetrieben erfolgt die Erhebung nur einmal im Jahr (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2003)). Weitere Informationen unter: <http://www.statistik.sachsen.de>.

⁶ Der Gesamtumsatz kann in jeweiligen Preisen (nominal) und in Preisen einer Basisperiode (real) gemessen werden. Hier werden reale Daten verwendet, da Preissteigerungen üblicherweise nicht als Erhöhung der wirtschaftlichen Aktivität gewertet werden. Der Gesamtumsatz wurde in Ermangelung geeigneter sächsischer Preisdaten mit dem gesamtdeutschen Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte preisbereinigt.

Abbildung 1: Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe Sachsens



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

verschiedene in Frage kommende Prognosemodelle zu schätzen. Das zweite Teilsample von Januar 2001 bis April 2003 (Prüfperiode) dient hingegen dazu, das Prognosemodell im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit zu überprüfen.⁷ Es werden mehrere rekursive Schätzungen in einer so genannten „rollenden Prozedur“ durchgeführt. Mit diesem Verfahren simulieren wir praktisch einen Prognostiker, der seit Anfang 2001 jeden Monat Prognosen der zukünftigen Umsatzwachstumsraten erstellt.⁸ Dasjenige Modell, welches über den Zeitraum von Januar 2001 bis April 2004 die besten Prognosen liefert, wird dann verwendet, um eine Umsatzprognose für das Jahr 2004 zu generieren.

Die einfachste Form der Prognose, die so genannte „naive Prognose“, geht davon aus, dass die zu prognostizierende Variable in der Zukunft den gleichen Wert aufweisen wird, wie zu dem Zeitpunkt, zu dem die Variable zuletzt beobachtet werden konnte. In Bezug auf das Umsatzwachstum würde also davon ausgegangen, dass in der Folgeperiode der Umsatz mit der gleichen Rate wächst wie in der Vorperiode. Bezeichnen wir die Umsatzwachstumsrate in Periode t mit dU_t , so lautet die einem naiven Prognosemodell zugrunde liegende Prognosegleichung (im Folgenden als „Modell 1“ bezeichnet):

$$dU_{t+1} = dU_t.$$

Naive Prognosen sind zwar wenig wissenschaftlich, haben aber dennoch ihren Wert, legen sie doch eine Art Mindeststandard für andere Prognosen fest. Gelingt es einer alternativen Prognosemethode nicht, das zu prognostizierende Ereignis signifikant besser voraussagen als eine naive Prognose, so ist die Methode zu verwerfen. Dies gilt umso mehr, als dass naive Prognosen extrem einfach und kostengünstig generiert werden können.

Ein etwas komplexerer Ansatz ist die Verwendung eines autoregressiven Modells (im Folgenden als „Modell 2“ bezeichnet). Hier wird das zukünftige Umsatzwachstum auf der Basis der in der Vergangenheit beobachteten Umsätze prognostiziert. Einem autoregressiven Prognosemodell liegt die folgende Prognosegleichung zugrunde:

$$dU_{t+1} = \alpha + \beta_1 \cdot dU_t + \dots + \beta_n \cdot dU_{t+1-n}.$$

Dabei stellt α eine Konstante dar, um die der Umsatz jede Periode wächst (ist dies nicht der Fall, so kann diese Konstante auch den Wert Null annehmen). Die Koeffizienten β_n geben an, mit welchen Gewichten die in

der Vergangenheit beobachteten Umsatzwachstumsraten in den Prognosewert eingehen.⁹ Die Konstante α und die Koeffizienten β_n werden mit Hilfe einer Regression geschätzt. Welche Vergangenheitsdaten konkret Eingang in die Prognose finden, wird mit Hilfe verschiedener ökonomischer Verfahren beurteilt.¹⁰

Sowohl naive als auch autoregressive Modelle versuchen, die zukünftige Entwicklung des Umsatzes allein über vergangene Ausprägungen des Umsatzes zu prognostizieren. Möglicherweise können die Prognosefehler noch weiter verringert werden, indem zusätzlich vorlaufende Konjunkturindikatoren für das verarbeitende Gewerbe in die Schätzung integriert werden.

Zu diesem Zweck eignen sich möglicherweise die ifo Geschäftserwartungen für das verarbeitende Gewerbe Sachsens. Im Rahmen des ifo Konjunkturtests werden monatlich mehr als 300 sächsische Industrieunternehmen nach der in den nächsten sechs Monaten erwarteten Geschäftslage befragt. Die zukünftige Geschäftsentwicklung kann dabei entweder mit „eher günstiger“, „etwa gleich bleibend“ oder „eher ungünstiger“ bewertet werden. Als Indikator für die Geschäftserwartungen des verarbeitenden Gewerbes wird dann der Saldo aus den Prozentanteilen der „eher günstiger“- und „eher ungünstiger“-Meldungen verwendet. In Abbildung 2 sind die um sechs Monate in die Zukunft verschobenen, saisonbereinigten Saldenwerte der ifo Geschäftserwartungen den Veränderungsdaten des realen Gesamtumsatzes zum Vorjahresmonat gegenübergestellt. Die Abbildung erhärtet die Vermutung, dass zwischen den Geschäftserwartungen vor sechs Monaten und dem gegenwärtigen Umsatzwachstum ein empirischer Zusammenhang besteht. Tatsächlich sind die beiden Größen signifikant korreliert (Korrelation nach PEARSON: 0,44; Signifikanzniveau: 99 %). Es erscheint insofern sinnvoll, die ifo Geschäftserwartungen des verarbeitenden Gewerbes als zusätzlichen Regressor in das Prognosemodell aufzunehmen. Bezeichnen wir die ifo

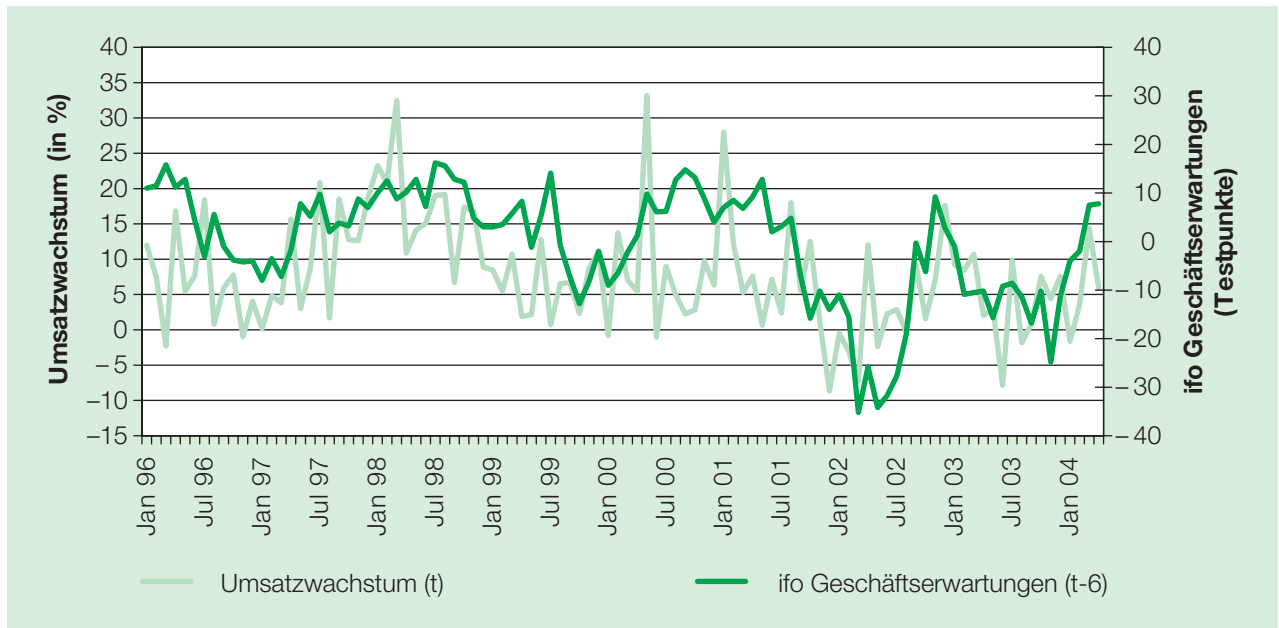
⁷ Dieses Verfahren ist in der Konjunkturforschung weit verbreitet (vgl. z.B. PAIN und SÉDILLOTT (2003) sowie BENNER und MEIER (2003)).

⁸ Die Simulation ist insofern „rollend“, da die Stützperiode sukzessiv um jeweils einen Monat erweitert wird. Prinzipiell sind dabei ausschließlich solche Daten zu verwenden, die dem Prognostiker zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung vorgelegen haben könnten. Folglich sind Datenrevisionen zu berücksichtigen (vgl. CROUSHORE und STARK (2001)). Dieser Punkt wird nachfolgend jedoch vernachlässigt, da die entsprechenden Daten, die den Wissenstand vor Revisionen reflektieren, nicht verfügbar sind.

⁹ Ergänzend sei angemerkt, dass das naive Modell streng genommen lediglich ein Spezialfall eines autoregressiven Modells mit $\alpha=0$, $\beta_1=1$ und $\beta_n=0$ für alle $n \neq 1$ ist.

¹⁰ Ein häufig verwendeter Ansatz zur Spezifizierung autoregressiver Modelle ist die Box-Jenkins-Methode (vgl. GUJARATI (1995)). Mögliche weitere Selektionskriterien: t -Werte der Koeffizienten, Bestimmtheitsmaß (um die Anzahl der Koeffizienten bereinigt), Akaike-Informationskriterium, Schwarz-Kriterium, Residuentests auf Autokorrelation und Heteroskedastie.

Abbildung 2: Umsatzwachstum und ifo Geschäftserwartungen (um sechs Monate nach vorn verschoben) im verarbeitenden Gewerbe Sachsens



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, ifo Konjunkturtest, Berechnungen des ifo Instituts.

Geschäftserwartungen zum Zeitpunkt t mit G_t , so lautet das Prognosemodell („Modell 3“) in diesem Fall:

$$dU_{t+1} = \alpha + \beta_1 \cdot dU_t + \dots + \beta_n \cdot dU_{t+1-n} + \gamma \cdot G_{t-5}.$$

Eine weitere in Betracht kommende Indikatorvariable ist der sog. „Zinsspread“, d. h. die Differenz der Verzinsung von langfristigen und kurzfristigen Finanzanlagen (Kapitalmarktzins minus Geldmarktzins). Liegt der Geldmarktzinssatz über dem Kapitalmarktzinssatz, so wird die wirtschaftliche Aktivität in Zukunft tendenziell abnehmen. Im umgekehrten Fall ist eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten (vgl. MONETA (2003)).¹¹ Für die vorliegende Untersuchung wurden als kurzfristige Zinsen die Monatsdurchschnitte der Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz für Dreimonatsgeld verwendet. Als Kapitalmarktzinsen wurden die Umlaufrenditen der an der EUREX lieferbaren Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von neun bis zehn Jahren eingesetzt.¹² In Abbildung 3 sind die Umsatzwachstumsraten der Zinsdifferenz 18 Monate zuvor gegenübergestellt. Auch diese beiden Zeitreihen zeigen einen gewissen Gleichlauf. Der Korrelationskoeffizient beträgt hier 0,40 und ist auf einem 99-%-Niveau signifikant. Auch der Zinsspread ist daher eine nützliche Indikatorvariable für die Umsatzänderung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes. Bezeichnen wir den Zinsspread mit Z_t , so lautet das zugehörige Prognosemodell („Modell 4“)

$$dU_{t+1} = \alpha + \beta_1 \cdot dU_t + \dots + \beta_n \cdot dU_{t+1-n} + \lambda \cdot Z_{t-17}.$$

Es könnte auch sinnvoll sein, beide Indikatoren in einem Schätzmodell zu kombinieren. Daraus ergibt sich die Prognosegleichung („Modell 5“).

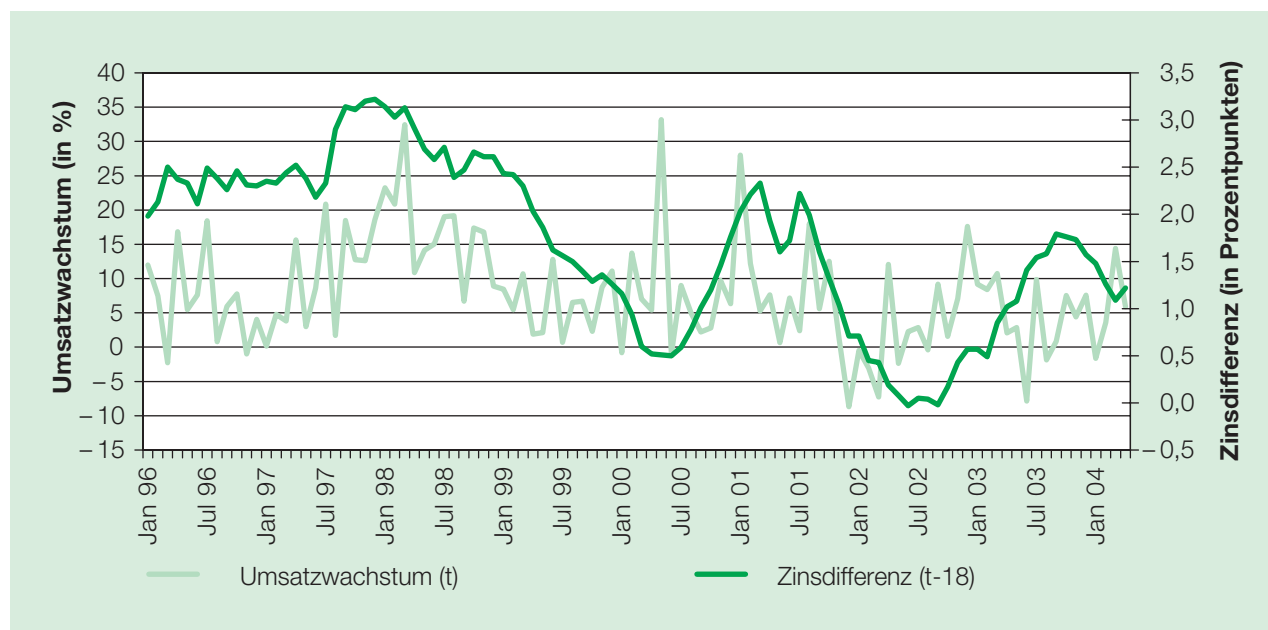
$$dU_{t+1} = \alpha + \beta_1 \cdot dU_t + \dots + \beta_n \cdot dU_{t+1-n} + \gamma \cdot G_{t-5} + \lambda \cdot Z_{t-17}.$$

Um nun das beste Prognosemodell auszuwählen, wird zunächst für die Modelle 2 bis 5 die optimale Modellspezifikation über den gesamten Zeitraum (Januar 1995 bis April 2004) bestimmt. Anschließend werden die Modelle dann mittels der oben beschriebenen rollenden Prozedur über die jeweilige Stützperiode geschätzt. Für das naive Modell ist dieses Vorgehen nicht notwendig, weil es bereits eindeutig spezifiziert ist. Dann wird für jeden Zeitpunkt der Prüfperiode und für jedes Prognosemodell je ein Prognosewert für einen Monat und für sechs Monate im Voraus berechnet. Da für die Prüfperiode die tatsächlichen Umsatzwachstumsraten ja bereits vorliegen, kann die Prognosegüte der einzelnen Modelle nun mit Hilfe

¹¹ MONETA (2003) erklärt diese Zusammenhänge unter anderem mit der Erwartungstheorie der Zinsstruktur. Demnach ergeben sich die langfristigen Zinsen aus dem gewichteten Durchschnitt der erwarteten kurzfristigen Zinsen. Wird von Seiten der Finanzmarktakteure eine Rezession erwartet, so werden die zukünftig erwarteten Zinsen und damit auch die langfristigen Zinsen sinken. Niedrige Zinsen können aus einer restriktiven Geldpolitik und aus abnehmenden Investitionserträgen resultieren. Liegt der Kapitalmarktzins über dem Geldmarktzins (normale Zinsstruktur) so wird die Differenz aus dem gesunkenen Kapitalmarktzins und dem aktuellen Geldmarktzins abnehmen. Hingegen wird die Erwartung eines Booms zu höheren langfristigen Zinsen und zu einem Anstieg des Zinsspreads führen.

¹² Die Daten stammen aus der Zeitreihendatenbank der Deutschen Bundesbank, http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php (15.07.04).

Abbildung 3: Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe Sachsens und Zinsdifferenz (um 18 Monate nach vorn verschoben)



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Deutsche Bundesbank, Berechnungen des ifo Instituts.

von verschiedenen Fehlermaßen beurteilt werden. Wir greifen in diesem Zusammenhang einerseits auf den mittleren absoluten Fehler, andererseits auf den mittleren quadratischen Fehler zurück.¹³

In Tabelle 2 sind die sich für die einzelnen Modelle und die beiden Prognosehorizonte ergebenden Fehler zusammengestellt. Nach beiden Fehlermaßen schneidet Modell 5 am besten ab. Üblicherweise wird unterstellt, dass das Modell mit den niedrigsten Prognosefehlern in der Vergangenheit auch in der Zukunft die besseren Resultate liefern wird. Aus diesem Grund verwenden wir das Modell 5 für die Prognose des Umsatzwachstums des sächsischen verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2004.

In Abbildung 4 sind die sich über die Prüfperiode ergebenden tatsächlichen Umsatzwachstumsraten und

die Prognosewerte aus Modell 5 für den einmonatigen Prognosehorizont graphisch dargestellt.

Prognose der Umsatzentwicklung des verarbeitenden Gewerbes 2004

Nun soll die Umsatzentwicklung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes für das Jahr 2004 prognostiziert werden. Hierzu verwenden wir das zuvor als das genaueste beurteilte Modell 5, das neben autoregressiven Elementen auch die ifo Geschäftserwartungen und den

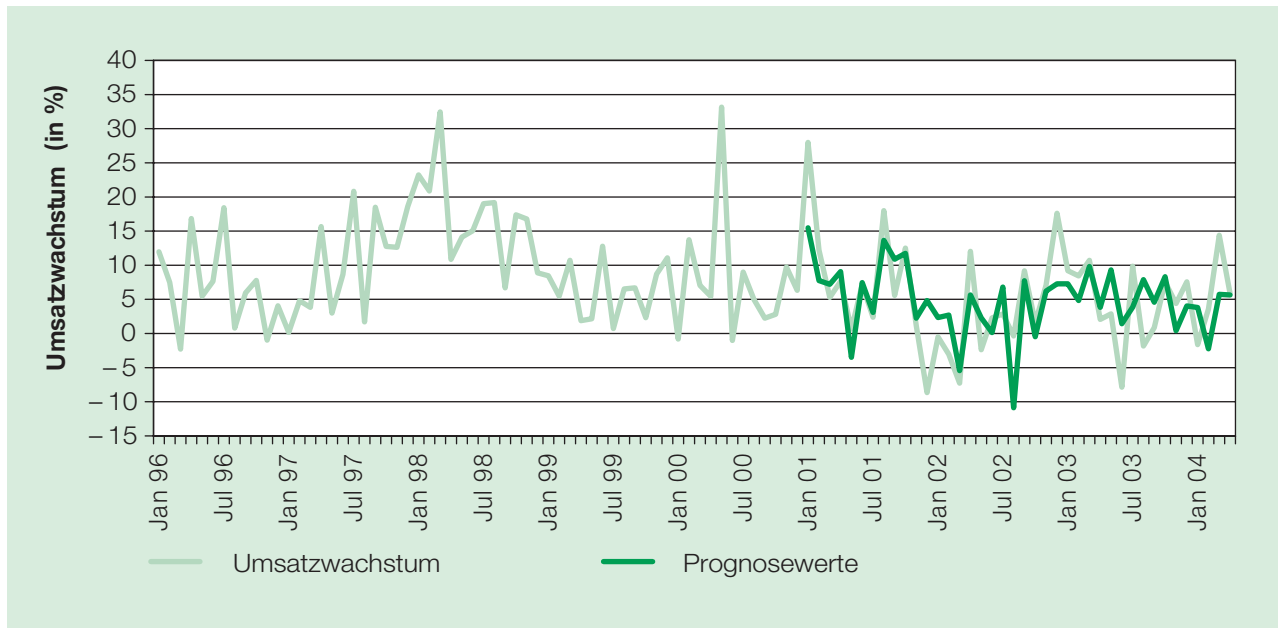
¹³ Der mittlere absolute Fehler ist die Summe aller absoluten Differenzen zwischen prognostizierten und tatsächlichen Umsatzwachstumsraten dividiert durch die Anzahl der prognostizierten Werte. Analog lässt sich der mittlere quadratische Fehler aus der Summe der quadrierten Differenzen zwischen prognostizierten und tatsächlichen Umsatzwachstumsraten berechnen (vgl. GREENE (2000)).

Tabelle 2: Vergleich der mittleren Prognosefehler

| Mittlerer absoluter Fehler | Modell 1 | Modell 2 | Modell 3 | Modell 4 | Modell 5 |
|--------------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
| Prognosehorizont: 1 Monat | 8,15 | 5,09 | 4,40 | 4,52 | 4,19 |
| Prognosehorizont: 6 Monate | 7,88 | 5,53 | 4,52 | 4,93 | 4,19 |
| Mittlerer quadratischer Fehler | Modell 1 | Modell 2 | Modell 3 | Modell 4 | Modell 5 |
| Prognosehorizont: 1 Monat | 9,76 | 6,47 | 5,50 | 5,96 | 5,43 |
| Prognosehorizont: 6 Monate | 9,91 | 7,16 | 5,89 | 6,34 | 5,57 |

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4: Umsatzwachstum des verarbeitenden Gewerbe Sachsens: Prognostizierte und tatsächliche Werte



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Zinsspread berücksichtigt. Die amtliche Statistik liefert gegenwärtig Umsatzdaten bis zum April 2004. Dementsprechend sind Prognosen der Umsätze bzw. der Umsatzwachstumsraten bis zum Dezember 2004 anzufertigen und dann über das gesamte Jahr zu aggregieren. Die konkrete Spezifikation des Modells lautet:

$$dU_{t+1} = \alpha + \beta_1 \cdot dU_{t-1} + \beta_2 \cdot dU_{t-3} + \beta_3 \cdot dU_{t-7} + \beta_4 \cdot dU_{t-9} \\ + \beta_5 \cdot dU_{t-13} + \beta_6 \cdot dU_{t-14} + \gamma \cdot G_{t-5} + \lambda \cdot Z_{t-17}.$$

Die Koeffizienten des Modells wurden mit der Methode der kleinsten Quadrate unter Verwendung aller derzeit vorliegenden Daten (Januar 1995 bis April 2004) bestimmt. Anschließend erfolgte die Prognose der Umsatzwachstumsraten von Mai bis Dezember 2004. Die tatsächlichen und die prognostizierten Umsatzwachstumsraten sind in Abbildung 5 dargestellt. Addiert man die sich ergebenden Prognosewerte zu den bisher bereits vorliegenden Beobachtungen, so ergibt sich für 2004 eine Wachstumsprognose von 8,4 %. Der reale Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes in Sachsen würde dann 37,671 Mrd. € betragen.

Prognose der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes 2004

Aus der Prognose des Gesamtumsatzes kann nunmehr eine Prognose der Bruttowertschöpfung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes abgeleitet werden. Da, wie

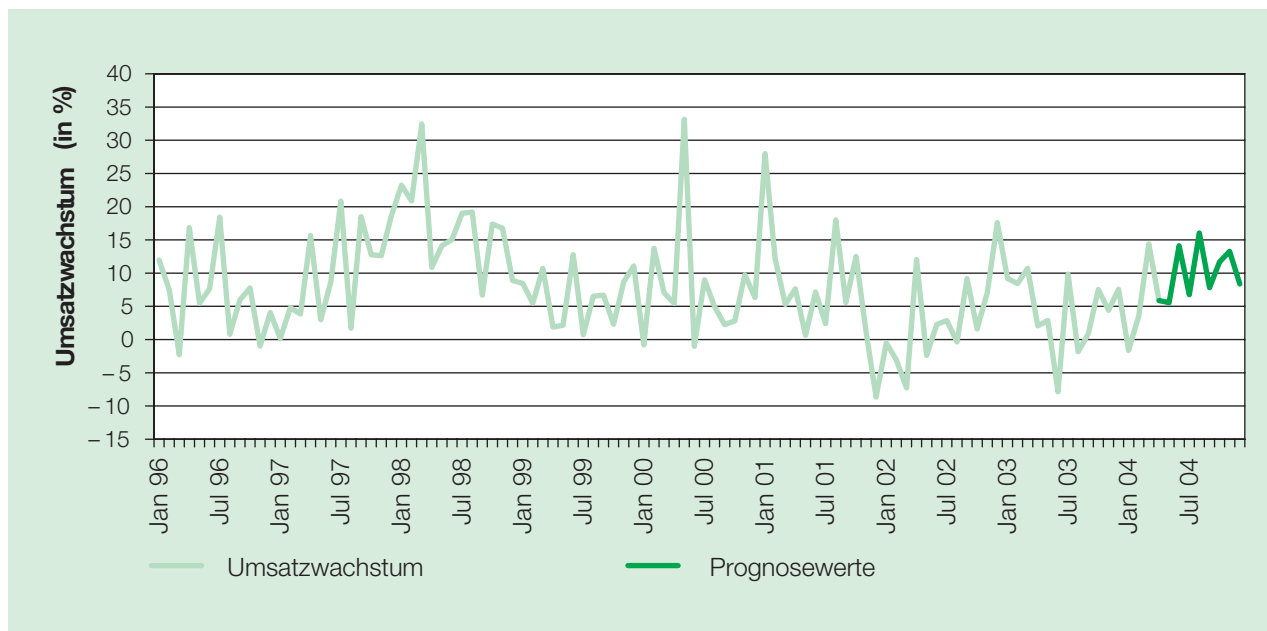
bereits eingangs ausgeführt wurde, die Bruttowertschöpfung nur jährlich verfügbar ist, kann eine solche Prognose lediglich unter Zuhilfenahme von ad-hoc-Annahmen durchgeführt werden.

In Abbildung 6 ist die Entwicklung des Umsatzes und der Bruttowertschöpfung (BWS) des verarbeitenden Gewerbes graphisch dargestellt.¹⁴ Die Relation von Bruttowertschöpfung und Gesamtumsatz ist in den ersten Jahren nach der Deutschen Wiedervereinigung zunächst angestiegen. Seit 1995 ist ein Abwärtstrend feststellbar, der erst im Jahr 2002 durch eine Gegenbewegung unterbrochen wurde.¹⁵ Da somit in den letzten Jahren kein eindeutiger Trend mehr zu beobachten ist, nehmen wir Hilfsweise an, dass für das Jahr 2004 die durchschnittliche Relation von Bruttowertschöpfung und Umsatz der letzten fünf Jahre gelten wird (0,3494). Auf Basis dieser Berechnung wird die reale Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes 2004 um zirka 6,2 % auf dann 13,163 Mrd. € zunehmen.

¹⁴ Gezeigt werden die Bruttowertschöpfung und der Gesamtumsatz in Preisen von 1995. Quelle der Bruttowertschöpfung: ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (Berechnungsstand: Februar 2004), Quelle des Gesamtumsatzes: STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATS SACHSEN (Berechnungsstand: Juli 2004), der Gesamtumsatz wurde mit dem Erzeugerpreisindex gewerblicher Güter preisbereinigt.

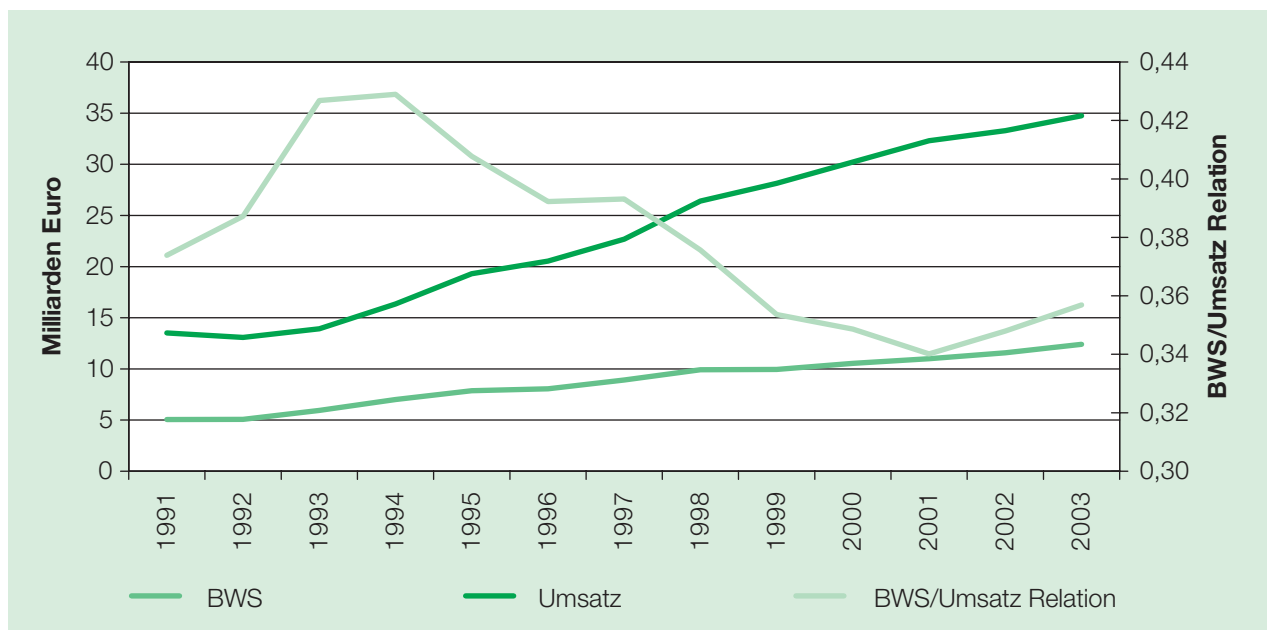
¹⁵ Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch auf der gesamtdeutschen Ebene. Die nominale Relation aus Bruttowertschöpfung und Produktionswert in verarbeitenden Gewerbe Deutschlands ist von 1995 bis 2001 ebenfalls gesunken. Offenbar steht dies im Zusammenhang mit einer Zunahme der Vorleistungsimporte (vgl. HILD (2004)).

Abbildung 5: Umsatzwachstum des verarbeitenden Gewerbe Sachsens und Prognosewerte



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 6: Umsatz und Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbe Sachsens



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Literatur

ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER (Hrsg.) (2004): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder – Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2004, S. 14, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/VGR_JubiBrosch.pdf (23.07.04).

BENNER, J. und C.-J. MEIER. (2003): Prognosegüte alternativer Frühindikatoren für die Konjunktur in Deutschland, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere Nr. 1139, Februar 2003.
 BRAUTZSCH, H.-U. und U. LUDWIG (2002): Vierteljährliche Entstehungsrechnung für Ostdeutschland: Sektorale Bruttowertschöpfung, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Diskussionspapier Nr. 164, S. 14, Juli 2002.

- CROUSHORE, D. und T. STARK (2001): Forecasting with Real-Time Data Set for Macroeconomists, Federal Reserve Bank of Philadelphia Working Paper Nr. 01–10, Juli 2001.
- GREENE, W. H. (2000): *Econometric Analysis*, Prentice Hall International, 4. Auflage, S. 310.
- GUJARATI, D. N. (1995): *Basic Econometrics*, MacGraw-Hill, 3. Auflage 1995, S. 734–746.
- HILD, R. (2004): Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe, in: ifo Schnelldienst 7/2004, S. 19–24, April 2004.
- MONETA, F. (2003): Does the Yield Spread predict Recessions in the Euro Area?, European Central Bank, Working Paper Nr. 294, S. 10 und S. 11, Dezember 2003.
- PAIN, N. und F. SÉDILLOT (2003): Indicator Models for Real GDP Growth in Selected OECD Countries, OECD, ECO Working Paper 2003/18, Juli 2003.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2002): Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 625.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2003): Statistisches Jahrbuch Sachsen 2003, S. 358–359.

EU-Regionalpolitik ab 2007 – Richtungsstreit in Deutschland

Thomas Fester und Michaela Fuchs¹

Spätestens im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder am 1. Mai 2004 ist nun auch in der Öffentlichkeit die Debatte um die künftige Ausgestaltung des EU-Haushalts und damit auch der Regional- und Strukturpolitik der Gemeinschaft entbrannt. Die Förderung aus den Strukturfonds und, damit verbunden, die Ausgestaltung der Beihilfemöglichkeiten stellt gerade für die neuen Bundesländer einen wesentlichen Baustein ihrer bisherigen Wirtschafts- und Strukturpolitik dar.

Die neuen EU-Mitgliedsländer profitieren zwar schon in der aktuellen Förderperiode 2000–2006 von den Gemeinschaftspolitiken und erhalten für die Jahre 2004–2006 Strukturfondsmittel. In 2007 stehen jedoch mit dem Beginn der neuen Förderperiode (2007–2013) und der u. a. damit einher gehenden vollständigen Einbindung der neuen Mitglieder in das Förder- und Beihilfensystem der Union grundlegende Umbrüche in der Regionalförderung an. In diesem Beitrag soll daher der gegenwärtige Diskussionsstand zur Neuausrichtung der europäischen Regionalpolitik aufgegriffen werden. Zuerst erfolgt eine kurze Darstellung der aktuellen Regionalpolitik der EU mit Fokus auf Deutschland sowie der regionalpolitischen Herausforderungen, welche die Erweiterung mit sich bringt. Vor diesem Hintergrund sollen anschließend der Vorschlag der Europäischen Kommission sowie die Interessenslagen von Bund und Ländern bei der Ausgestaltung der europäischen Regionalpolitik ab 2007 diskutiert werden.

Die Regionalpolitik der EU in der aktuellen Förderperiode

Die Regionalpolitik, mit deren Hilfe bestehende Unterschiede im Entwicklungsstand der Regionen verringert werden sollen, ist nach der Gemeinsamen Agrarpolitik der finanziell bedeutendste Politikbereich der EU: Vom Gesamthaushalt für den Finanzplanungszeitraum 2000–2006 in Höhe von 687,5 Mrd. € entfallen ca. 34 % (235 Mrd. €) auf die strukturpolitischen Maßnahmen.² Die Verwendung dieser Mittel obliegt hierbei den vier Strukturfonds³ und weiteren Finanzinstrumenten, darunter den Kohäsionsfonds.⁴ 94 % der Strukturmittel für den Zeitraum 2000–2006 konzentrieren sich auf drei Ziele:

- Ziel 1: Aufholen von Regionen mit Entwicklungsrückstand,⁵
- Ziel 2: Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung in Regionen mit Strukturproblemen,
- Ziel 3: Modernisierung der Ausbildungssysteme und Beschäftigungsförderung.⁶

Zu erwähnen sind des Weiteren die Gemeinschaftsinitiativen (GI). Sie sollen Lösungen für Probleme finden, welche einigen bzw. allen Mitgliedsstaaten und Regionen gemeinsam sind. So setzt EQUAL beispielsweise bei der Bekämpfung der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt an.

Deutschland erhält Mittel in Höhe von rund 29,8 Mrd. €, was etwa 14 % der Strukturfondsmittel der EU-15 entspricht.⁷ Der größte Teil hiervon (rund 20 Mrd. €) entfällt auf die Ziel-1-Regionen (vgl. Abb. 1). Das Volumen der Ziel-2- bzw. Ziel-3-Programme liegt mit 3,5 Mrd. bzw. 4,6 Mrd. € deutlich niedriger. Hinzu kommen noch Mittel für die sonstigen Zielstellungen in Höhe von rund 1,7 Mrd. €.

Innerhalb Deutschlands fallen nur die neuen Bundesländer unter die Ziel-1-Förderrichtlinien, wohingegen die Mittel der Ziel-2- und Ziel-3-Programme zwischen den alten Bundesländern aufgeteilt werden. Aus den Mitteln der Gemeinschaftsinitiativen entfallen auf die neuen Bundesländer 567 Mill. € und die alten Bundesländer 410 Mill. €. ⁸ Regionen wie z. B. Ostberlin, die aufgrund ihrer guten Wirtschaftsentwicklung für die laufende Programmperiode aus der Ziel-1-Förderung heraus

¹ THOMAS FESTER und MICHAELA FUCHS sind wissenschaftliche Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

² Mittel für Verpflichtungen; Angaben in Preisen von 1999 und unter Berücksichtigung der Erweiterung. Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004e).

³ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP), Abteilung „Ausrichtung“ des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL). Für weitere Details siehe Europäische Kommission (2004f).

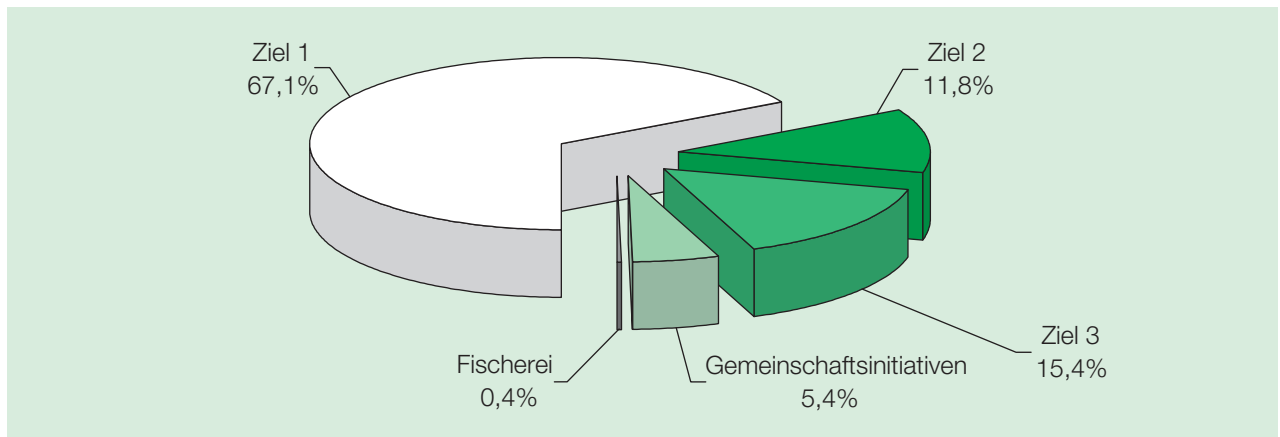
⁴ Der Kohäsionsfonds finanziert Großprojekte in den Bereichen Umweltschutz und transeuropäische Verkehrsnetze in denjenigen Mitgliedstaaten, welche ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von weniger als 90 % des Unionsdurchschnitts aufweisen. Empfängerstaaten waren bislang Spanien, Portugal, Irland und Griechenland; jetzt sind auch die neuen EU-Mitglieder antragsberechtigt.

⁵ Hierunter fallen Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf gemessen in Kaufkraftstandards weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts der EU beträgt.

⁶ Die von Ziel 3 finanzierten Maßnahmen betreffen die gesamte Union mit Ausnahme der Ziel-1-Gebiete, in denen diese Maßnahmen in die Aufholprogramme einbezogen werden.

⁷ Angaben in Preisen von 1999. Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004b), S. 180.

⁸ Ein weiterer Betrag von 631 Mill. € ist aufgrund von Kooperationen u. ä. nicht eindeutig aufteilbar. Vgl. BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (2004).

Abbildung 1: Mittelausstattung der EU-Strukturprogramme in Deutschland 2002 bis 2006 (Angaben in %)

Quellen: Europäische Kommission (2004b).

gefallen waren, erhalten eine Übergangsunterstützung („Phasing Out“). Sie sah für diese Regionen in den Jahren 2000 und 2001 eine den Ziel-1-Regionen äquivalente Behandlung vor. In den beiden darauf folgenden Jahren wurde dann die jährliche Unterstützung linear verringert; sie erreicht schließlich in 2004 und 2005 eine Förderintensität entsprechend den Ziel-2-Regionen.

Der Aufteilung der Strukturfondsmittel in der Förderperiode 2000–2006 auf die einzelnen Regionen in Europa liegt der so genannte „Berliner Schlüssel“ zugrunde. Die Verteilungsmechanismen auf die Regionen unterscheiden sich hierbei innerhalb der einzelnen Regionalprogramme. Während die Mittelaufteilung bei den Ziel-1-Regionen anhand der Indikatoren Bevölkerung, regionaler und nationaler Wohlstand sowie Arbeitslosigkeit erfolgt, werden beispielsweise bei den Ziel-2-Gebieten Fixbeträge pro Kopf gezahlt.

Regionalpolitische Herausforderungen der EU-Erweiterung

Die künftige Regionalpolitik der EU ist durch die Aufnahme der zehn neuen Mitglieder mit großen Herausforderungen konfrontiert.⁹ Zunächst verschärfen sich die nationalen Entwicklungsunterschiede: Während die Bevölkerung der Beitrittsländer einen Anteil von 16 % an der Gesamtbevölkerung der EU-25 ausmacht (Fläche: 19 %), trägt ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur zu 5 % zum BIP der erweiterten Union bei. Das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) beträgt im Durchschnitt der zehn neuen EU-Länder gerade einmal 47 % des Wertes der EU-15, wobei zwischen den neuen Ländern teils erhebliche Unterschiede bestehen (vgl. Tab. 1).

⁹ Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003) und EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004a).

Die Aufnahme so vieler relativ wirtschaftsschwacher Länder resultiert in einer geographischen Verlagerung der Disparitäten. Der Schwerpunkt der EU-Strukturpolitik wird sich daher nach Mittel- und Osteuropa verlagern. In Europa der 15 erreichten 48 Regionen, in denen 68 Mill. Einwohner leben (18 % der Gesamtbevölkerung), ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 75 % des EU-Durchschnitts. Unter Berücksichtigung der zehn neuen Mitgliedsländer werden nach aktueller Datenlage jedoch 67 Regionen mit insgesamt 116 Mill. Einwohnern (25 % der Gesamtbevölkerung) dieses Kriterium für die Förderung unter Ziel 1 erfüllen. Sie liegen mehrheitlich in den Beitrittsländern, denn bis auf Praha und Bratislavský weisen alle Regionen der Beitrittsländer ein Pro-Kopf-BIP auf, das deutlich unter dem der EU-15 liegt.

Innerhalb der EU-15 werden die Ungleichheiten zwischen den Regionen jedoch vorerst weiter bestehen. Als problematisch erweist sich insbesondere der „statistische

Tabelle 1: BIP pro Kopf in KKS der neuen EU-Mitglieder 2002 (EU-15 = 100)

| | |
|-----------------------|----|
| Lettland | 35 |
| Litauen | 39 |
| Estland | 40 |
| Polen | 41 |
| Slowakische Republik | 47 |
| Ungarn | 53 |
| Tschechische Republik | 62 |
| Slowenien | 69 |
| Malta | 69 |
| Zypern | 77 |

Quelle: Kuhnert (2004).

Effekt“: Das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP der EU sinkt durch die Aufnahme der wirtschaftsschwachen neuen Mitglieder. Damit steigt automatisch die relative Wirtschaftskraft, also das Verhältnis von eigener Wirtschaftskraft zum EU-Durchschnitt, der aktuellen Ziel-1-Gebiete in der EU-15. Würde also beim bestehenden Förderkriterium für die Ziel-1-Regionen nicht mehr der Durchschnitt der EU-15, sondern der EU-25 verwendet, so verlöre eine Reihe der jetzigen Ziel-1-Regionen in den alten Mitgliedsländern ihren Förderstatus, ohne überhaupt wirtschaftliche Fortschritte gemacht zu haben.

Insbesondere in Ostdeutschland kommt dem statistischen Effekt besondere Bedeutung zu. Nimmt man das aktuelle Förderkriterium und die Werte des Jahres 2001 als Richtmaß, so würden im Europa der 25 aufgrund der Absenkung des Gemeinschaftsdurchschnitts Brandenburg-Südwest sowie die Regionen Dresden und Leipzig aus der Förderung herausfallen (vgl. Abb. 2).

Der Vorschlag der Kommission für die künftige Regionalpolitik

In ihrem Dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt hat sich die Kommission für einen Fokus in der Regionalpolitik zur Unterstützung der Lissabon- und Göteborg-Strategie ausgesprochen. Demzufolge soll die EU unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum

der Welt avancieren. Konkret werden dabei drei Prioritäten in der Regionalpolitik gesetzt:¹⁰

- Konvergenz: Unterstützung des Wachstums und Schaffung von Arbeitsplätzen in den am wenigsten entwickelten Mitgliedsstaaten und Regionen (darunter fallen die bisherigen Ziel-1-Programme sowie durch den Kohäsionsfonds unterstützte Maßnahmen),
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Förderung von Politiken zur Erreichung von Vollbeschäftigung, der Steigerung von Produktivität und Qualität von Arbeitsplätzen sowie Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung gerade in Regionen des wirtschaftlichen Wandels außerhalb der am stärksten benachteiligten Mitgliedsstaaten und Regionen (dies umfasst die bisherigen Ziel-2- und Ziel-3-Programme) und
- Europäische Territoriale Zusammenarbeit in der Form von grenz- und länderübergreifenden Programmen (die bisherigen Gemeinschaftsinitiativen).

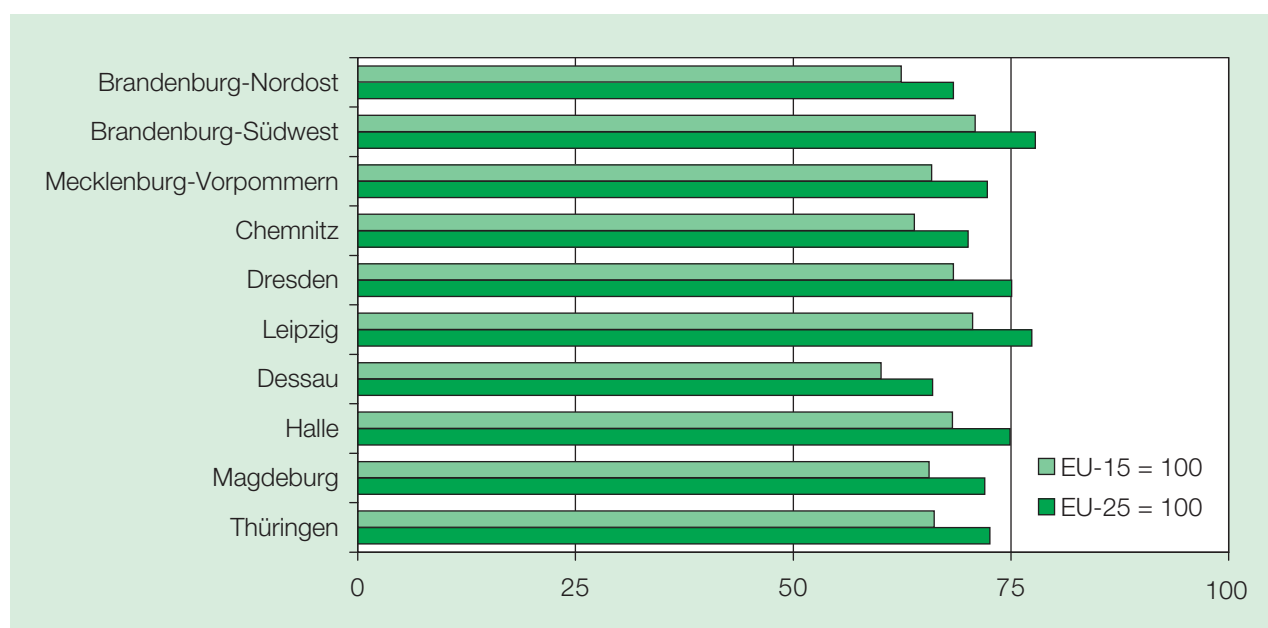
Die Kommission schlägt zur Finanzierung der neuen Strategien vor, die Eigenmittelobergrenze von 1,24 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Gegensatz zu den bisherigen Haushaltsjahren vollständig auszuschöpfen.¹¹ Die Strukturpolitik der EU-25 soll von dieser erheblichen Steigerung der Mittel profitieren, so steigen die hierfür vorgesehenen Mittel auf 336,2 Mrd. € für die Jahre 2007–2013.¹² Von diesen Mitteln sollen etwa 79 % in

¹⁰ Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004f), S. 28 f.

¹¹ Das EU-Eigenmittelsystem umfasst Zölle, Mehrwertsteuer- und Brutto-sozialprodukt-Eigenmittel. Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004c), S. 27 f.

¹² EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004d), S. 13.

Abbildung 2: BIP pro Kopf in KKS in den ostdeutschen Regionen 2001



Quelle: Europäische Kommission (2004b).

die Ziel-1-Regionen sowie in die Förderung durch den Kohäsionsfonds fließen. Für die Gebiete, die nur wegen des statistischen Effektes der aus der Ziel-1-Förderung herausfallen, ist dabei eine Übergangsregelung vorgesehen, die über der in 1999 für die Phasing-Out-Regionen der Förderperiode 2000–2006 vereinbarten Regelung liegen soll.¹³ Die Übergangsunterstützung für Regionen, die regulär – also ohne Greifen des statistischen Effektes – aus der Ziel-1-Förderung herausfallen, soll zudem zu Lasten der jetzigen Ziel-2- bzw. Ziel-3-Mittel gehen.¹⁴

Richtungsstreit über die Strukturförderung nach 2006

Bereits auf der Ebene der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten kommt es aufgrund der dargestellten Sachverhalte zu schweren Interessenskonflikten zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern bezüglich der Höhe des EU-Haushalts. Die Regionalpolitik als zweitgrößter Ausgabenposten steht hierbei besonders im Blickpunkt.¹⁵ Beispielhaft für die Position der Nettozahler steht eine gemeinsame Erklärung von sechs Ländern, in der diese eine strikte Begrenzung der Eigenmittelobergrenze und der Ausgaben für die Strukturpolitik fordern.¹⁶

Dieser Interessenskonflikt setzt sich auch innerhalb Deutschlands fort, wobei zwischen zwei Blöcken unterschieden werden kann.¹⁷ Auf der einen Seite steht die Bundesregierung als Zahler in den EU-Haushalt. Ihr Ziel liegt im Wesentlichen darin, die Beiträge an die Union und somit die Nettozahlerposition Deutschlands zu minimieren. Auf der anderen Seite sind die Bundesländer als Adressaten der EU-Leistungen darauf bedacht, den Mittelempfang zu maximieren.

Dieser Gegensatz zwischen Bund und Ländern spiegelt sich im politischen Tagesgeschehen wider. Deutschland finanzierte allein im Jahr 2003 knapp 22,7 % der EU-Ausgaben, abzüglich der Rückflüsse verblieb rechnerisch eine Nettozahlerposition von rund 14,7 Mrd. €. ¹⁸ Im Ergebnis setzt sich die Bundesregierung sehr massiv für eine Senkung der Eigenmittelobergrenze auf unter 1 % des BNE ein. Dementsprechend fordert sie bei der Strukturförderung eine strikte Konzentration auf die bedürftigsten Regionen in der EU-25, um die Ausgaben für diesen Politikposten in Grenzen zu halten.

Die Bundesländer hingegen sind an einer möglichst weitgehenden Sicherung des Status Quo interessiert. Allerdings existiert jedoch zwischen neuen und alten Bundesländern ein weiterer Interessenskonflikt.

Die neuen Bundesländer haben primär die Weiterführung der Ziel-1-Förderung mit einer möglichst hohen Mittelausstattung im Blick und fordern auch für diejenigen Regionen, die aufgrund des statistischen Effektes aus der Förderung herausfallen werden, eine Beibehaltung des Ziel-1-Status.¹⁹ Neben der Höhe der Fördermittel aus Brüssel ist für die neuen Bundesländer nämlich auch die an die Ziel-1-Förderung gekoppelte Ausgestaltung der förder- und beihilferechtlichen Leitlinien von Relevanz. Diese Leitlinien regeln u. a. die Höhe der maximalen Fördersätze und Subventionen, mit denen Ansiedlungen und Investitionen unterstützt werden können.²⁰ Zudem soll die Entstehung eines Fördergefälles zu den östlichen Nachbarn verhindert werden, die voraussichtlich als künftige Ziel-1-Regionen ebenfalls die maximalen Fördersätze gewähren dürfen.²¹

Die alten Bundesländer fordern zwar eine Konzentration der Förderung auf die bedürftigsten Regionen mit einer entsprechenden Begrenzung der Zahlungen Deutschlands; dies soll aber keinesfalls zu Lasten der bisherigen Ziel-2- und Ziel-3-Programme gehen, die nahezu ausschließlich in den westdeutschen Bundesländern greifen.²² Insbesondere die finanzstarken Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen lehnen eine Ausweitung der Strukturförderung ab und fordern statt des Ziel-1-Status für die aufgrund des statistischen Effektes herausfallenden Regionen eine Übergangsunterstützung (Phasing Out). Wegfallende EU-Fördermittel sollen zudem durch den Bund kompensiert werden.²³

Fazit

Wie dargelegt, existiert bei der Debatte um die Neuausrichtung der EU-Regionalpolitik nach 2006 gegenwärtig kein gemeinsamer Standpunkt von Bund und Ländern. Der Interessenkonflikt birgt jedoch die Gefahr, eine Verwirklichung der deutschen Interessen bei den anstehenden

¹³ EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004b), S. XXVIII.

¹⁴ EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004d), S. 33.

¹⁵ Die Ausgaben für den größten Politikbereich, die Gemeinsame Agrarpolitik, sind bis 2013 festgeschrieben.

¹⁶ O. V. (2003c).

¹⁷ Zur widersprüchlichen Lage in Deutschland vgl. z. B. BÜNDER und FRIEDRICH (2004).

¹⁸ STATISTISCHES BUNDESAMT (2003).

¹⁹ Vgl. hierzu exemplarisch LANDESREGIERUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (2004).

²⁰ Die Höhe der von der Kommission genehmigten Fördersätze hängt primär von der Einstufung der Regionen in die Zielgebiete ab; Ziel-1-Regionen können die höchsten Fördersätze ausreichen.

²¹ Vgl. o. V. (2003a).

²² Vgl. hierzu exemplarisch die Positionspapiere der Landesregierungen Schleswig-Holsteins und Bayerns.

²³ Vgl. o. V. (2003b).

Verhandlungen auf EU-Ebene eher zu verhindern als zu fördern. Deutlich wird dies bei Betrachtung des Kommissionsvorschlags zur Neuausrichtung der Regionalpolitik und Finanzierung des EU-Haushalts. Die Bundesregierung wie auch neue und alte Bundesländer müssten mit diesem Vorschlag Positionen akzeptieren, die nicht mit ihren Interessen korrespondieren. Für Bund und Länder wäre es daher vorteilhafter, einen einheitlichen Standpunkt verbunden mit einem intranationalen Interessensausgleich zu finden, um so mit einer einheitlichen Position in die anstehenden Verhandlungen zu gehen.

Literatur

- BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE (2004): Bayern und die Osterweiterung, www.stmwivt.bayern.de/pdf/europa/EU-Osterweiterung.pdf, abgerufen am 20.07.2004.
- BÜNDER, H. und H. FRIEDRICH (2004): Das Rennen um die EU-Subventionsmilliarden beginnt, FAZ, 13. Juli 2004, S. 17.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (2004): EU-Mittelausstattung der Strukturfondsprogramme in Deutschland 2000–2006, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage22505/Strukturförderung%20Deutschland.pdf>.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003): Zweiter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004a): Strukturmaßnahmen für die Erweiterung, http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/themes/enlarge_de.htm, abgerufen am 14.07.2004.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004b): Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004c): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: Building our common Future – Policy challenges and Budgetary means of the Enlarged Union 2007–2013, Brussels, 10.02.2004.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004d): Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds [www.europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/com\(2004\)492final_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/com(2004)492final_de.pdf), abgerufen am 20.07.2004.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004e): Tabelle 1a: Finanzielle Vorausschau (EU-25) – Anpassung anlässlich der Erweiterung (Preise 1999), http://europa.eu.int/comm/budget/pdf/financialfrwk/enlarg/tables_DE_publication_1.pdf, abgerufen am 13.05.2004.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004f): Im Dienst der Regionen, Luxemburg.
- KUHNERT, I. (2004): Ein Überblick über die Wirtschaft der Beitrittsländer, Eurostat: Statistik kurz gefasst, Thema 2 – Wirtschaft und Finanzen, 17/2004, Luxemburg.
- LANDESREGIERUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (2004): Zukunft der EU-Strukturpolitik nach 2006, Positionspapier der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, www.mv-regierung.de/strukturfonds/pages/index.htm, Stand 15. April 2004, abgerufen am 21.07.2004.
- LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN (2003): Positionspapier der Landesregierung Schleswig-Holstein, Deutschland, zur Reform der europäischen Strukturpolitik nach 2006, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/schleswig-holstein.pdf, abgerufen am 20.07.2004.
- o. V. (2003a): Positionspapier der vom „statistischen Effekt“ betroffenen Regionen zur Zukunft der EU-Strukturpolitik nach 2006, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/stat_betroffene_regionen_apr_03_de.pdf, abgerufen am 20.07.2004.
- o. V. (2003b): Besprechung der Regierungschefs der Länder am 23. Mai 2003 in Berlin, Ergebnisprotokoll zur Position der deutschen Länder zur Struktur- und Wettbewerbspolitik der EU nach 2006.
- o. V. (2003c): Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, www.bundesregierung.de/artikel-,413.577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm, abgerufen am 20.07.2004.
- o. V. (2004): Ostländer kritisieren Bundesregierung im Förderstreit, ZDF heute, <http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/1/0,1367,POL-0-2128545,00.html>, abgerufen am 13.07.2004.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2003): Deutschlands Beitrag zum Haushalt der EU 2003: 22,3 Mrd. Euro, Zahl der Woche vom 20. Mai 2003, <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2003/zdw21.htm>, abgerufen am 13.07.2004.

Akademiker auf dem Arbeitsmarkt immer noch am besten aufgestellt

Beate Grundig¹ und Philip Lenecke²

Dieser Beitrag soll einen Überblick über die Entwicklung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten in Sachsen im Zeitraum von 1999 bis 2003 und eine genauere Analyse der Verteilung auf die Altersgruppen ermöglichen. Um die sächsischen Ergebnisse einzuordnen, wird außerdem ein Vergleich mit Gesamtdeutschland angestellt.

Trotz Rückgangs der erwerbstätigen Akademiker und steigender Arbeitslosenzahlen heben sich die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten der Akademiker immer noch deutlich positiv von den anderen Gruppen ab. Personen ohne Berufsabschluss sind weiterhin die größte Problemgruppe am Arbeitsmarkt: Auf einen Erwerbstätigen dieser Gruppe kommt in Sachsen mehr als ein registrierter Arbeitsloser.

Allgemeine Entwicklung

Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit haben sich in Sachsen zwischen April 1999 und Mai 2003 gegenläufig entwickelt: Die Zahl der Arbeitslosen stieg um fast 6 % an, während die Erwerbstätigkeit um 7,2 % zurückging. In Deutschland hingegen stieg die Arbeitslosigkeit ähnlich wie in Sachsen (+4,7 %), die Erwerbstätigkeit hingegen blieb fast konstant.

Um die Arbeitsmarktentwicklung nicht nur allgemein beschreiben zu können, sondern auch das Risiko der Arbeitslosigkeit nach Berufsabschluss besser quantifizieren zu können, wird im Folgenden nach den Qualifikationsgruppen „ohne Berufsabschluss“, „mit Berufsabschluss“ und „mit Hochschulabschluss“ differenziert. Die Berechnungsweise für die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten soll im kommenden Abschnitt zunächst kurz beschrieben werden.

Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten

Zur Bestimmung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten wurden Angaben zu den Erwerbstätigen aus dem Mikrozensus und die registrierten Arbeitslosen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (jeweils April- bzw. Maiwerte des Jahres) verwendet. Die Quote

ergibt sich aus dem Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, welche aus den Erwerbstätigen und den Arbeitslosen berechnet wurden. Aufgrund dieser Berechnungsbasis ist ein Vergleich mit den veröffentlichten Arbeitslosenquoten der Bundesagentur für Arbeit nicht möglich.

Im Gegensatz zu den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung³ (IAB) wurden die Personen, die im Mikrozensus keine Angaben zum Berufsabschluss gemacht haben, hier nicht auf die einzelnen Qualifikationsstufen aufgeteilt, sind jedoch in den Ergebnissen über alle Personen mit enthalten. Wesentliche Veränderungen der Quoten sind durch diese Methode nicht zu erkennen. Zusätzlich wurden von den Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss diejenigen abgezogen, die eine Bildungseinrichtung besuchen, bspw. Schüler, Auszubildende und Studierende. Damit wird die Erwerbstätigkeit in der Gruppe „ohne Berufsabschluss“ um die noch in Ausbildung befindlichen Personen bereinigt und somit ein deutlicheres Bild der Arbeitslosenquote ohne Berufsabschluss ermöglicht.⁴

Hochschulabsolventen: Seit 1999 rund 14.500 Erwerbstätige weniger

Im Vergleich zum Rückgang von 14.500 Erwerbstätigen erscheint die Zahl der im gleichen Zeitraum zusätzlich arbeitslos gemeldeten Akademiker mit „nur“ 2.880 sehr gering. Allerdings entspricht dies gegenüber 1999 einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um 17,1 % (vgl. Tab. 1). Trotz dieser Entwicklung ist nach den Berechnungen die Arbeitslosenquote unter den Akademikern nur um 1,2 Prozentpunkte (im Vergleich zu 1,9 Prozentpunkten über alle Qualifikationen) im betrachteten Zeitraum gestiegen. Sie lag 2003 mit 6,6 % immer noch weit unter denen der anderen Qualifikationsgruppen (vgl. Abb. 1).

¹ Beate Grundig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Dresdner Niederlassung des ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

² Philip Lenecke ist Referent für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

³ Vgl. bspw. REINBERG und HUMMEL (2003).

⁴ In den Berechnungen des IAB wurden nur die Auszubildenden herausgerechnet, nicht aber erwerbstätige Schüler und Studenten. Damit sind die hier ermittelten Quoten etwas höher als beispielsweise in REINBERG und HUMMEL (2003).

Tabelle 1: Erwerbstätige, Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in Sachsen 2003

| | Erwerbs- tätige | Veränderung gegenüber April 1999 | | Arbeits- lose | Veränderung gegenüber April 1999 | | Arbeits- losen- quote |
|--|--------------------|-------------------------------------|---------|------------------|-------------------------------------|----------|-----------------------------|
| | | Mai 2003 | absolut | | in % | Mai 2003 | |
| Insgesamt | 1.808.500 | -139.600 | -7,2 | 402.901 | +22.150 | +5,8 | 18,2 % |
| Ohne Berufs- abschluss ^a | 52.800 | -4.900 | -8,5 | 62.728 | +3.926 | +6,7 | 54,3 % |
| Mit Berufs- abschluss | 1.323.700 | -73.900 | -5,3 | 320.412 | +15.344 | +5,0 | 19,5 % |
| Mit Hochschul- abschluss | 281.300 | -14.500 | -4,9 | 19.761 | +2.880 | +17,1 | 6,6 % |
| Ohne Angabe | 30.800 | | | — | — | — | — |

a) Ohne Auszubildende und erwerbstätige Schüler und Studenten.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2000, 2004), Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

Mit Berufsausbildung: Arbeitslosenquote leicht über dem Durchschnitt

Die Arbeitslosenquote (2003) von 19,5 % unter Personen mit (außer-)betrieblicher Ausbildung bzw. Berufsfach- oder Fachschulabschluss liegt geringfügig über dem Durchschnitt aller Qualifikationsstufen. In den Jahren 1999 bis 2003 stieg diese Quote um 1,6 Prozentpunkte. Die Erwerbstätigkeit ging in dieser Qualifikationsstufe mit 5,3 % unterdurchschnittlich zurück, gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 5 % auf 320.400 Personen.

Ohne Berufsabschluss: Abgeschlagen mit der höchsten Arbeitslosenquote

Eindeutig die schlechteste Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für Personen ohne einen beruflichen Abschluss zu diagnostizieren. Von 1999 bis 2003 reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze zwar nur um 4.900, dies bedeutet jedoch den höchsten prozentualen Rückgang (-8,5 %). Die Zahl der Arbeitslosen stieg in diesem Zeitraum um rund 3.900. Bei einer Arbeitslosenquote von 54,3 % kam damit 2003 auf jeden Erwerbstätigen mehr als ein registrierter Arbeitsloser in dieser Qualifikationsstufe.

Unterschiede zwischen Sachsen und Deutschland

Abgesehen von einem deutlichen Niveauunterschied gestaltet sich das Bild qualifikationsspezifischer Arbeits-

losenquoten in Gesamtdeutschland ähnlich wie in Sachsen. Die Geringqualifizierten liegen mit einer Arbeitslosenquote von 32,3 % weit vor denen mit Berufsabschluss (9,9 %) und Akademikern (4,6 %).⁵

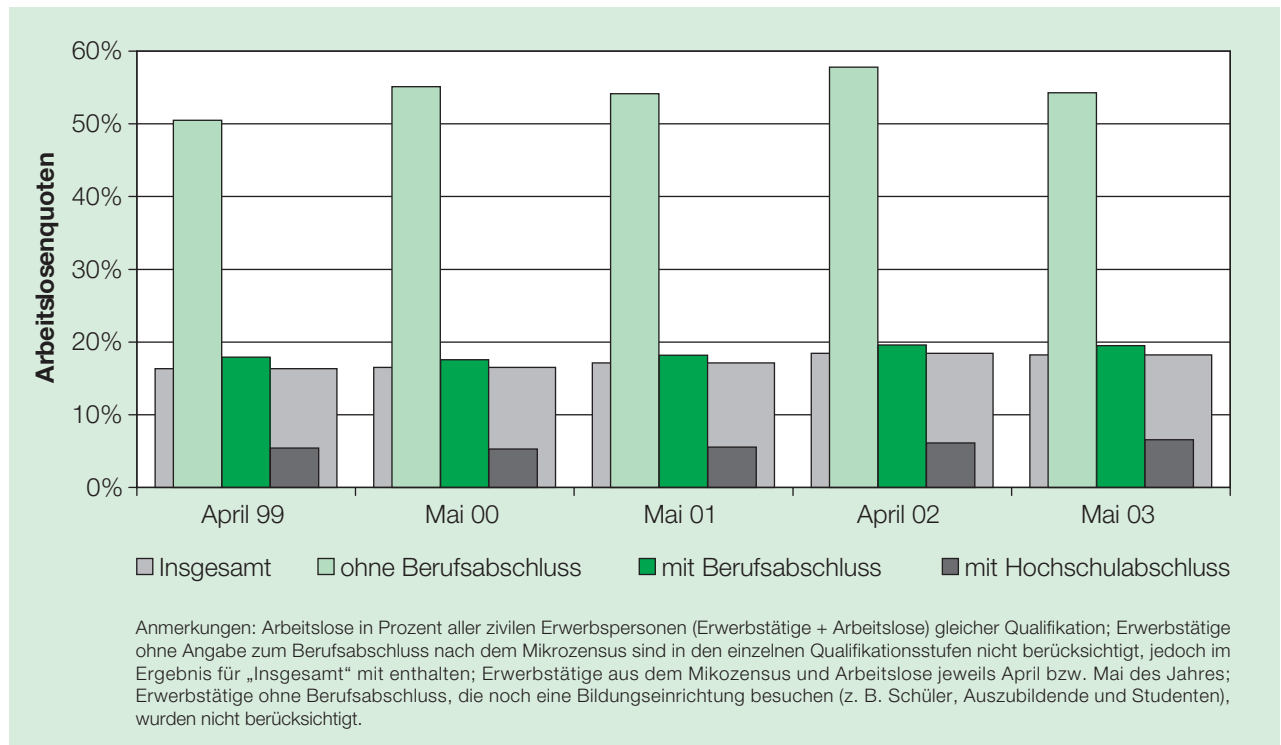
Neben der allgemein niedrigeren Arbeitslosenquote in Deutschland unterscheidet sich auch die Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Qualifikationsniveaus. Während in Sachsen lediglich 2,9 % aller Erwerbstätigen (2003) keinen Berufsabschluss haben, ist dieser Anteil in Deutschland mit 8,7 % dreimal so hoch (vgl. Tab. 2). Ferner unterscheidet sich die Altersstruktur innerhalb der Gruppe der gering qualifizierten Erwerbstätigen: In Deutschland sind sie mit rund 44 Jahren im Durchschnitt bedeutend älter als in Sachsen (35 Jahre).

Nicht nur hinsichtlich der Struktur der Erwerbstätigen gibt es Unterschiede zwischen Sachsen und Deutschland, sondern auch bezüglich der Struktur der Arbeitslosen. Machen Arbeitslose ohne Berufsabschluss in Deutschland einen Anteil von fast 35 % an allen Arbeitslosen aus, so sind dies in Sachsen nur knapp 16 %.

Ein wesentlicher Grund für die Unterschiede ist im Bildungssystem der ehemaligen DDR, in dem fast jeder Jugendliche eine berufliche Ausbildung absolvierte, zu sehen. Die Gruppe derer ohne Berufsausbildung konnte sich in Sachsen zum überwiegenden Teil erst während bzw. nach der deutschen Wiedervereinigung herausbilden.

⁵ Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2003.

Abbildung 1: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Sachsen von 1999 bis 2003



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2000, 2001, 2002, 2003, 2004), Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

Zukünftige Entwicklung

Für die Zukunft kann mit einer weiteren Verschiebung der Arbeitsnachfrage zugunsten der Höherqualifizierten gerechnet werden. Nach einer Prognose von IAB-Prognos zur Entwicklung der Tätigkeitslandschaft werden anspruchsvolle Tätigkeiten, wie Führungsaufgaben, Organisation und Management, Forschung und Entwicklung, Beratung, Lehre und ähnliche Aufgaben, in den kommenden Jahren massiv an Bedeutung gewinnen.⁶ Berechnungen

des ifo Instituts haben ergeben, dass es aufgrund der demographischen Entwicklung ab 2007 zu einem Mangel an Hochqualifizierten in Sachsen kommen wird.⁷

Die Zahl der Arbeitsplätze mit mittlerem Anforderungsprofil wird nach Angaben von IAB-Prognos hingegen nur leicht zunehmen. Hilfstätigkeiten und einfache Fachtätig-

⁶ Vgl. REINBERG und HUMMEL (2002).

⁷ Vgl. DITTRICH et al. (2004) sowie GRUNDIG und POHL (2004).

Tabelle 2: Verteilung der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen auf die Qualifikationsgruppen 2003

| | Erwerbstätige | | Arbeitslose | |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|
| | Sachsen | Deutschland | Sachsen | Deutschland |
| Ohne Berufsabschluss | 9,5 % | 15,9 % | 15,6 % | 34,7 % |
| dar. ohne Schüler, Auszubildende, Studenten | 2,9 % | 8,7 % | — | — |
| Mit Berufsabschluss | 73,2 % | 64,9 % | 79,5 % | 59,5 % |
| Mit Hochschulabschluss | 15,6 % | 14,6 % | 4,9 % | 5,9 % |
| Ohne Angabe | 1,7 % | 4,5 % | — | — |
| Insgesamt (Absolut) | 1.808.500 | 36.172.000 | 402.901 | 4.343.167 |

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2004), Statistisches Bundesamt, Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

keiten werden dagegen immer weniger nachgefragt. Somit ist davon auszugehen, dass das große Arbeitslosigkeitsproblem unter den Geringqualifizierten auch in Zukunft bestehen wird. Auch unter Einbeziehung der demographischen Entwicklung und dem damit verbundenen Erwerbspersonenrückgang ist bei den Geringqualifizierten mit keiner wesentlichen Entspannung zu rechnen.⁸

Die Deutschland-Ergebnisse unterscheiden sich wiederum, abgesehen von dem Niveauunterschied, im Wesentlichen nur bei den Geringqualifizierten. Waren in Sachsen die älteren Geringqualifizierten überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen, so sind es Deutschland die Jüngeren bis 34 Jahre: Die Arbeitslosenquoten betragen in den beiden jüngsten Altersgruppen über 40 %.

Jüngere weniger von Arbeitslosigkeit betroffen

Im Folgenden werden die oben ermittelten qualifikations-spezifischen Arbeitslosenquoten zusätzlich nach Altersgruppen aufgeteilt. Die Ergebnisse für Sachsen sind in Abbildung 2 dargestellt. Jüngere Personen sind demzufolge in geringerem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen. Für die Älteren (ab 45 Jahre) wurden hingegen höhere Arbeitslosenquoten als im Durchschnitt über alle Altersgruppen errechnet.

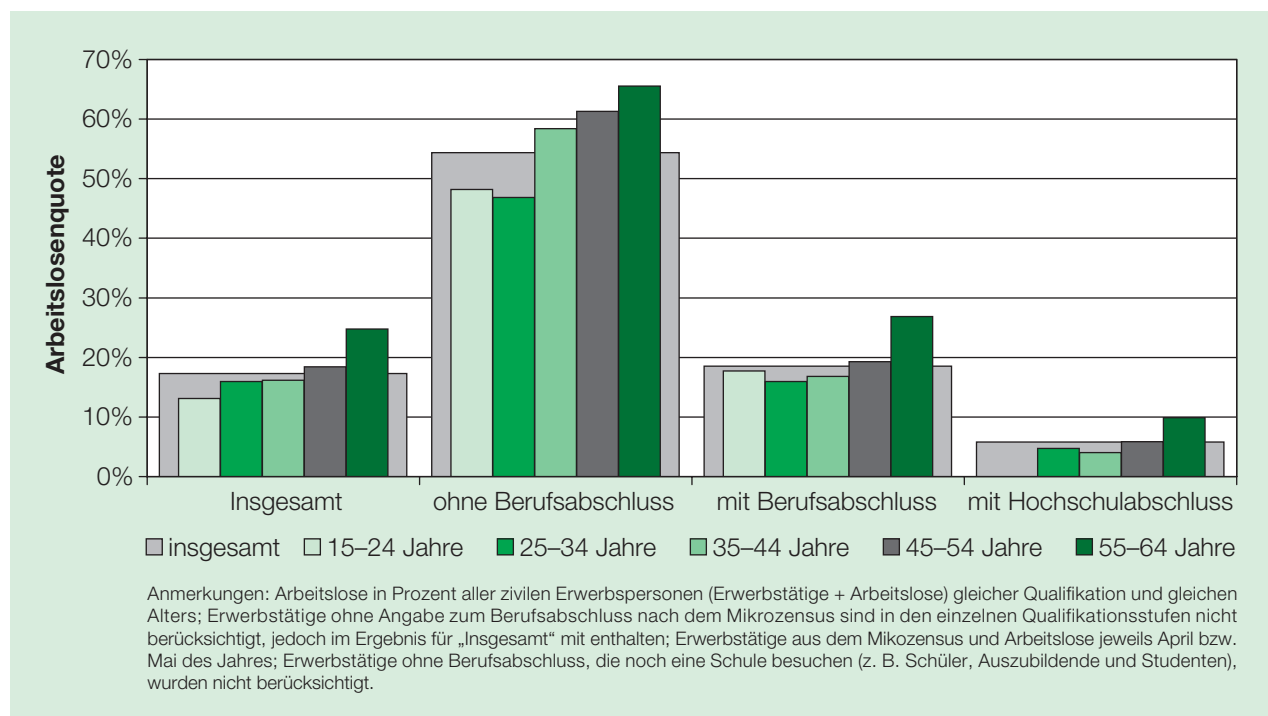
Fazit

Die Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte werden zunehmend schlechter. Für Akademiker sieht es trotz eines Arbeitslosenanstiegs und Beschäftigtenabbaus nach wie vor deutlich besser auf dem Arbeitsmarkt aus. Die vorliegenden Prognosen sprechen zudem dafür, dass sich dieser Trend in Zukunft noch verstärken wird. Umso mehr wird es darauf ankommen, einen höheren Prozentsatz der Erwerbspersonen für ihre spätere Berufstätigkeit zu qualifizieren, sei es durch Berufsabschluss oder Studium.

Besonders angespannt ist die Lage bei den 55- bis 64-Jährigen ohne Berufsabschluss: Die Arbeitslosenquote beträgt rund 65 %, d. h. auf jeden Erwerbstätigen kommen fast zwei Arbeitslose. Dieser Wert ist jedoch insofern zu relativieren, als dass in Sachsen die 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen ohne Berufsabschluss lediglich einen Anteil von 2,5 % an allen Arbeitslosen in Sachsen ausmachen.

⁸ Die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten wird in Sachsen bis 2020 nicht unter 40 % fallen. Vgl. hierzu DITTRICH ET AL. (2004) sowie GRUNDIG und POHL (2004).

Abbildung 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten nach Altersgruppen für Sachsen (Durchschnitt über die Jahre 1999–2003)



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts und der Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit.

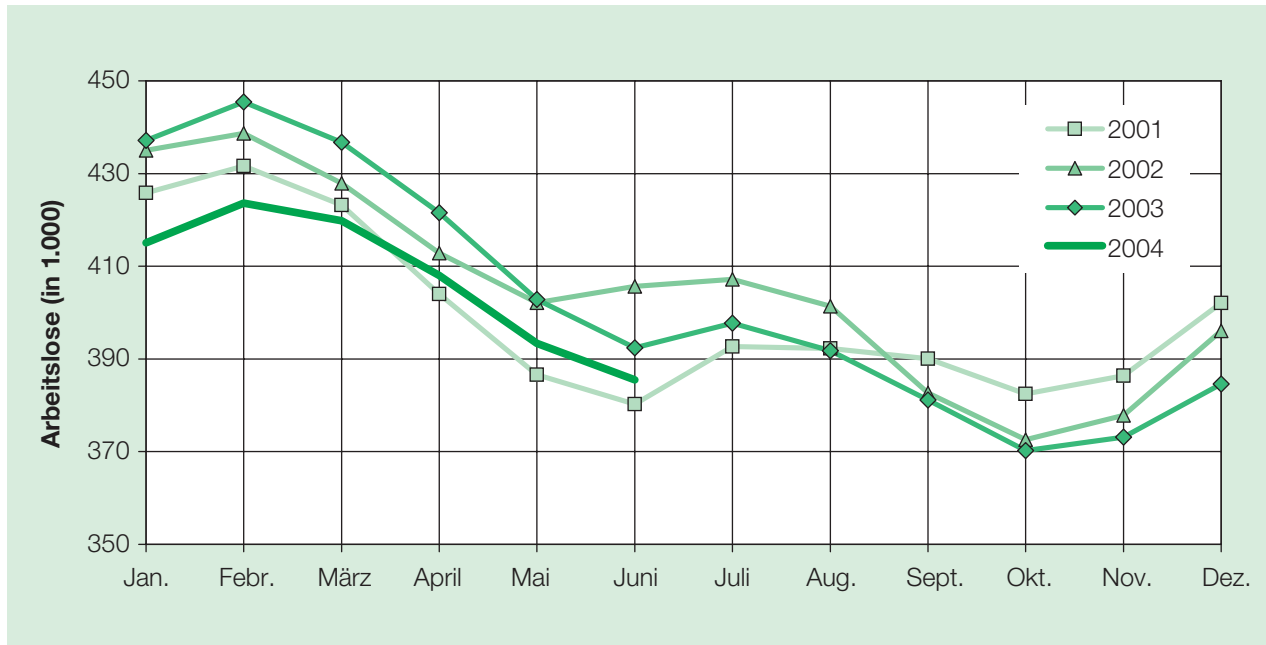
Literatur

- REINBERG, A. und M. HUMMEL (2002): Zur langfristigen Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräfteangebots- und -bedarfs in Deutschland, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4, 580–600, Nürnberg.
- REINBERG, A. und M. HUMMEL (2003): In der Krise verdrängt, sogar im Boom vergessen, IAB Kurzbericht 19.
- DITTRICH, M. et al. (2004): Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt, ifo Dresden Studie 36.
- GRUNDIG, B. und C. POHL (2004): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen – Analyse und Gegenstrategien, in ifo Dresden berichtet Heft 3, S. 5–17.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2000): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) April 1999, Statistische Berichte A VII 1 – j/99.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2001): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) Mai 2000, Statistische Berichte A VII 1 – j/00.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2002): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) Mai 2001, Statistische Berichte A VII 1 – j/01.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2003): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) April 2002, Statistische Berichte A VII 1 – j/02.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2004): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) Mai 2003, Statistische Berichte A VII 1 – j/03.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

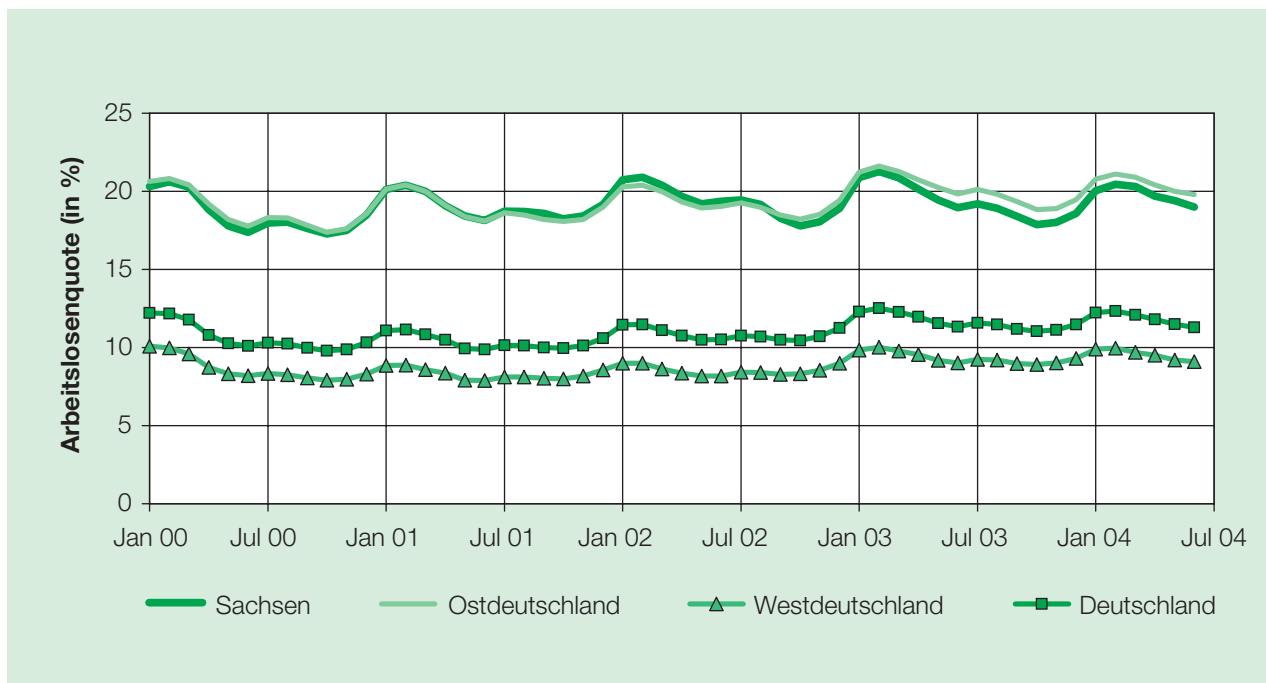
Beate Grundig¹

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2001 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2000 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

¹ Beate Grundig ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

| Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen) | | | | | | | | | |
|--|--|-----------|------------------|--|-----------|------------------|--|-----------|------------------|
| | Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a | | | Gemeldete Stellen am Monatsende ^b | | | Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c | | |
| | April 2004 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2004 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2004 | Vor-monat | Vor-jahres-monat |
| Brandenburg | 713 | 705 | 730 | 10 | 11 | 10 | 22 | 22 | 27 |
| Mecklenburg-Vorp. | 506 | 502 | 520 | 6 | 7 | 8 | 13 | 15 | 21 |
| Sachsen | 1.358 | 1.349 | 1.386 | 13 | 13 | 18 | 42 | 42 | 51 |
| Sachsen-Anhalt | 748 | 745 | 760 | 8 | 7 | 10 | 22 | 23 | 33 |
| Thüringen | 723 | 717 | 738 | 8 | 8 | 10 | 24 | 23 | 30 |
| D Ost (mit Berlin) | 5.088 | 5.060 | 5.203 | 53 | 54 | 67 | 149 | 150 | 190 |
| D West (ohne Berlin) | 21.346 | 21.315 | 21.745 | 253 | 265 | 306 | 275 | 281 | 356 |
| D gesamt | 26.434 | 26.375 | 26.948 | 305 | 319 | 373 | 425 | 431 | 546 |

| Arbeitslosigkeit | | | | | | | | | |
|----------------------|---------------------------------|-----------|------------------|---------------------------------------|-----------|------------------|--|-----------|------------------|
| | Arbeitslose (in 1.000 Personen) | | | Arbeitslosenquote ^d (in %) | | | Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen) | | |
| | Juni 2004 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2004 | Vor-monat | Vor-jahres-monat | Juni 2004 | Vor-monat | Vor-jahres-monat |
| Brandenburg | 250 | 249 | 250 | 20,3 | 20,2 | 20,2 | 45,5 | 45,9 | 42,4 |
| Mecklenburg-Vorp. | 175 | 178 | 176 | 21,2 | 21,6 | 21,2 | 44,7 | 43,9 | 40,5 |
| Sachsen | 385 | 393 | 392 | 19,0 | 19,4 | 18,9 | 46,8 | 45,8 | 43,7 |
| Sachsen-Anhalt | 257 | 260 | 264 | 21,3 | 21,6 | 21,6 | 46,1 | 45,7 | 42,7 |
| Thüringen | 200 | 204 | 205 | 17,6 | 18,0 | 17,7 | 43,3 | 42,4 | 38,6 |
| D Ost (mit Berlin) | 1.565 | 1.583 | 1.594 | 19,8 | 20,0 | 18,8 | 44,8 | 44,4 | 41,3 |
| D West (ohne Berlin) | 2.669 | 2.710 | 2.663 | 9,1 | 9,2 | 9,0 | 36,6 | 35,9 | 32,6 |
| D gesamt | 4.233 | 4.293 | 4.257 | 11,3 | 11,5 | 11,3 | 39,6 | 39,0 | 35,9 |

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsämtern zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

Gerit Vogt¹

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE).

Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

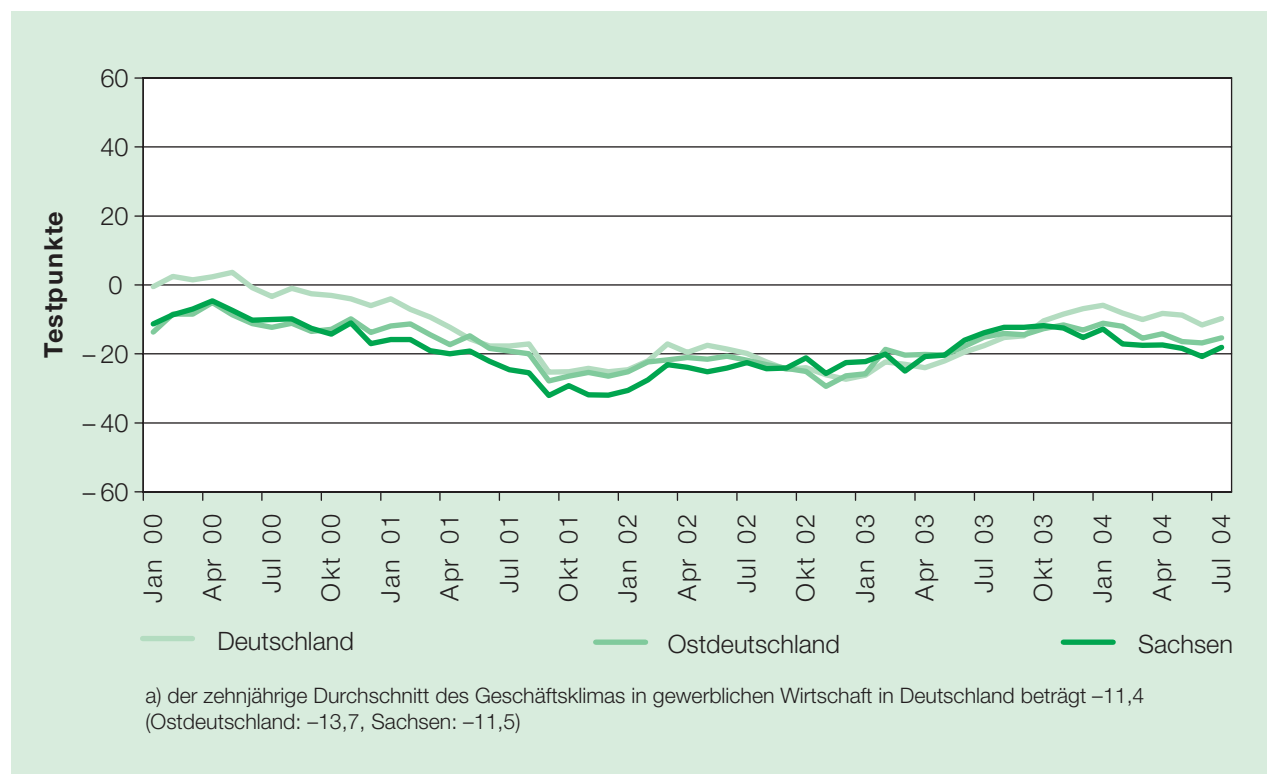
$$GK = \left[\frac{(GL+200)(GE+200)}{200} \right]^{1/2} - 200.$$

Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

Am ifo Konjunkturtest nehmen insgesamt ca. 7.000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft teil, rund 1.600 in Ostdeutschland und 600 in Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

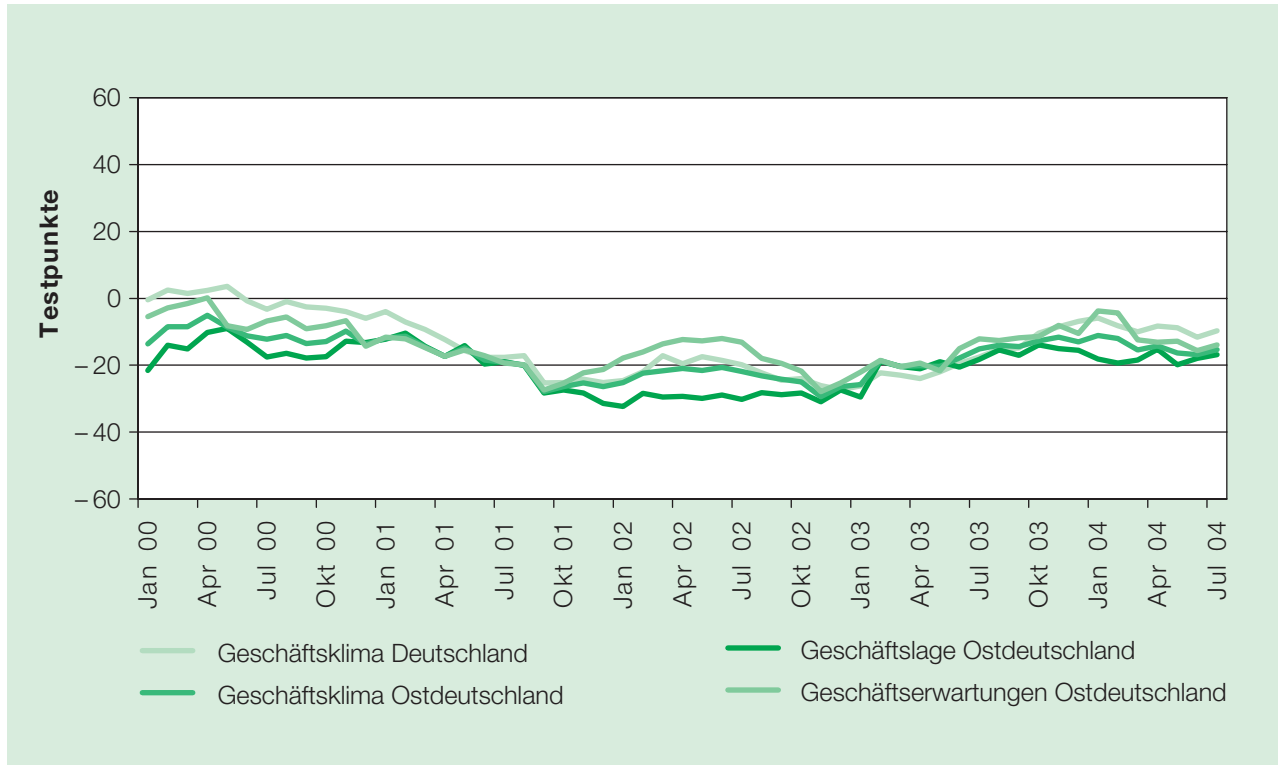
¹ Gerit Vogt ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen



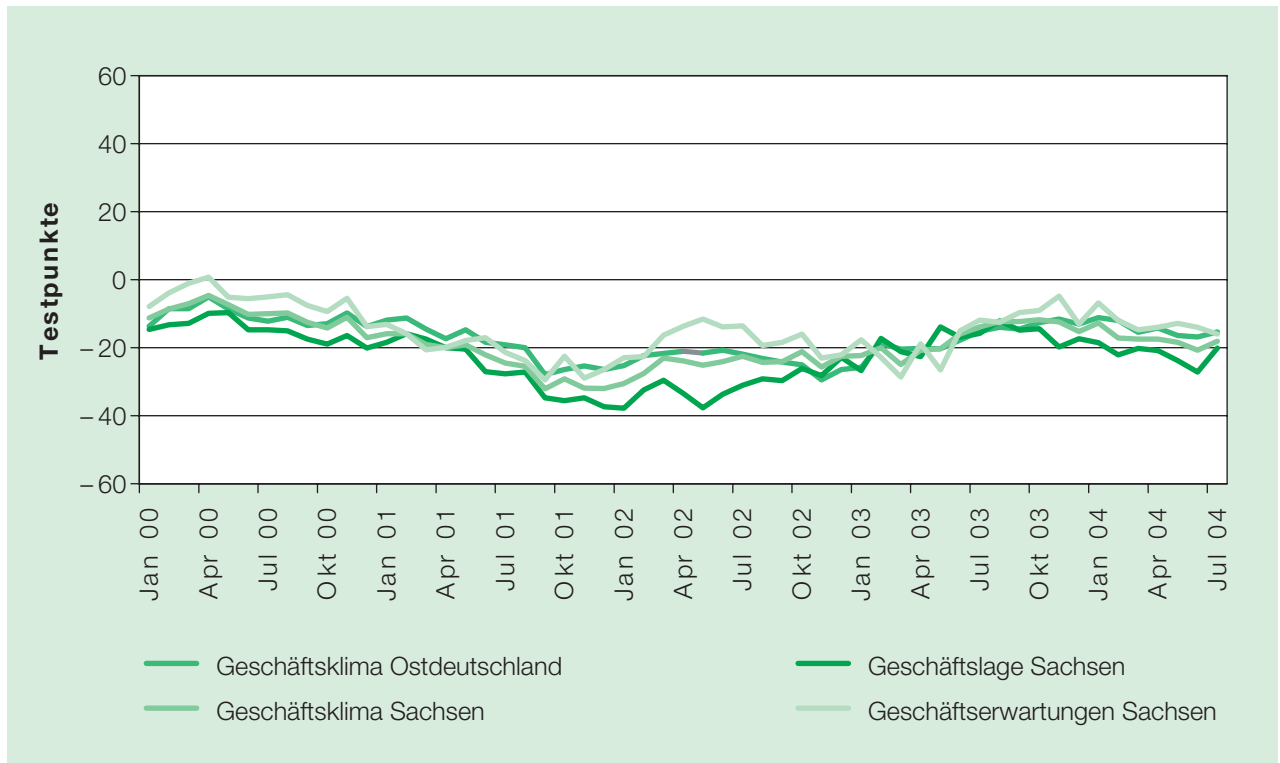
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



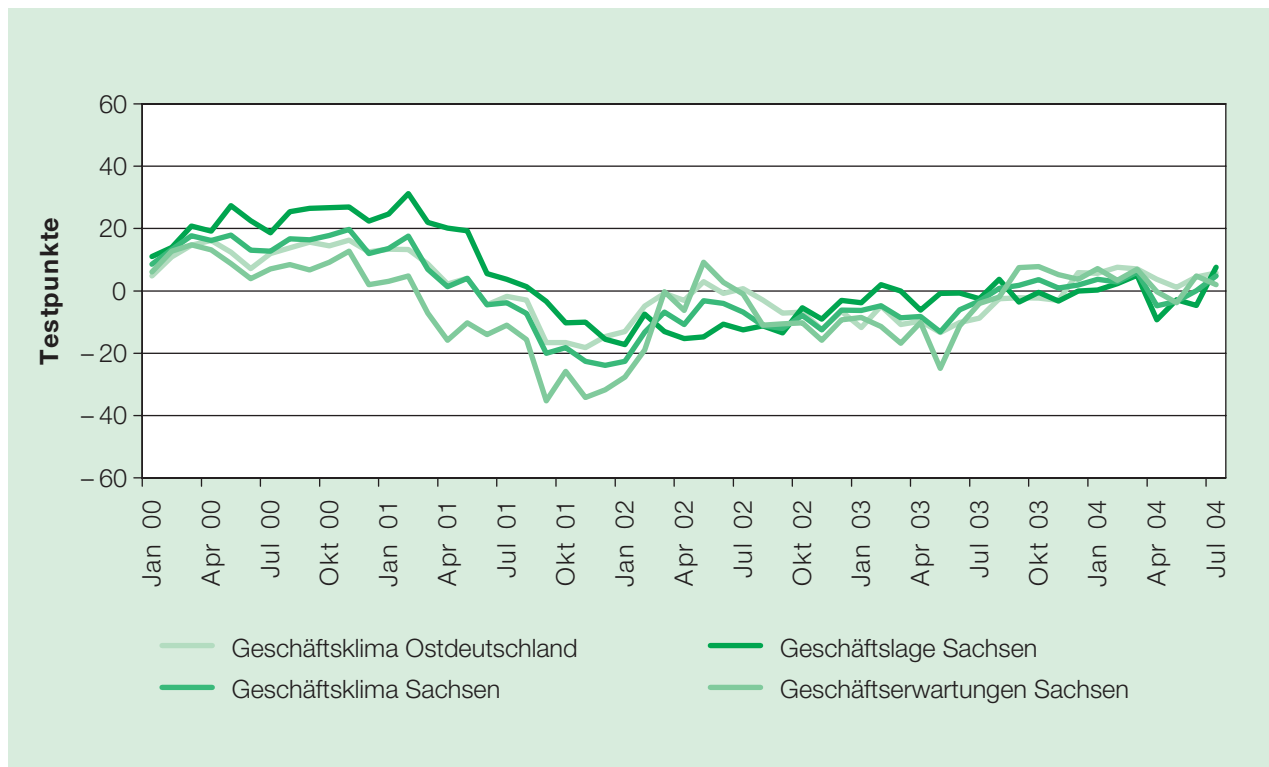
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



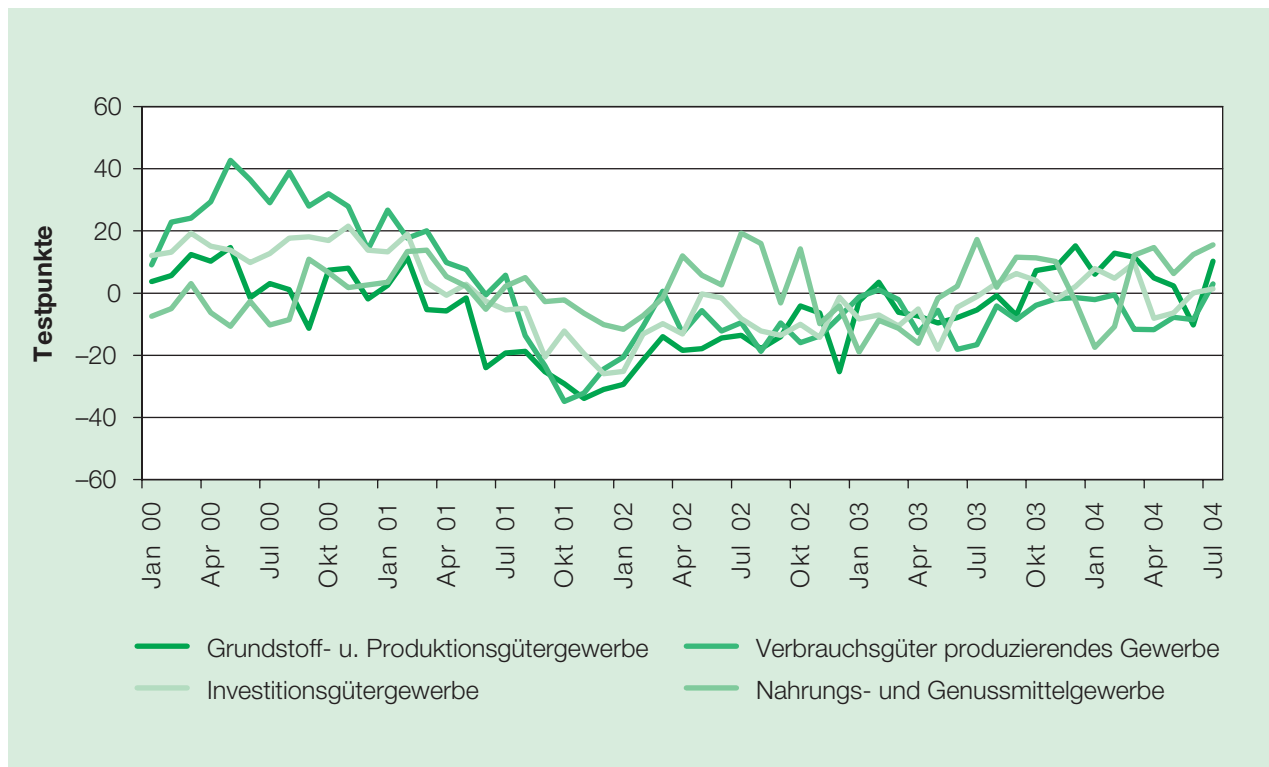
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)



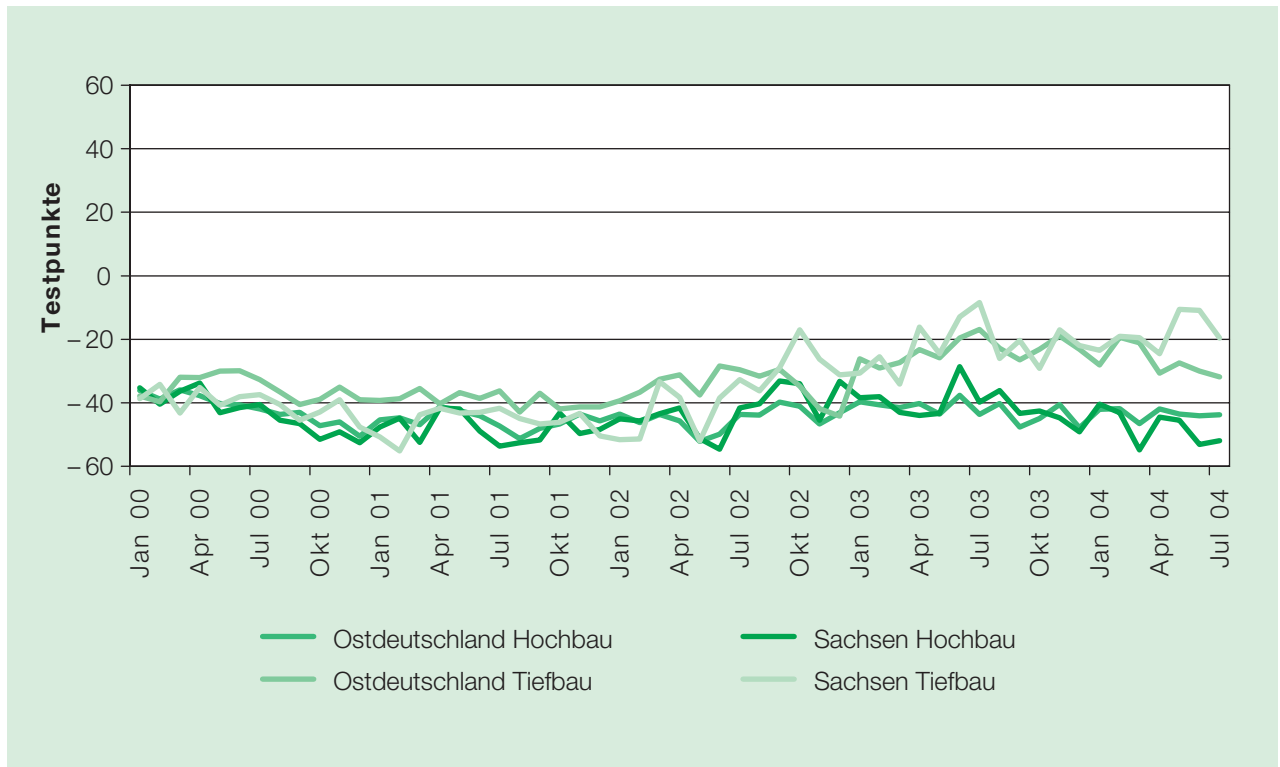
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Geschäftsklima
Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen



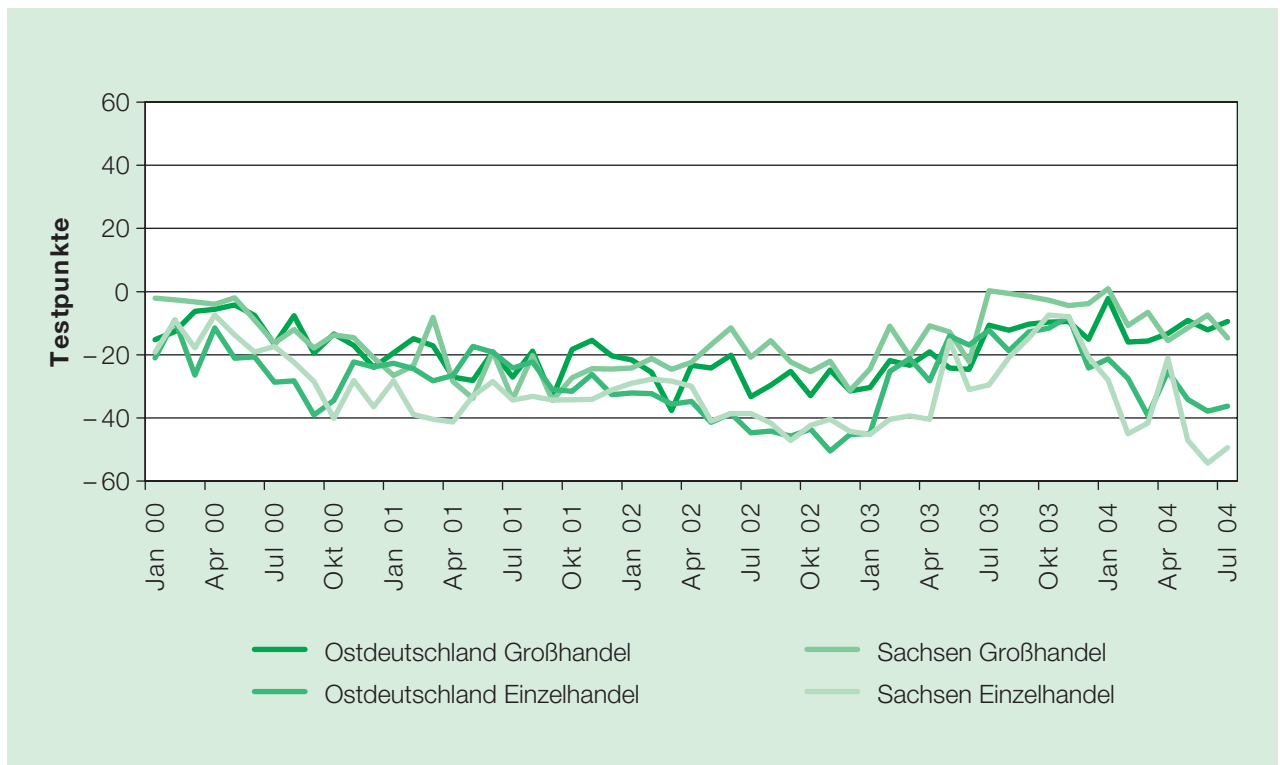
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Im Rahmen der **Lunchtime-Seminare**, die regelmäßig in der ifo Niederlassung Dresden stattfinden, berichtete Gerit Vogt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, am **30. Juni 2004** über seine Forschungsergebnisse zum Thema „Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe Sachsens“.

Auf einer weiteren Veranstaltung der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** sprach Prof. Dr. Peter Zweifel am **07. Juli 2004** zum Thema „Effiziente Krankenhäuser. Ein Vergleich sächsischer und schweizerischer Krankenhäuser“. Prof. Peter Zweifel vom Sozioökonomischen Institut an der Universität Zürich ist einer der bekanntesten deutschsprachigen Gesundheitsökonomien und ein international anerkannter Experte auf diesem Gebiet. Er ist Verfasser vieler richtungsweisender Ver-

öffentlichungen im gesundheitsökonomischen Bereich und Präsident der „International Health Economic Association“, des internationalen Verbands der Gesundheitsökonomien. Der Einladung zu dieser öffentlichen Veranstaltung in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden in der Einsteinstraße waren zahlreiche Wissenschaftler und interessierte Zuhörer gefolgt.

Am **14. Juli 2004** fand ein weiteres Lunchtime-Seminar der ifo Niederlassung Dresden statt. Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, und Claudia Kemmesies, studentische Hilfskraft bei ifo Dresden, referierten zum Thema „Wächst zusammen was zusammen gehört? Eine empirische Analyse der Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland“.

ifo Vorträge

Herr Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, hielt im Rahmen der Ringvorlesung „Geld regiert die Welt“ am **08. Juni 2004** im Kathedralforum Dresden einen Vortrag mit dem Titel „Ist der Geldwert stabil? Inflation: Ursachen, Folgen und öffentliche Wahrnehmung“.

Am **17. Juni 2004** sprach Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, auf der 2. Regionalkonferenz des Landkreises Riesa-Großenhain zum Thema „Analyse der Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen“ und stellte dabei wesentliche Ergebnisse der gleichnamigen, von ifo Dresden erstellten Studie vor. An der Konferenz, die unter dem Motto „Region und Wirtschaftspolitik“ stand und in Riesa stattfand, nahmen ca. 100 Unternehmer aus dem Kreis Riesa-Großenhain teil.

Auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung-Ost der CDU-Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen am **22. Juni 2004** in Leipzig referierte Carsten Pohl zum Thema „Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt“. Er berichtete dabei über wesentliche Ergebnisse der kürzlich von ifo Dresden veröffentlichten Studie zur demographischen Entwicklung im Freistaat Sachsen.

Auf einem Lunchtime-Seminar des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München am **07. Juli 2004** stellte Thomas Fester, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, erste Zwischenergebnisse des Projektes „Kommunale Finanzen und öffentliche Infrastruktur“ vor.

Professor Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, hielt am **07. Juli 2004** auf dem 2. Freiburger Wirtschaftstag einen Vortrag zum Thema „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen“.

Im Landstein-Seminar der TU Dresden hielt Frau Beate Grundig, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, am **12. Juli 2004** einen Vortrag zum Thema „Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuung“.

ifo Veröffentlichungen

ifo dresden studie 36: Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt. Marcel Thum, Marcus Dittrich, Wolfgang Gerstenberger, Beate Grundig, Gunther Markwardt, Carsten Pohl, Heinz Schmalholz, 120 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2004. ISBN 3-88512-430-0, 12,50 € , zzgl. Versandkosten.

In den nächsten zwanzig Jahren wird der demographische Wandel auch den Freistaat Sachsen erfassen. Die Bevölkerung wird um über 15 % zurückgehen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt um sechs Jahre auf 49 Jahre. Die Ursachen für den dramatischen Wandel sind in der Abwanderung aus Sachsen, bei den niedrigen Geburtenziffern und bei der ständig steigenden Lebenserwartung zu finden. Dieser umfassende demographische Wandel wird auch Auswirkungen auf den sächsischen Arbeitsmarkt haben. Das Arbeitsangebot wird durch die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt zurückgehen, möglicherweise wirkt sich der demographische Wandel aber auch auf die Arbeitsnachfrage aus, wenn z. B. innovative Unternehmen wegen des drohenden Nachwuchsmangels Standortnachteile befürchten müssen.

Angesichts der Umwälzungen durch den demographischen Wandel ist es Aufgabe der Politik, Gefahren für den Standort Sachsen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu identifizieren. Ziel der Untersuchung ist die Identifikation möglicher Handlungsfelder, in denen die sächsische Landespolitik dem langfristigen Verlust an Humankapital gegensteuern kann.

Die Studie geht in zwei Schritten vor: Im ersten Teil werden die Konsequenzen des Bevölkerungswandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen aufgezeigt. Für diesen

Zweck wird ein Referenzszenario des sächsischen Arbeitsmarktes bis 2020 entwickelt. Es zeigt sich, dass sich die Arbeitsmärkte je nach Qualifikation der Arbeitskräfte sehr unterschiedlich entwickeln. Ohne Gegenmaßnahmen können hoch qualifizierte Arbeitskräfte schon in wenigen Jahren zum knappen Faktor werden, der die Wachstumschancen im Freistaat restringiert. Für die gering qualifizierten Arbeitskräfte ist durch den demographischen Wandel jedoch auch auf lange Sicht keine Entspannung zu erkennen.

Der zweite Teil der Studie nimmt die Nachwuchslücke bei qualifizierten Arbeitskräften zum Ausgangspunkt und entwickelt mögliche Gegenstrategien und Anpassungsmaßnahmen für die Landespolitik. Die Studie identifiziert drei Felder, auf denen die Landesregierung aktiv werden kann und soll: Zuwanderung, Erwerbsbeteiligung und Humankapitalbildung.

Während die Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik und die Aktivierung von Erwerbspotenzial kurz- und mittelfristig Wirkung zeigen, ist die Bildung von neuem Humankapital als eher langfristige Strategie angelegt. Zusammen können diese Antwortstrategien helfen, die Ausstattung Sachsens mit der knappen Ressource Humankapital langfristig zu sichern. Ein innovativer Standort mit hoch qualifizierten Arbeitskräften schafft auch Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten, die auch durch den demographischen Wandel nicht wesentlich abgebaut wird, ist allerdings eine tief greifende Reform des Niedriglohnssektors unumgänglich.

Diese Publikation kann in der ifo Niederlassung Dresden bei Frau Katrin Eitner bestellt werden (Tel. (03 51) 2 64 76-12, Fax (03 51) 2 64 76-20 oder per e-Mail eitner@ifo.de).

ifo intern

Frau **Michaela Votteler**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, hat am 09. Juli 2004 geheiratet und trägt nun den Familiennamen **Fuchs**. Das Team von ifo Dresden gratuliert Frau Fuchs auf das Herzlichste und wünscht ihr und ihrer in Zuwachs befindlichen Familie viel Glück und Gesundheit. Ab August 2004 befindet sich Frau Fuchs in Mutterschutz und Familienzeit.

Frau **Claudia Kriehn**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ifo Niederlassung Dresden, schloss im Juli 2004 ihre Promotion an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema „Optimale Regulierung von Netzwerkbetreibern unter Berücksichtigung der Netzqualität“ mit „summa cum laude“ ab. Auch hier gratuliert das ifo Dresden Team herzlich.